

Inhaltsverzeichnis

1. BASF	
2. Wintershall Dea	
3. Gazprom	
4. Verband der Chemischen Industrie	
5. European Chemical Industry Council	
6. Wirtschaftsrat der CDU	
7. Gesellschaft zum Studium struktureller Fragen	
8. BusinessEurope	
9. Einfluss auf die Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung	
10. Sigmar Gabriel	
11. Bees Biodiversity Network	

BASF

Der Umsatz der BASF-Gruppe liegt im Gesamtjahr 2025 bei voraussichtlich 59,7 Milliarden Euro (2024: 61,4 Milliarden Euro, 2021: 78,6 Milliarden Euro).^[1]

Der Konzern ist in den folgenden Bereichen tätig: Chemicals, Materials, Industrial Solutions, Nutrition & Care und Agricultural Solutions.^[2]

BASF SE


The Chemical Company

Rechtsform

Societas Europaea
(Aktiengesellschaft)

Tätigkeitsbereich

Chemiebranche

Gründungsdatum

1865

Hauptsitz

Ludwigshafen

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Avenue de Cortenbergh 60, B-1000 Brussels

Webadresse

www.basf.com

Inhaltsverzeichnis	
1 Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy	3
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	3
3 Parteispenden und Sponsoring	3
4 Austausch zwischen Wirtschaft und Politik	3
5 Mitgliedschaften	4
6 Fallbeispiele und Kritik	4
6.1 2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie	4
6.2 2022: Engagement gegen Gasembargo	4
6.3 Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung	4
6.4 2016: Wahlkampffinanzierung USA	5
6.5 2015: Asset-Tausch mit Gazprom	5
6.6 2012: Das Bienensterben	5
6.7 Lobbyisten in Ministerien	5
7 Weiterführende Informationen	6
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
9 Einzelnachweise	6

Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy

BASF ist u.a. am europäischen Gas- und Ölunternehmen [Wintershall Dea](#) mit 72,7 % beteiligt.^{[3][4]} Die restlichen Anteile hält die Luxemburger Investmentfirma Letter one, die zum Einflussbereich des russisch-israelischen Oligarchen Michail Friedman gehört.^[5] Am 02.03.2022 gab [Wintershall Dea](#) bekannt, keine zusätzlichen Projekte zur Förderung von Gas und Öl voranzutreiben oder umzusetzen und die Finanzierung von [Nord Stream 2](#) in Höhe von rund 1 Milliarde Euro abzuschreiben.^[6] Das Öl- und Gasgeschäft von Wintershall Dea ohne Russland-Bezug ist im September 2024 an das britische Öl- und Gasunternehmen [Harbour Energy Plc](#) übertragen worden.^[7] BASF und LetterOne bleiben Eigentümer von Wintershall Dea und sind im Rahmen der Transaktion auch Gesellschafter von Harbour Energy geworden.^[8]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt – teilweise im Rahmen von selbst organisierten parlamentarischen Abenden und Diskussionsveranstaltungen.^[9] BASF nimmt auch über den [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI) und den [European Chemical Industry Council](#) (CEPIC), denen der Konzern angehört, Einfluss auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt BASF an, im Jahr 2023 3.720.001 bis 3.730.000 Euro auszugeben und 31 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 6,90) zu beschäftigen.^[10] Auch im Europäischen Transparenzregister ist BASF eingetragen und hat dort für das Jahr 2021 3.000.000 bis 3.499.999 Euro Lobbyausgaben und 27 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 16,8) angegeben.^[11] Seit 2015 gab es 36 Treffen mit der EU-Kommission (Stand: 09.04.2022). 2021 erhielt BASF Finanzhilfen der EU in Höhe von 2.117.513 Euro.

Parteispenden und Sponsoring

Nach eigenen Angaben unterstützt BASF keine politischen Parteien. Das gelte auch für Regierungsmitglieder, Abgeordnete oder Kandidaten im Wahlkampf. In den USA hätten Mitarbeiter der BASF Corporation von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ein „Political Action Committee (PAC)“ zu gründen. Das „BASF Corporation Employee PAC“ sei eine freiwillige, staatlich registrierte Vereinigung von Mitarbeitern. Sponsoring von einzelnen Veranstaltungen werde durch die „Political Relations and Advocacy-Policy“ geregelt. Jegliches Sponsoring werde in angemessener Weise transparent gemacht.

Quelle: ^[12]

Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

Laut ihrer Webseite gibt es keine aktuellen Einsätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF SE und der deutschen BASF-Gruppengesellschaften bei internationalen Organisationen, Regierungen, Ministerien sowie der öffentlichen Verwaltung - bzw. von Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bei der BASF. BASF halte den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik für wichtig und sei sich der mit dem sog. „Drehtür“-Effekt verbundenen Interessenkonflikte bewusst. In Bezug auf die sog. „Cooling-off“-Perioden halte sich BASF an geltende Vorschriften.

Quelle: ^[13]

Mitgliedschaften

Die 84 Organisationen, in denen BASF Mitglied ist, sind [hier](#) abrufbar. Dazu gehören der [Wirtschaftsrat der CDU](#), das [Wirtschaftsforum der SPD](#), der [Grüne Wirtschaftsdialog](#) und die [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Auf europäischer Ebene ist BASF u.a. Mitglied im [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC) und [BusinessEurope](#).

Fallbeispiele und Kritik

2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie

Am 20. Februar fand auf dem BASF-Gelände in Antwerpen ein Treffen zwischen dem belgischen Premierminister Alexander De Croo, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und hochrangigen Unternehmensvertreter:innen der Chemiebranche statt. Bei dem Treffen, das von der Ratspräsidentschaft Belgiens organisiert wurde, sollte es um die Zukunft des Chemiesektors und das umweltpolitische Projekt des „EU Industrial Deal“ gehen. Umweltorganisationen blieben bei diesem Exklusivgipfel jedoch außen vor. ^[14] Den privilegierten Zugang der Chemiebranche zur Politik und den Ausschluss der Zivilgesellschaft kritisierten LobbyControl und 72 andere Organisationen in einem [offenen Brief](#) an den belgischen Premierminister.

2022: Engagement gegen Gasembargo

Die Debatte um ein mögliches Gasembargo gegen Russland als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine veranschaulichte die Abhängigkeit energieintensiver Unternehmen, wie der BASF, von Erdgasimporten. BASF-Konzernchef Martin Brudermüller trat nur wenige Wochen nach Beginn der russischen Invasion im Frühjahr 2022 immer wieder mit drastischen Worten an die Öffentlichkeit. In zahlreichen Interviews stellte er die russischen Gaslieferungen als „Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“ dar, ^[15] warnte davor, dass ein Embargo „unseren Wohlstand zerstören“ würde ^[16] und sprach von „historisch beispiellosen Gefahren“. ^[17] Dies geschah trotz gegenteiliger Ansichten etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ^[18] oder auch der Leopoldina. ^[19]

Einflussnahme der BASF auf die [Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung](#)

Die BASF übt Einfluss auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf nationaler und europäischer Ebene aus. Auf nationaler Ebene ist die BASF Mitglied im Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) und finanziert das DRSC maßgeblich mit. ^[20] Auf europäischer Ebene ist die BASF Mitglied und Finanzier der value balancing alliance (vba). ^[21]

Der BASF Finanzvorstand Dr. Hans-Ulrich Engel ist einer von 40 Unterzeichnern eines Appells an den damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner. Der Appel forderte die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) durch die weniger weitreichenden International Sustainability Standards Board (ISSB)-Standards zu ersetzen. ^[22]

2016: Wahlkampffinanzierung USA

Der Konzern unterstützte bei den Kongresswahlen 2016 die Partei des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump mit einem 'bemerkenswerten Einsatz von 339.000 Dollar, die er sogenannten 'Political Action Committees' (PAC) zur Verfügung stellte.^[23]

2015: Asset-Tausch mit Gazprom

Seit Ende des Kalten Krieges kooperierten BASF und deren Tochter [Wintershall](#) vermehrt mit dem russischen Staatskonzern [Gazprom](#). Anfang der 2010er Jahre strebten die drei Unternehmen einen Tausch von Vermögenswerten an: Während Wintershalls Gashandel- und -speichergeschäft an [Gazprom](#) übertragen werden sollte, sollte [Wintershall](#) im Gegenzug Anteile an Gazproms Gasfeldern in Sibirien erhalten. Trotz der damit einhergehenden, steigenden Bedeutung Gazproms für den deutschen Gasmarkt wurde das Geschäft von dem damaligen Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) im Jahr 2013 zunächst genehmigt.^[24] Als Russland im Jahr 2014 die Krim annektierte, verzögerte sich der Verkauf jedoch aufgrund der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen. Der damalige BASF-Chef Kurt Bock setzte sich daraufhin bei [Gabriel](#) für den Verkauf ein und drängte in einem Brief, das geplante Tauschgeschäft auch ohne neue Genehmigung zuzulassen.^[25] Gabriel leistete diesem Vorschlag Folge und vermerkte handschriftlich "Ich unterstütze den Antrag".^[26] Darüber hinaus erteilte er für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe.^[27]

2012: Das Bienensterben

BASF initiierte, gemeinsam mit anderen, das [Bees Biodiversity Network](#). Das Bees Biodiversity Network möchte dem Bienensterben entgegen wirken und setzt sich für eine Förderung der biologische Vielfalt ein. Zweifelhaft wird das ganze, wenn man schaut wer hinter dieser Organisation steht: der Chemiekonzern BASF, der die wissenschaftliche und politische Diskussion zum Bienensterben begleiten und mitgestalten möchte. Ziel ist es, die Rolle von Pestiziden für das Bienensterben herunterzuspielen und andere Ursachen des Bienensterbens hervorzuheben.

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens 4 Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der **Europäischen Chemikalienrichtlinie REACH**, bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure und Widersacher war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der [EU-Kommission](#) zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins [\[\[Bundeswirtschaftsministerium\]](#) – und trat im [Europaparlament](#) als Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

- [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- [Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [BASF-Gruppe legt vorläufige Zahlen für das Gesamtjahr 2025](#) [vor](#)basf.com vom 22.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
2. ↑ [BASF-Bericht 2023](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.05.2025
3. ↑ [Die heikle Russland-Connection von BASF](#), manager-magazin.de vom 30.03.2022, abgerufen am 12.04.2022
4. ↑ [Wintershall Dea GmbH Konzernabschluss zum 31.Dezember 2020](#), unternehmensregister.de, abgerufen am 13.04.2022
5. ↑ [Oligarch Friedman klagt über „Hausarrest“ in Londoner 70-Millionen-Villa](#), stern.de vom 29.03.2022, abgerufen am 13.04.2022
6. ↑ [Wintershall Dea schreibt Finanzierung von Nord Stream 2 ab](#), wintershalldea.com, abgerufen am 12.04.2022
7. ↑ [Verkauf vollzogen: E&P-Assets von Winterhall Dea an Harbour Energy übertragen](#), wintershalldea.com vom 03.09.2024, abgerufen am 17.04.2025
8. ↑ [Verkauf des E&P-Geschäfts von Wintershall DEA an Harbour Energy vollzogen](#), chemanager-online.de vom 17.04.2024, abgerufen am 17.04.2025
9. ↑ [BASF](#), lobbyregister.de, abgerufen am 04.05.2025
10. ↑ [BASF SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 08.04.2022
11. ↑ [BASF SE](#), ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 09.04.2022
12. ↑ [Politische Spenden und Sponsoring](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
13. ↑ [Austausch zwischen Wirtschaft und Politik](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
14. ↑ [Lobbyismus in der EU. Blockieren und profitieren: Ein Exklusivgipfel für die Chemieindustrie](#) lobbycontrol.de, vom 20.02.2024, abgerufen am 05.03.2024
15. ↑ [„Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“](#) faz.net vom 04.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
16. ↑ Ebd.
17. ↑ [BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren](#) faz.net, vom 29.04.22 zuletzt aufgerufen am 04.08.22
18. ↑ [Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert](#) diw.de vom 08.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
19. ↑ [Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt](#) leopoldina.org vom 08.03.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
20. ↑ [Kapitalmarktorientierte Industrieunternehmen und Verbände](#), Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., abgerufen am 13.02.2025
21. ↑ [About us](#), Value balancing alliance, abgerufen am 13.02.2025
22. ↑ [Notwendiger Endorsement-Prozess für die Überführung der ISSB-Standards in EU-Recht](#), Deutsches Aktieninstitut vom 25.03.2022, abgerufen am 13.02.2022

23. ↑ [Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen](#), Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
24. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
25. ↑ Ebd.
26. ↑ Ebd.
27. ↑ Ebd.

Wintershall Dea

Die **Wintershall Dea AG** war ein deutsches Gas- und Ölunternehmen, dessen Kerngeschäft die Erdgasförderung darstellte. Darüber hinaus förderte Wintershall Dea auch Erdöl und war im Transport von Öl und Gas tätig.^{[1][2]} Der Konzern, welcher in seiner jetzigen Form aus einer Fusion der [BASF](#)-Tochter Wintershall und der DEA (Deutsche Erdöl AG) im Jahr 2019 hervorging, zeichnete sich neben engen Verbindungen zu [BASF](#) auch durch enge Geschäftsbeziehungen nach Russland aus. So war Wintershall Dea etwa in die Pipeline-Projekte [Nord Stream 1](#) und [Nord Stream 2](#) involviert, betrieb Gemeinschaftsunternehmen mit der früheren [Gazprom Germania](#) GmbH und förderte in Kooperation mit [Gazprom](#) Erdgas in Russland.^[3] Im Januar 2023 gab das Unternehmen bekannt, dass es seine Aktivitäten in Russland beenden wird.^[4]

Das Öl- und Gasgeschäft von Wintershall Dea ohne Russland-Bezug ist im September 2024 an das britische Öl- und

Gasunternehmen [Harbour Energy Plc](#) übertragen worden.^[5] Zu den Hauptaufgaben von Wintershall Dea gehöre nunmehr die Betreuung der Ansprüche im Zusammenhang mit der Enteignung der russischen Vermögenswerte, die Veräußerung der verbleibenden Vermögenswerte, die weitere Umstrukturierung der Organisation und letztlich die Schließung der Headquarter-Einheiten in Kassel und Hamburg. BASF und LetterOne bleiben Eigentümer von Wintershall Dea und sind im Rahmen der Transaktion auch Gesellschafter von Harbour Energy geworden.^[6] Die Wintershall Dea AG firmiert jetzt als **Wintershall Dea GmbH**.

Wintershall Dea

Rechtsform GmbH (früher: AG)

Tätigkeitsbereich Abwicklung des Russland-Geschäfts (früher: Gas- und Ölförderung, -transport}

Gründungsdatum 2019

Hauptsitz Kassel; Hamburg

Lobbybüro Neustädtische Kirchstr. 8, 10117 Berlin

Lobbybüro EU

Webadresse <https://wintershalldea.com/de>

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Verbleibende Beteiligungen	8
2 Lobbystrategien und Einfluss	8
2.1 Lobbybudget und Lobbyist:innen	8
2.2 Mitgliedschaften	8
2.3 Beauftragte Agenturen	9

3 Lobbytätigkeit der Wintershall Dea AG	9
3.1 Lobbyarbeit für Gazprom	9
3.2 Lobbyarbeit für Nord Stream 2	9
3.3 Lobbyarbeit für blauen Wasserstoff	9
4 Parteispenden und Sponsoring	10
4.1 Veranstaltungen und Organisationen mit Russlandbezug	10
5 Geschichte	11
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
7 Einzelnachweise	11

Verbleibende Beteiligungen

Zu den verbleibenden Assets von Wintershall Dea gehören Anteile an den Gemeinschaftsunternehmen in Russland, die Beteiligung an Wintershall AG in Libyen (Wintershall-Dea-Anteil: 51 %), an Wintershall Noordzee BV in den Niederlanden (Wintershall-Dea-Anteil: 50 %) sowie der Anteil an Nord Stream AG (Wintershall-Dea-Anteil: 15,5 %).^[7]

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbybudget und Lobbyist:innen

Im Jahr 2021 gab Wintershall Dea 1.860.001 bis 1.870.000 Euro für Lobbyarbeit aus. Im deutschen [Lobbyregister](#) führt das Unternehmen 8 Lobbyist:innen namentlich auf.^[8] Wintershall Deas Lobbyausgaben auf EU-Ebene belaufen sich auf 200.000 - 299.999 Euro für das Jahr 2021. Es ist ein Lobbyist mit Zugang zum Europäischen Parlament angegeben.^[9]

Mitgliedschaften

Wintershall Dea war Mitglied in 18 Verbänden und Organisationen ^[10], darunter:

- [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie](#)
- [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Deutsch-Russisches Forum](#)
- [Zukunft Gas](#)
- [Gaskoalition](#)
- [Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft](#)
- [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#)
- [Nah- und Mittelost-Verein](#)
- [DGMK Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle](#)

Darüber hinaus wurden im EU Transparenz-Register folgende weitere Mitgliedschaften genannt:

- [IOGP](#)
- [Eurogas](#)
- [EEF](#)

Beauftragte Agenturen

Wintershall Dea war einer der Auftraggeber der Beratungsagentur navos - Public Dialogue Consultants. ^[11]

Lobbytätigkeit der Winterhall Dea AG

Lobbyarbeit für Gazprom

Wintershall Dea unterhielt enge Geschäftsbeziehungen zum russischen Staatskonzern [Gazprom](#). Die Gasförderungsprojekte in Russland erwiesen sich für Wintershall Dea als äußerst lukrativ - so konnte das Unternehmen im ersten Halbjahr des Jahres 2022 mit einem bereinigten Nettoergebnis von 1,3 Milliarden Euro, ^[12] davon 850 Millionen aus Russland, den größten Ertrag in der Firmengeschichte erzielen. ^[13] Interne Dokumente, welche dem ARD-Magazin Monitor vorliegen, weisen darauf hin, dass Wintershall Dea von Gazprom als dessen Interessenvertretung in Deutschland und Europa gesehen wurde: Wintershall sei Gazproms "größter Befürworter in Europa", heißt es dort. Die Kooperation könne für Gazprom "eine stärkere Lobby" in Deutschland sowie einen "besseren Schutz vor Sanktionen" für Russland bedeuten. Auf eine Nachfrage hin hat Wintershall Dea derartige Absprachen seiner Kommunikationsstrategie mit Gazprom jedoch bestritten. ^[14] Nichtsdestotrotz sprach sich Wintershall Deas Vorstandsvorsitzender Mario Mehren am 18. Februar 2022 gegen Wirtschaftssanktionen für Russland aus. ^[15]

Lobbyarbeit für Nord Stream 2

Wintershall Dea ist nicht nur mit 15,5 % an der Pipeline [Nord Stream 1](#) beteiligt, das Unternehmen hat auch das umstrittene und seit Februar 2022 gestoppte Nachfolgeprojekt [Nord Stream 2](#) mitfinanziert, dessen alleiniger Anteilseigner [Gazprom](#) ist. Die Finanzierung in Höhe von rund einer Milliarde Euro schrieb das Unternehmen Anfang März 2022 ab. ^[16] Zuvor jedoch hatte sich Wintershall Dea nicht nur finanziell, sondern auch politisch intensiv für Nord Stream 2 eingesetzt: Wie die Antwort der Bundesregierung vom 12. Dezember 2017 auf eine kleine Anfrage der Linken zum Thema „[Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream](#)“ belegt, fanden im Zeitraum zwischen Januar 2015 und Oktober 2017 11 Treffen zwischen Wintershall-Vertreter:innen und Vertreter:innen der Bundesregierung statt, von denen der Großteil explizit [Nord Stream 2](#) zum Gegenstand hatte. ^[17] Auch in den USA unterstützte Wintershall Dea Lobbyarbeit zugunsten der Pipeline. Zur Bekämpfung der von den USA verhängten Sanktionen engagierte das Unternehmen zusammen mit [OMV](#), [Engie](#), [Shell](#) und [Uniper](#) Lobbyist:innen der Agentur McLarty Inbound, der sie im Jahr 2020 gemeinsam mehr als 840.000 US-Dollar und in den ersten drei Quartalen des Jahres 2021 eine Summe von über 600.000 US-Dollar zahlten. ^[18]

Lobbyarbeit für blauen Wasserstoff

Im Jahr 2020 erarbeitete die EU-Kommission eine Wasserstoffstrategie, um den Einsatz des neuen Energieträgers voranzutreiben. Abhängig vom Herstellungsverfahren unterscheidet man verschiedene Arten des Wasserstoffs: Während der sogenannte grüne Wasserstoff nicht auf fossile Energieträger angewiesen und gänzlich CO₂-neutral ist, trifft dies nicht auf alle Wasserstoff-Arten zu. In der EU-Wasserstoffstrategie

spielt sogenannter blauer Wasserstoff, der aus Erdgas gewonnen wird, eine wichtige Rolle – es wurden Summen im Milliardenbereich für die bei dessen Herstellung verwendete, umstrittene CO₂-Speichertechnologie CCS eingeplant. Während der Erarbeitung der Wasserstoffstrategie war die Gaslobby äußerst aktiv. In diesem Zeitraum forderte eine Koalition von Unternehmen und Verbänden, darunter auch Wintershall Dea, in einem Brief an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass die Wasserstoffstrategie alle Arten von Wasserstoff, auch den blauen, miteinbeziehen sollte. ^[19]

Auch in Deutschland setzte Wintershall Dea sich für blauen Wasserstoff ein: Im Rahmen der "Nationalen Wasserstoffstrategie", welche das Bundeswirtschaftsministerium im Jahr 2020 ausarbeitete, warb das Unternehmen ebenso wie z.B. auch Uniper dafür, blauen Wasserstoff als genauso „klimaneutral“ wie grünen Wasserstoff anzuerkennen und diesen für eine Übergangszeit zum Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur zu nutzen. "Wir brauchen einen technologieoffenen Ansatz, der alle klimafreundlichen Herstellungsverfahren von Wasserstoff berücksichtigt", kommentierte Wintershall Deas Vorstandsvorsitzender Mehren einen Entwurf der Nationalen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung im Mai 2020 beim Wirtschaftsforum der SPD. ^[20] In Übereinstimmung mit diesen Lobbybemühungen unterzeichnete Wintershall Dea am 4. August 2022 eine Absichtserklärung mit der Nord-West Oelleitung (NWO) zur Errichtung einer Wasserstoff-Produktionsanlage in Wilhelmshaven. Das geplante Projekt mit dem Namen BlueHyNow zielt darauf ab, in großem Maßstab Wasserstoff aus Erdgas zu produzieren. ^[21]

Parteispenden und Sponsoring

Weder Wintershall Dea noch der Mutterkonzern BASF lassen politischen Parteien Spendengelder zukommen, allerdings stellt der Verband der Chemischen Industrie (VCI), in dem BASF eines der einflussreichsten Mitglieder ist, einen der größten Verbandsspenden der Parteien CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne dar.

Darüber hinaus trat Wintershall Dea als Sponsor verschiedener Projekte und Veranstaltungen auf: So zählte das Unternehmen im Jahr 2021 zu den Geldgebern der Deutschen Energie-Agentur (dena), ^[22] einer bundeseigenen Agentur, die dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist und als "Kompetenzzentrum für angewandte Energiewende und Klimaschutz" ^[23] die deutsche Energiepolitik mitgestaltet. Wintershall Dea sponserte unter anderem auch die Leitstudie der dena "Aufbruch Klimaneutralität – Wege und Möglichkeiten für Weichenstellungen der 2020er Jahre", deren Sponsoring-Modell LobbyControl aufgrund der Möglichkeit zur Beeinflussung der Studienergebnisse im März 2021 kritisierte. ^[24] Zudem war Wintershall Dea neben anderen Energie- und Gasunternehmen, wie Uniper, VNG, Equinor und Open Grid Europe, Sponsor des BDEW-Kongresses 2022, einer für die Gasbranche wichtigen Veranstaltung. ^[25]

Vor allem am Firmenstandort Kassel sowie in deutschen Förderregionen betätigte sich Wintershall Dea auch im sozialen und kulturellen Bereich – so etwa als Sponsor des Schülerforschungszentrums Nordhessen in Kassel. ^[26]

Veranstaltungen und Organisationen mit Russlandbezug

Im Jahr 2016 sponserte ein gemeinsames Unternehmen von Wintershall Dea und Gazprom, Gascade, den umstrittenen "Russlandtag", ein seit 2014 stattfindendes deutsch-russisches Wirtschaftstreffen zum Ausbau der Wirtschaftskontakte zwischen Russland und Deutschland. Die Veranstaltung wurde von dem früheren Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns Erwin Sellering zusammen mit dem von Wolfgang Clement gegründeten „Ostinstitut Wismar“ und der IHK Mecklenburg-Vorpommern initiiert. Gascade, Gazprom und die Nord Stream 2 AG zahlten jeweils 10.000 Euro Sponsorengelder. ^[27]

Noch zu Beginn des Jahres 2022 existierte eine personelle Überschneidung zwischen Wintershall Dea und dem Verein Deutsch-Russisches Forum. Das Deutsch-Russische Forum, das damals vom ehemaligen brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck geleitet wurde, soll mit Formaten wie Konferenzen, Schüleraustauschen oder Diskussionsveranstaltungen die deutsch-russischen Beziehungen mit "besonderem Augenmerk auf die Verbindung gesellschaftlicher und unternehmerischer Anliegen" ^[28] fördern. Im Vorstand und Kuratorium des Vereins waren Anfang 2022 zahlreiche russische Staatskonzerne und Unternehmen mit Interesse an Geschäften mit Russland vertreten. Während sich im Kuratorium unter anderem Unternehmensvertreter:innen von [Gazprom](#), [Rosneft](#) und [BASF](#) fanden, ^[29] war Michael Sasse, der die Unternehmenskommunikation von Wintershall Dea verantwortet, ^[30] Mitglied des Vorstands des Deutsch-Russischen Forums. ^[31]

Geschichte

Das Unternehmen Wintershall wurde im Jahr 1894 gegründet und beschäftigte sich zunächst primär mit der Förderung von Kalisalz, bis es ins Erdöl- und Erdgas-Geschäft einstieg. 1899 ist das Gründungsjahr des Vorgängerunternehmens der späteren Deutschen Erdöl AG (DEA). ^[32] Im Jahr 1969 übernahm der Chemie-Konzern [BASF](#) Wintershall zur Sicherstellung seiner Rohstoffzufuhr. ^[33] Seit Ende des Kalten Krieges kooperierten [BASF](#) und Wintershall vermehrt mit [Gazprom](#) und gründeten im Zuge dessen unter anderem die gemeinsame Gas-Vertriebsgesellschaft Wingas. Letztere wurde im Rahmen eines Tauschs von Vermögenswerten im Jahr 2015 vollständig an [Gazprom](#) übertragen, ebenso wie Wintershalls Gasspeichergeschäft, das auch den Betrieb des größten deutschen Erdgasspeichers umfasste. Im Gegenzug konnte Wintershall seine Beteiligung an der Erdgasförderung in Russland ausbauen. ^[34] Trotz der sich durch den Asset-Tausch steigenden Bedeutung des Gazprom-Konzerns für den deutschen Gasmarkt, wurde dieses Geschäft von Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) genehmigt, auch auf Betreiben des damaligen [BASF](#)-Chefs hin. ^[35] Im Jahr 2019 fusionierten die zuvor rivalisierenden Öl- und Gasunternehmen Wintershall und DEA zu Wintershall Dea. ^[36]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Produktion](#) wintershalldea.com, abgerufen am 04.08.2022
- ↑ [Wer wir sind](#) wintershalldea.com, abgerufen am 04.08.2022
- ↑ [Russland](#) wintershalldea.com, abgerufen am 04.08.2022
- ↑ [Wintershall Dea verlässt Russland](#), wintershalldea.com vom 17.01.2023, abgerufen am 26.01.2023
- ↑ [Verkauf vollzogen: E&P-Assets von Winterhall Dea an Harbour Energy übertragen](#), wintershalldea.com vom 03.09.2024, abgerufen am 17.04.2025
- ↑ [Verkauf des E&P-Geschäfts von Wintershall DEA an Harbour Energy vollzogen](#), chemanger-online.de vom 17.04.2024, abgerufen am 17.04.2025
- ↑ [Verkauf vollzogen: E&P-Assets von Winterhall Dea an Harbour Energy übertragen](#), wintershalldea.com vom 03.09.2024, abgerufen am 17.04.2025
- ↑ [Wintershall Dea](#) lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 05.08.2022

9. ↑ [Wintershall Dea](#) ec.europa.eu, abgerufen am 05.08.2022
10. ↑ [Wintershall Dea](#) lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 05.08.2022
11. ↑ [Wintershall Dea](#) lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 05.08.2022
12. ↑ [Putins langer Arm nach Deutschland?](#) tagesschau.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
13. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
14. ↑ [Putins langer Arm nach Deutschland?](#) tagesschau.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
15. ↑ [Mehren warnt vor Wirtschaftssanktionen gegen Russland](#) zeit.de vom 18.02.22, abgerufen am 05.08.2022
16. ↑ [Wintershall Dea schreibt Finanzierung von Nord Stream 2 ab](#) wintershalldea.com vom 02.03.22, abgerufen am 05.08.2022
17. ↑ [Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream](#) dserver.bundestag.de vom 15.12.17, abgerufen am 28.06.2022
18. ↑ [Millions in lobbying spending pour into fight over sanctions on Russia's Nord Stream 2 oil pipeline](#) opensecrets.org vom 02.12.21, abgerufen am 02.08.2022
19. ↑ [Hydrogen Letter](#) politico.eu vom 24.06.22, abgerufen am 03.08.2022
20. ↑ [Gas kann Grün: Mit Wasserstoff aus Erdgas die Klimaziele erreichen](#) wintershalldea.com vom 29.05.20, abgerufen am 04.08.2022
21. ↑ [Wintershall Dea und NWO konkretisieren Pläne zur Wasserstoffherstellung in Wilhelmshaven](#) wintershalldea.com vom 04.08.22, abgerufen am 04.08.2022
22. ↑ [Auflistung der Geldgeber für die Projektarbeit der dena](#) dena.de, abgerufen am 04.08.2022
23. ↑ [Über die dena](#) dena.de, abgerufen am 03.08.2022
24. ↑ [Gekaufte Wissenschaft: dena-Leitstudie zur Klimaneutralität von Lobbyisten gekapert?](#) lobbycontrol.de, abgerufen am 03.08.2022
25. ↑ [Partner und Aussteller](#) bdew-kongress.de vom 24.05.2016, abgerufen am 04.08.2022
26. ↑ [Wintershall Dea wird Hauptsponsor des Schülerforschungszentrums Nordhessen](#) wintershalldea.com vom 17.06.2019, abgerufen am 04.08.2022
27. ↑ [Heikle Leitung](#) tagesspiegel.de vom 24.05.2016, abgerufen am 03.08.2022
28. ↑ [Über uns](#) deutsch-russisches-forum.de, abgerufen am 05.08.2022
29. ↑ [Kuratorium](#) web.archive.org vom 29.01.22, abgerufen am 05.08.2022
30. ↑ [Führungsteam Corporate Communications](#) wintershalldea.com vom 07.05.2019, abgerufen am 05.08.2022
31. ↑ [Vorstand](#) web.archive.org vom 28.01.22, abgerufen am 05.08.2022
32. ↑ [Historie](#) wintershalldea.com, abgerufen am 05.08.2022
33. ↑ [1969 Expansion of BASF Group](#) basf.com, abgerufen am 05.08.2022
34. ↑ [Historie](#) wintershalldea.com, abgerufen am 05.08.2022
35. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
36. ↑ [Fusion von BASF-Tochter Wintershall und Dea abgeschlossen](#) handelsblatt.com vom 01.05.19, abgerufen am 05.08.2022

Gazprom

Der russische Staatskonzern **Gazprom** ist das größte Erdgasförderunternehmen der Welt ^[1] und sitzt auf den weltweit größten Gasreserven. ^[2] Anfang April 2022 war der

Gazprom

Rechtsfo PAO (Öffentliche Aktiengesellschaft);

Konzern für knapp 40 Prozent der deutschen Erdgasversorgung verantwortlich.^[3] Neben der Erdgasförderung ist Gazprom auch im -transport und der Erdgasspeicherung tätig und wirkt auf diese Weise in verschiedenen Bereichen der Wertschöpfungskette. Zudem ist Gazprom unter anderem im Ölgeschäft sowie als Satellitenbetreiber tätig^[4] und durch seine Beteiligung an der Gazprombank in den Bankensektor involviert.^[5] Die ökonomische Macht des Unternehmens schlägt sich in seinem politischen Einfluss nieder – als Lobbyakteur hat Gazprom die deutsche Politik in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich beeinflusst, wie unter anderem der [Seitenwechsel](#) des Altkanzlers [Gerhard Schröder](#), die Pipeline-Projekte Nord Stream 1 und 2 sowie die Gründung der Stiftung Klima und Umweltschutz MV illustrieren.

Gazprom	
rm	PJSC (Public Joint Stock Company)
Tätigkeit	Erdgas- und Erdölförderung, -
sbereich	transport, -handel
Gründun	1989
gsdatum	
Hauptsit	St. Petersburg
z	
Lobbybü	
ro	
Lobbybü	Lakhtinsky prospekt d.2, k.3, str. 1,
ro EU	197229 St. Petersburg RUSSLAND
Webadre	
sse	

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Unternehmensstruktur und -netzwerk	13
2 Lobbystrategien und Einfluss	14
3 Personenübersicht aus lobbykritischer Perspektive	15
4 Fallbeispiele und Kritik	16
4.1 Nord Stream 1	16
4.2 Nord Stream 2	17
4.3 Stiftung Klima- und Umweltschutz MV	19
4.4 Beratung durch McKinsey von 2010 bis 2022	20
4.5 Sponsoring in Kultur und Sport	21
5 Geschichte	21
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	22
7 Einzelnachweise	22

Unternehmensstruktur und -netzwerk

Der Konzern Gazprom, dessen Vorstandsvorsitz Alexej Miller, ein Freund des russischen Präsidenten Wladimir Putin, innehat, befindet sich mehrheitlich im Besitz des russischen Staats. Gazprom ist vollständige Eigentümerin des Unternehmens Gazprom Export, das wiederum bis zum 31. März 2022 100% der Anteile an Gazproms deutscher Tochterfirma, der Gazprom Germania GmbH, hielt.^{[6][7]} Am 4. April 2022 hat die Bundesnetzagentur für eine Übergangszeit die treuhänderische Verwaltung der Gazprom Germania übernommen^[8], seit dem 20. Juni 2022 besitzt das Unternehmen den neuen Namen SEFE Securing Energy for Europe GmbH.^[9] Gazprom war über die frühere Gazprom Germania GmbH an zahlreichen weiteren, für

die deutsche Gasversorgung zentralen Unternehmen beteiligt, die nun Tochterfirmen von SEFE sind. Gemeinsam mit [Wintershall Dea](#) betrieb Gazprom Germania die WIGA Transport Beteiligungs-GmbH, welche - wie ihre Töchter OPAL, Gascade und NEL - für den Gastransport zuständig ist. Darüber hinaus besaß Gazprom Germania 100% der Anteile an den Gashandelsgesellschaften Wingas und WIEH sowie an dem Erdgasspeicherbetreiber Astora,^[10] der den größten deutschen Erdgasspeicher im niedersächsischen Rehden betreibt.^[11]

Gazprom ist mit 51% mehrheitliche Eigentümerin der Nord Stream AG,^[12] einem Konsortium zur Planung, zum Bau und Betrieb der Ostsee-Pipeline Nord Stream 1, welche im Jahr 2011 im Betrieb genommen wurde. Das Unternehmen zur Leitung des lange umstrittenen und inzwischen gestoppten Nachfolge-Projekts Nord Stream 2, die Nord Stream 2 AG, ist ein 100%-iges Tochterunternehmen von Gazprom.^[13] Im Bereich der Erdgasförderung kooperiert Gazprom über verschiedene Joint Ventures oder Gemeinschaftsunternehmen mit der deutschen BASF-Tochter [Wintershall Dea](#).^[14]

Lobbystrategien und Einfluss

Gazprom nutzt verschiedene Mittel und Wege, um politische Prozesse und Entscheidungsträger:innen zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Eine relevante Lobbystrategie des Konzerns stellen u.a. [Seitenwechsel](#) dar. Auch auf diese Weise gelang es Gazprom, umfangreiche Lobbynetze aufzubauen, in die insbesondere zahlreiche SPD-Politiker:innen involviert sind.^[15] Des Weiteren hat sich das Unternehmen durch das Sponsoring kultureller Ereignisse und Einrichtungen hervorgetan. Die seitens der Politik tolerierte und bisweilen aktiv geförderte, sukzessive Zunahme einer Abhängigkeit Deutschlands von russischen Erdgasimporten hat die Lobbymacht Gazproms zudem gestärkt. Gazprom gibt im europäischen Transparenz-Register EU-Lobbyausgaben von 50,000 - 99,999 € für das Jahr 2021 an.^[16] Da weder Gazprom noch die frühere Gazprom Germania einen Eintrag im deutschen Lobbyregister besitzen bzw. besaßen - ebenso wenig wie etwa die Nord Stream AG oder die ehemaligen Gazprom-Töchter Wingas, Wieh und Astora - lassen sich Gazproms Ausgaben für Lobbyarbeit in Deutschland nicht ermitteln.

Personenübersicht aus lobbykritischer Perspektive

Name	Partei	Positionen und Tätigkeiten
Gerhard Schröder	SPD	<ul style="list-style-type: none"> • 1998-2005 Bundeskanzler • Seit 2006 Vorsitz des Aufsichtsrats der Nord Stream AG • Seit Juli 2016 Präsident des Verwaltungsrats Nord Stream 2 AG • September 2017- Mai 2022 Vorsitz des Aufsichtsrats von Rosneft
Matthias Warnig		<ul style="list-style-type: none"> • ehemaliger Stasi-Mitarbeiter • Tätigkeiten für verschiedene Banken in Deutschland und Russland • 2006-2015 Geschäftsführer Nord Stream AG • Geschäftsführer Nord Stream 2 AG • Bis Mai 2022 Mitglied des Verwaltungsrats von Rosneft
Erwin Sellering	SPD	<ul style="list-style-type: none"> • 2008 – 2017 Ministerpräsident von Mecklenburg Vorpommern • 2018 Gründung und Vorsitz des Vereins Deutsch-russische Partnerschaft • 2021 Vorsitz der Stiftung Klima und Umweltschutz MV
Marion Scheller		<ul style="list-style-type: none"> • 2013-2016 Referatsleiterin des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Bereich Energiepolitik • seit Oktober 2016 Cheflobbyistin Nord Stream 2 AG
Friedbert Pflüger	CDU	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Sprecher des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker • 2005/06 Staatssekretär der CDU im Ministerium für Verteidigung • Seit 2021 Aufsichtsratsvorsitz von Zukunft Gas • Engagement für Nord Stream 2 mittels seiner Beratungsfirma Bingmann Pflüger International (seit Mitte 2022: Strategic Minds Company) sowie in seiner Rolle als EUCERS-Direktor
Angela Merkel	CDU	<ul style="list-style-type: none"> • 2005-2021 Bundeskanzlerin • Frühere Befürwortung von Nord Stream 2
Manuela Schwesig	SPD	<ul style="list-style-type: none"> • seit 2017 Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern • Frühere Befürwortung von Nord Stream 2
Sigmar Gabriel	SPD	<ul style="list-style-type: none"> • 2013-2017 Bundesminister für Wirtschaft und Energie • 2017-2018 Bundesaußenminister

		<ul style="list-style-type: none"> • Frühere Befürwortung von Nord Stream 2
Michael Kretschmer	CDU	<ul style="list-style-type: none"> • seit 2017 Ministerpräsident von Sachsen • Frühere Befürwortung von Nord Stream 2 ^[17]
Olaf Scholz	SPD	<ul style="list-style-type: none"> • 2018-2021 Bundesfinanzminister • seit 2021 Bundeskanzler • Frühere Befürwortung von Nord Stream 2
Peter Altmaier	CDU	<ul style="list-style-type: none"> • 2013-2017 Chef des Bundeskanzleramts • 2018-2021 Bundeswirtschaftsminister • Frühere Befürwortung von Nord Stream 2 ^[18]

Fallbeispiele und Kritik

Nord Stream 1

Die Erdgas-Pipeline Nord Stream 1 verläuft vom russischen Wyborg durch die Ostsee nach Lubmin in der Nähe von Greifswald. Die Pipeline wurde von der Nord Stream AG gebaut, die sie auch betreibt. Bei der Nord Stream AG handelt es sich um ein internationales Konsortium fünf großer Energiekonzerne: ^[19] Mit 51,0% hält Gazprom die Mehrheit der Anteile, als weitere Unternehmen sind Wintershall Dea und E.ON mit jeweils 15,5 % sowie Niederlandse Gasunie und Engie mit jeweils 9,0 % beteiligt. ^[20] Politisch geht das Pipeline-Projekt wesentlich auf den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder zurück – in seiner sowie der Anwesenheit des russischen Präsidenten Wladimir Putin unterschrieben Wintershall, Gazprom und E.ON am 8. September 2005 den Vertrag zur Betreibergesellschaft. Abgesichert wurde das Geschäft, wie bereits frühere Deals deutscher Energieunternehmen mit Russland, durch Kredite deutscher Banken und einer Milliardenbürgschaft aus der deutschen Staatskasse. ^[21] Nach seiner Niederlage bei der Bundestagswahl wurde im Dezember 2005 öffentlich, dass Schröder Aufsichtsratschef des Konsortiums werden würde, welches im Oktober 2006 schließlich den Namen Nord Stream AG erhielt. ^{[22][23]} Nicht allein die Tatsache des Seitenwechsels Schröders, sondern zusätzlich der geringe zeitliche Abstand zum politischen Amt – der Seitenwechsel wurde nur 17 Tage nach dessen Ausscheiden aus dem Amt bekannt – waren Gegenstand umfangreicher Kritik. ^[24]

Auch das Pipeline-Projekt selbst war von Beginn an von Kritik begleitet, insbesondere seitens des durch die Pipeline umgangenen Polens sowie der baltischen Staaten. ^[25] Letztere zogen, ebenso wie Schweden und Finnland, zudem die Umweltverträglichkeit der Pipeline in Zweifel. Derartige Bedenken teilten auch Umweltverbände – der BUND und der WWF klagten daher vor dem Greifswalder Obergerichtsgericht, um den Bau der Pipeline zu verhindern. ^[26] Trotz dieser Kritik wurde das Projekt zwischen 2006 und 2012 vorangetrieben und fertiggestellt: Der erste Strang der Pipeline wurde ab April 2010 gebaut und im November 2011 in Betrieb genommen, während mit dem Bau eines zweiten, parallel verlaufenden Pipeline-Strangs im Mai 2011 begonnen wurde und dieser im Oktober 2012 den Betrieb aufnahm. ^[27]

PR und mediale Berichterstattung

Wie viele Unternehmen legt die Nord Stream AG Wert auf eine positive Außenwirkung. Aus diesem Grund beauftragte sie die Bewegtbildagentur MHoch4, welche TV- und Social-Media-Werbefilme erstellt, ^[28] zur Produktion von PR-Videos für das Pipeline-Projekt. Es entstanden mehr als 120 Videopakete mit Fake-Beiträgen, Interviews und Video-Rohmaterial. Dieses PR-Material wurde unter anderem in der deutschen TV-Berichterstattung vielfach aufgegriffen – ohne Hinweis auf die Quelle und den Status der Beiträge als Werbevideos. ^[29] So wurden die PR-Sequenzen im April 2010 von der ARD und dem ZDF, in Nachrichtensendungen wie der Tagesschau, den Tagesthemen und dem Heute Journal, sowie auch von n-tv, N24 und dem Bayerischen Rundfunk ausgestrahlt. Im Nachhinein allerdings bedauerten ARD und ZDF die Verwendung der Werbebeiträge und das Fehlen der Quellenangabe. ^[30] Der ebenfalls von MHoch4 produzierte Werbefilm [Erdgas für Deutschland: Nord Stream Pipeline startet](#) erhielt im Jahr 2012 im deutschsprachigen Wettbewerb für kommerzielle Filme, die "Klappe", eine Auszeichnung in Gold. ^{[31][32]} Zu Werbezwecken ließ die Nord Stream AG zudem auch Hörfunk-Material produzieren: Die von dem Unternehmen beauftragte Agentur Public Radio bot im April 2010 Hörfunkredaktionen einen fertigen PR-Beitrag an, der den Baubeginn der Pipeline in positives Licht rückte. ^[33]

Nord Stream 2

Allgemeines

Die Pipeline Nord Stream 2 wurde ab September 2015 als Nachfolgeprojekt von Nord Stream 1 geplant und verläuft von Ust-Luga durch die Ostsee nach Lubmin. ^[34] Im Gegensatz zu Nord Stream 1 ist Gazprom alleinige Eigentümerin der Pipeline sowie der sie betreibenden Nord Stream 2 AG. Allerdings wurde Nord Stream 2 auch von den Unternehmen [Engie](#), [OMV](#), [Shell](#), [Wintershall Dea](#) und [Uniper](#) mitfinanziert. ^[35] Chef der Nord Stream 2 AG ist [Matthias Warnig](#), ein ehemaliger Stasi-Agent und Freund Putins, ^[36] den Vorsitz des Verwaltungsrats hat [Gerhard Schröder](#) inne ^[37]. Im Jahr 2018 begannen die Bauarbeiten zur Pipeline, fertiggestellt wurde sie am 6. September 2021. ^[38] Aufgrund verschiedener Konflikte und Kontroversen um das Pipeline-Projekt konnte der ursprünglich bereits für 2019 geplante Termin zur Inbetriebnahme nicht eingehalten werden. ^[39] In Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine stoppte die Bundesregierung am 22. Februar 2022 das Genehmigungsverfahren für Nord Stream 2 ^[40]. Anfang März 2022 hat die Nord Stream 2 AG ihre mehr als 140 Mitarbeitenden entlassen. ^[41]

Politische Hintergründe und Lobbyeinflüsse: Eine Chronologie

Bis zu seinem Stopp im Februar 2022 wurde das Projekt Nord Stream 2 politisch gegen alle Widerstände durchgesetzt. Prominente Politiker:innen sprachen sich zuvor klar für die Pipeline aus, beispielsweise die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel. ^[42] Der frühere Bundesminister [Sigmar Gabriel](#) betonte, Nord Stream "immer für ein richtiges Projekt" gehalten zu haben ^[43] und Bundespräsident Steinmeier verteidigte Nord Stream 2 im Februar 2021 als "fast die letzte Brücke zwischen Russland und Europa". ^[44] Als die genannten fünf Energiekonzerne am 4. September 2015 mit Gazprom das Abkommen zum Bau der Pipeline unterzeichneten, ^[45] - im Jahr nach Russlands Annexion der Krim – segnete Angela Merkel den Deal für die zweite Pipeline trotz Sanktionsandrohungen seitens der USA ab. ^[46] Das Projekt wurde als zentraler Beitrag für die Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas betrachtet, so ein häufig vorgebrachtes Argument. ^[47] Allerdings sah Nord Stream 2 sich, wie bereits zuvor Nord Stream 1, verschiedener Kritik ausgesetzt: So gingen die etwa die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) aus

klimapolitischen und ökologischen Gründen gerichtlich gegen Nord Stream 2 vor.^[48] Zudem äußerten Energie-Expert:innen Zweifel an der Rentabilität des Projekts und dessen Relevanz für die Versorgungssicherheit Deutschlands.^[49] Im Zentrum der Kontroverse um die Pipeline stand allerdings ein geopolitischer Konflikt: So sahen Polen, die Ukraine und die baltischen Staaten ihre Sicherheitsinteressen durch die Pipeline gefährdet sowie vor allem die Ukraine zudem auch ihre Einnahmen durch den Gastransit. Die USA standen dem Projekt ebenfalls stets ablehnend gegenüber, was die transatlantischen Beziehungen zeitweise belastete.^[50]

1. Lobbyarbeit in den Anfangsjahren des Projekts

Die deutsche Bundesregierung hat lange Zeit keiner der genannten Aspekte und Kritikpunkte zu einem Kurswechsel bewegt. Stattdessen fanden zahlreiche Lobbytreffen statt, welche Nord Stream 2 zum Gegenstand hatten. Ende des Jahres 2016 wurde zudem Marion Scheller, die vorherige Leiterin des Referats IIB6 (Energie- und Klimafonds) im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Cheflobbyistin bei Nord Stream 2.^[51] Aus einer Antwort der Bundesregierung vom 12. Dezember 2017 auf eine kleine Anfrage der Linken zum Thema „Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream“ geht hervor, dass Mitglieder der Bundesregierung zwischen Januar 2015 und Oktober 2017 in engem und regelmäßigem Austausch mit Vertreter:innen der in das Pipeline-Projekt involvierten Unternehmen standen. In genanntem Zeitraum fanden 62 solcher Treffen statt, in 36 davon ging es explizit um die Erweiterung der Ostsee-Pipeline Nord Stream bzw. Nord Stream 2. Sigmar Gabriel traf als Bundeswirtschaftsminister sechs Mal auf den Gazprom-Chef Alexej Miller, sieben Mal auf Matthias Warnig, den Geschäftsführer der Nord Stream 2 AG, und einmal auf Gerhard Schröder.^[52] Bei einem Gespräch Gabriels mit Miller am 29. Oktober 2015 in Moskau war auch Putin anwesend, der sich für dieses Treffen außergewöhnlich viel Zeit genommen habe.^[53] Zwischen Warnig und Gabriel sind drei weitere Treffen für dessen Zeit als Außenminister dokumentiert.

2. US-Sanktionen und Reaktionen

Im Juni 2017 beschloss der US-Senat Sanktionen gegen russische Pipelines,^[54] im Jahr 2019 folgten weitere, die eine Unterbrechung des Baus nach sich zogen.^[55] Ab Sommer 2020 wurde an einer Verschärfung und Präzisierung der Sanktionen gegen Nord Stream 2 gearbeitet.^{[56][57]} Im Lichte des Giftanschlags auf den russischen Regierungskritiker Nawalny entstand zeitnah auch in Deutschland eine politische Debatte um einen potenziellen Stopp des Pipeline-Projekts. Derartige Forderungen stießen jedoch auf Gegenwind seitens der zahlreichen Befürworter:innen.^{[58][59]} Ende September 2020 schließlich schien eine Entscheidung für den Baustopp vorerst ausgeschlossen, nachdem der damalige Finanzminister Olaf Scholz sowie Wirtschaftsminister Peter Altmaier sich zu der Vollendung des Projekts bekannt und auch Angela Merkel die Fertigstellung der Pipeline nicht weiter öffentlich in Frage gestellt hatte. Die Bundesregierung wandte sich nicht gegen Nord Stream 2. In der Antwort auf eine Frage des grünen Bundestagsabgeordneten Oliver Krischer im selben Monat im Bundestag nach der Bedeutung von Nord Stream 2 für die deutsche und europäische Gasversorgung stützten sich die Bundesregierung und das Wirtschaftsministerium ausschließlich auf Zahlen und Szenarien, die von der Nord Stream 2 AG selbst zur Verfügung gestellt worden waren.^[60] Bereits zuvor hatte Scholz sich Anfang August 2020 dafür eingesetzt, die US-Sanktionen abzuwenden. In einem Telefonat mit dem damaligen Finanzminister der USA, Steve Mnuchin, unterbreitete Scholz folgenden Vorschlag: Die USA sollten auf ihre Sanktionen gegen die am Bau von Nord Stream 2 beteiligten Firmen verzichten, im Gegenzug würde Deutschland eine Milliarde Euro in den Bau von Flüssiggas-Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel investieren, um Gasimporte aus den USA zu ermöglichen. Als die US-Regierung nicht auf diesen Vorschlag reagierte, soll Scholz den Vorschlag des Deals im Frühjahr 2021 gegenüber der neuen US-Finanzministerin Janet Yellen wiederholt haben.^[61]

Weil die Sanktionen der USA die Realisierung des Pipeline-Projekts verzögerten und gefährdeten, gab die Nord Stream 2 AG mehrere Millionen US-Dollar für Lobbyarbeit in den USA aus und engagierte zu diesem Zweck Agenturen, wie unter anderem die Burts PR-Agentur und Roberti Global - letztere erhielt seit 2017 von dem Unternehmen Zahlungen in Höhe von insgesamt mehr als 9 Millionen US-Dollar.^{[62][63]} Allerdings betrieb nicht nur die Nord Stream 2 AG Lobbyarbeit in den USA, auch die Unternehmen **OMV**, **Shell**, **Engie**, **Wintershall** und **Uniper**, welche an der Finanzierung der Pipeline beteiligt waren, setzten sich dort gegen die Sanktionen ein.^[64]

Zudem gab die Nord Stream 2 AG zwischen 2017 und 2020 vier Studien beim Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität zu Köln (**EWI**) in Auftrag. Diese Studien befassen sich u.a. mit den potenziellen Auswirkungen des Projekts auf die Gaspreise in Europa und unterstützen somit eine positive Darstellung der Pipeline.^[65] Die im Jahr 2020 veröffentlichte Studie war zudem Bestandteil eines von der Nord Stream 2 AG bei der Bundesnetzagentur eingereichten Antrags auf Freistellung von der Regulierung nach der EU-Gasrichtlinie.^[66]

3. Einigung zwischen Deutschland und den USA und nachfolgende Entwicklungen

Im Juli 2021 einigten sich die USA und Deutschland in ihrem langjährigen Konflikt um Nord Stream 2 auf einen Kompromiss. Sie verständigten sich darauf, dass die Pipeline ohne Verhängung neuer Sanktionen fertiggestellt werden könne.^[67] Gleichzeitig verpflichtete sich Deutschland dazu, "Maßnahmen" zu ergreifen, sofern Russland versuchen sollte, "Energie als Waffe einzusetzen oder weitere aggressive Handlungen gegen die Ukraine zu begehen", wie US-Diplomatin Victoria Nuland mitteilte.^[68] In einem solchen Fall seien Sanktionen vorgesehen. Darüber hinaus vereinbarten beide Seiten, sich für eine Vertragsverlängerung bezüglich des Gastransits durch die Ukraine für 10 weitere Jahre einzusetzen und auf eine Reduktion der Abhängigkeit der Ukraine von den Transit-Einnahmen hinzuwirken.^[69] Während US-Präsident Biden der Pipeline trotz des Kompromisses weiterhin kritisch gegenüberstand,^[70] blieb die deutsche Bundesregierung noch bis Ende des Jahres 2021 bei ihrer zurückhaltend bis affirmativen Haltung: Nord Stream 2 sei ein rein "privatwirtschaftliches Vorhaben"^[71], betonte Scholz in seiner neuen Funktion als Bundeskanzler, wie früher unter anderem bereits Merkel oder auch Gabriel argumentiert hatte.^[72] Mitte Januar begann Scholz, seine Tonlage hinsichtlich des Pipeline-Projekts zu ändern und verteidigte die eben genannte Einschätzung nicht mehr.^[73]

Stiftung Klima- und Umweltschutz MV

Als Fürsprecher:innen von Nord Stream 2 taten sich insbesondere auch Politiker:innen aus Mecklenburg-Vorpommern, wie etwa Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** oder der frühere Ministerpräsident und Freund Schröders **Erwin Sellering** hervor. Diese sind auch in Aktivitäten im Rahmen der umstrittenen Stiftung "Klima- und Umweltschutz MV" involviert, mit welcher sich seit dem 17. Juni 2022 ein Untersuchungsausschuss des Landtags beschäftigt.^[74]

Um die von den USA angekündigten Sanktionen gegen die weiterhin am Bau von Nord Stream 2 beteiligten Firmen zu umgehen, schlug die Nord Stream 2 AG die Gründung der Stiftung vor. Denn eine von der Landesregierung gegründete Stiftung konnte die Rolle eines Zwischenhändlers zwischen der Pipeline und den Zulieferern übernehmen – als staatlicher Akteur unbeeinträchtigt von den Sanktionen. Am 7. Januar 2021 beschloss der Landtag einstimmig mit wenigen Enthaltungen die Gründung der Stiftung. Ihr Name "Stiftung Klima- und Umweltschutz MV" lag in ihrem offiziellen Zweck begründet, Umweltprojekte zu fördern. Das inoffizielle Ziel, Nord Stream 2 weiterzubauen, wurde jedoch in der Satzung ebenfalls ausdrücklich

formuliert. Das Land Mecklenburg-Vorpommern finanzierte die Stiftung mit 200.000 Euro; der Großteil des Geldes sollte allerdings von der Nord Stream 2 AG stammen - diese zahlte der Stiftung zwischen Februar und November 2021 einen Betrag von insgesamt 192 Millionen Euro.^[75] Erwin SELLERING bestätigte in einem Interview mit der *Schweriner Volkszeitung*, dass der "Vorschlag, die Stiftung ins Leben zu rufen" "direkt von Nord Stream 2""gekommen sei. Der damalige Landesenergieminister Christian Pegel nannte die Stiftung ein "Baumarktregal" für Nord Stream 2.^[76] Interne E-Mails, die die Plattform „Frag den Staat“ veröffentlichte, belegen den engen Kontakt zwischen der Landesregierung und der Nord Stream 2 AG. Erwin SELLERING wurde Vorsitzender der Stiftung. Konzipiert wurde diese gemeinsam vom Energieministerium und der Staatskanzlei, die sich damals unter Leitung Heiko Geues (SPD) befand. Geue war zuvor als Redenschreiber für Schröder, als Büroleiter von Frank-Walter Steinmeier zu dessen Zeit als Kanzleramtsminister unter Schröder und als Wahlkampfmanager von Peer Steinbrück tätig.^[77] Die Stiftung nahm zunächst im selben Gebäude Platz, wie der 2018 von SELLERING gegründete Verein „Deutsch-russische Partnerschaft“, welcher den deutsch-russischen Austausch in Kultur, Sport, Wissenschaft und Bildung fördern sollte. Für diesen erhielt SELLERING 600.000 € Anschubfinanzierung vom Land Mecklenburg-Vorpommern,^[78] ein Teil davon wurde noch drei Wochen nach Kriegsausbruch vom Kabinett im Haushaltsplan bewilligt. Medienberichten zufolge wurde ein Vertreter von Nord Stream 2 bis kurz nach Kriegsbeginn als Vorstandsmitglied geführt und danach anscheinend eilig aus der Liste der Vorstandsmitglieder entfernt.^[79]

Nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine kündigte Manuela SCHWESIG ihre Unterstützung für die Stiftung auf. Alle Kontakte nach Russland sollten bis auf weiteres eingestellt werden und der Vorstand der Stiftung eine Auflösung der Stiftung auf den Weg bringen. Diesem Anliegen hatte sich Erwin SELLERING nachhaltig widersetzt. Die allein für Klimaschutz zuständige Geschäftsstelle habe keinerlei Bezug zu Nord Stream 2 und das von Nord Stream 2 stammende Stiftungsvermögen könne keinem anderen Zweck zugeführt werden.^[80] Ein im Mai 2022 vorgestelltes Rechtsgutachten kommt jedoch zu dem Schluss, dass die Stiftung aufgelöst werden könne.^[81] Am 4. Juli 2022 hat das Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern eine Änderung der Stiftungssatzung vorgenommen und alle Bezüge zu Nord Stream 2 aus der Satzung gestrichen.^[82] Trotz der infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine vollzogenen Kehrtwende haben die früheren Absprachen mit und Kontakte zu Nord-Stream 2-Vertreter:innen den Bau der Pipeline über einen langen Zeitraum hinweg unterstützt und dabei zur Gründung der Klimaschutz-Stiftung geführt. Auf eine Anfrage der Grünen im Landtag hat Schwesig insgesamt elf Treffen oder Gespräche mit russischen Gas-Lobbyisten angegeben, das erste ist auf November 2017 datiert. Allerdings fehlen in der offiziellen Antwort der Staatskanzlei auf die parlamentarische Anfrage mindestens zwei Treffen - Zusammenkünfte mit dem Nord-Stream-2-Lobbyisten und Altkanzler Schröder, welche im April 2018 in einem Berliner Restaurant und im Juni 2019 am Rande des Wirtschaftsforums in St. Petersburg stattfanden.^[83]

Beratung durch McKinsey von 2010 bis 2022

Das US-Beratungsunternehmen McKinsey unterstützte Gazprom seit 2010 aktiv dabei, mehr russisches Gas in Europa zu verkaufen. Das berichtete *Business Insider* im Juli 2022. McKinsey war zum einen beratend tätig und empfahl unter anderem, Gerhard Schröder in Gazprom-Gremien zu platzieren - wie es dann tatsächlich geschah. McKinsey lobbyierte zudem, indem die Beratungsfirma Gazprom die Türen ins Wirtschaftsministerium öffnete, so *Business Insider*. Insgesamt bearbeitete McKinsey für Gazprom über 160 Projekte mit einem Gesamtvolumen von über 50 Mio. €. ^[84] Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine Anfang 2022 geriet McKinsey unter Druck und verkündete, sich aus Russland zurückzuziehen, allerdings erst nachdem bestehende Aufträge beendet seien.^[85]

Sponsoring in Kultur und Sport

Sponsoring hilft Unternehmen bei der „politischen Landschaftspflege“, es schafft Abhängigkeiten und kreiert zugleich ein gutes Image. Zudem können Sponsoren zahlreiche Gelegenheiten wahrnehmen, mit politischen Entscheidungsträger:innen ins Gespräch zu kommen. Gazprom war bis zum Angriff Putins auf die Ukraine über Sponsoringverträge im europäischen Fußball allgegenwärtig, unter anderem als Hauptsponsor des Fußballvereins Schalke 04, in dessen Aufsichtsrat Nord Stream 2-Geschäftsführer **Matthias Warnig** saß.^[86] Des Weiteren war Gazprom Sponsor der Champions League und „Premiumsponsor“ der Europäischen Fußballunion UEFA. Eine Einladung zu Veranstaltungen wie der Champions League ist attraktiv für zahlreiche Entscheidungsträger:innen - auf diese Weise können Gespräche am Spielfeldrand stattfinden, auf die Lobbyist:innen anderenfalls meist längere Zeit warten müssten. Die Sportfunktionäre bekommen einen Einblick in die Geschäftswelt des Fußballs und können Netzwerke aufbauen.^[87]

Auch Deutschlands größter Freizeitpark, der Europapark Rust, erhielt bis zum Krieg gegen die Ukraine Geld von Gazprom, in diesem Fall von der Nord Stream 2 AG. Seine Attraktionen trugen dafür Namen wie "Blue Fire Megacoaster powered by Nord Stream 2" oder "Nord Stream 2 Dome". Besonders intensives Sponsoring betrieb Nord Stream 2 in Mecklenburg-Vorpommern. Das Unternehmen sponserte hier unter anderem die Schweriner Damen-Volleyball-Mannschaft, das Orchester „Baltic Sea Philharmonic“,^[88] die Kunsthalle Rostock,^[89] oder den hoch umstrittenen Russlandtag, ein deutsch-russisches Wirtschaftstreffen, das seit 2014 in Mecklenburg-Vorpommern stattfindet – erstmals kurz nachdem Russland die Krim annektiert hatte.

Geschichte

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ging aus dem früheren Geschäftsbereich der Gasförder- und Gastransportindustrie des Ministeriums für Erdöl- und Gaswirtschaft der Konzern Gazprom, kurz für "Gasovoaya promyshlennost" (Gasindustrie), hervor. Seit 1992 ist Gazprom als Aktiengesellschaft mehrheitlich in staatlichem Besitz.^[90] Anfang der 1990 Jahre begannen das deutsche Chemieunternehmen **BASF** und Gazprom mit dem Aufbau enger geschäftlicher Beziehungen: BASF errichtete eigene Pipelines von Gazproms Gasfeldern in Sibirien zum **BASF**-Stammwerk in Ludwigshafen, Gazprom dagegen sah in Deutschland einen vielversprechenden Absatzmarkt und konnte hinsichtlich der Gasförderung von dem Know-How der BASF-Gasfördertochter Wintershall profitieren.^[91] Die in den folgenden Jahren fortgeführte und weiter vertiefte Partnerschaft zwischen **Wintershall** und Gazprom umfasst auch Joint Ventures zur gemeinsamen Förderung von Gas und Öl in Russland.^[92] Im Rahmen eines Tauschs von Vermögenswerten im Jahr 2015 wurde das Erdgashandel und -speichergeschäft von Wintershall an Gazprom übertragen – im Gegenzug erhielt Wintershall Anteile an weiteren Erdgasfeldern in Westsibirien. Die Handelsgesellschaften Wingas, 1994 als **BASF**-Tochterfirma gegründet, und Wieh sowie der Gasspeicherbetreiber Astora gingen an Gazprom über, darunter auch der größte deutsche Erdgasspeicher in Rheden.^[93] Das Geschäft wurde vom damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel genehmigt.^[94]

Nachdem bekannt geworden war, dass Gazprom die Beteiligung an ihrer deutschen Tochterfirma Gazprom Germania GmbH und all deren Vermögenswerten beendet hatte, stellte das Bundeswirtschaftsministerium Anfang April 2022 den mittelbaren Erwerb der Gazprom Germania durch die russischen Unternehmen JSC Palmary und Gazprom export business services LLC fest. Es herrschte allerdings Unklarheit darüber, wer

wirtschaftlich und rechtlich hinter den beiden genannten Unternehmen stand. Da Gazprom Germania kritische Infrastruktur betreibt, muss jeder Erwerb durch einen Nicht-EU Investor vom Ministerium genehmigt werden. Die unklaren Rechtsverhältnisse und der Verstoß gegen die Meldepflicht im Rahmen der Außenwirtschaftsverordnung wurden vom Wirtschaftsministerium als Gründe genannt, die Bundesnetzagentur übergangsweise als Treuhänderin der Gazprom Germania GmbH, jetzt SEFE Securing Energy for Europe GmbH, einzusetzen.^[95]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Putins Wirtschaftswaffe: Das ist die Geschichte von Gazprom weser-kurier.de vom 29.04.22, abgerufen am 17.06.22
2. ↑ Die Macht des Gazprom-Konzerns tagesschau.de vom 15.02.22, abgerufen am 17.06.2022
3. ↑ Gazprom gibt deutschen Tochter-Konzern auf tagesschau.de vom 01.04.22, abgerufen am 17.06.22
4. ↑ Gazprom Space Systems gazprom-spacesystems.ru, abgerufen am 15.07.22
5. ↑ Gazprombank gazprombank.ru, abgerufen am 15.07.22
6. ↑ Ohne Gazprom geht es in Europa nicht dw.com vom 06.02.22, abgerufen am 17.06.2022
7. ↑ Röhren, Speicher und Raffinerien: Russland hat sich wie eine Krake in der deutschen Energiebranche breitgemacht nzz.ch vom 07.04.22, abgerufen am 15.07.2022
8. ↑ Treuhänderschaft Gazprom Germania bundesnetzagentur.de, abgerufen am 17.06.2022
9. ↑ Unternehmensstruktur SEFE Securing Energy for Europe GmbH sefe-group.com, abgerufen am 15.07.2022
10. ↑ Röhren, Speicher und Raffinerien: Russland hat sich wie eine Krake in der deutschen Energiebranche breitgemacht nzz.ch vom 07.04.22, abgerufen am 17.06.2022
11. ↑ Größter deutscher Gasspeicher in russischer Hand br.de vom 20.02.22, abgerufen am 17.06.2022
12. ↑ Unternehmensstruktur Nord Stream AG nord-stream.com, abgerufen am 17.06.2022
13. ↑ Wie abhängig ist Deutschland von russischem Erdgas? deutschlandfunk.de vom 25.02.22, abgerufen am 17.06.2022
14. ↑ Langjähriges Engagement und effiziente Partnerschaft wintershalldea.com von 03.17, abgerufen am 17.06.2022
15. ↑ Wenn der Gasmann zweimal klingelt zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 17.06.2022
16. ↑ Europäisches Transparenzregister ec.europa.eu, abgerufen am 17.06.2022
17. ↑ Es war richtig, sich für Nordstream 2 zu verwenden zeit.de vom 27.02.22, abgerufen am 04.08.2022
18. ↑ Wirtschaftsminister Altmaier kämpft für Nord Stream 2 handelsblatt.com vom 25.09.20, abgerufen am 04.08.2022
19. ↑ Die Pipeline nord-stream.com, abgerufen am 24.06.2022
20. ↑ Unternehmensstruktur nord-stream.com, abgerufen am 24.06.2022
21. ↑ Ostsee-Pipeline Nord Stream: Als Russland den Gashahn aufdrehte ndr.de vom 28.02.22, abgerufen am 24.06.2022
22. ↑ Ebd.
23. ↑ Es begann mit Schröder tagesschau.de vom 23.02.22, abgerufen am 24.06.2022
24. ↑ "Unangenehm und geschmacklos" sueddeutsche.de vom 04.02.22, abgerufen am 24.06.2022

25. ↑ [Was ist Nord Stream 1? Verlauf, Kosten, Auslastung](#) augsburger-allgemeine.de vom 10.03.22, abgerufen am 24.06.2022
26. ↑ [Ostsee-Pipeline Nord Stream: Als Russland den Gashahn aufdrehte](#) ndr.de vom 28.02.22, abgerufen am 24.06.2022
27. ↑ [Die Pipeline](#) nord-stream.com, abgerufen am 24.06.2022
28. ↑ [Die Agentur](#) mhoch4.com, abgerufen am 28.07.2022
29. ↑ [Getrennte Welten? Journalismus und PR in Deutschland](#) netzwerkrecherche.org von 2011, abgerufen am 28.07.2022
30. ↑ Ebd.
31. ↑ [Erster Aufschlag für die PR-Klappe](#) prreport.de vom 02.03.2012, abgerufen am 28.07.2022
32. ↑ [31 Werbefilme mit der "Klappe" ausgezeichnet, erstmalig auch für PR-Film](#) pr-journal.de vom 02.03.2012, abgerufen am 28.07.2022
33. ↑ Thomas Schnedler: [Eine notwendige Auseinandersetzung. Das Verhältnis von Journalismus und Public Relations](#), Wiesbaden 2012, S.168
34. ↑ [Die wichtigsten Fakten zum Pipeline-Projekt Nord Stream 2](#) handelsblatt.com vom 22.07.21, abgerufen am 27.06.2022
35. ↑ [Die wichtigsten Fakten zum Pipeline-Projekt Nord Stream 2](#) handelsblatt.com vom 22.07.21, abgerufen am 27.06.2022
36. ↑ [Wie Matthias Warnig der mächtigste Deutsche in Russland wurde](#) faz.net vom 05.03.21, abgerufen am 27.06.2022
37. ↑ [Schröder sitzt Verwaltungsrat von Nord Stream 2 vor](#) politik-kommunikation.de vom 07.10.16, abgerufen am 29.07.2022
38. ↑ [Nord Stream 2 ist fertiggestellt](#) tagesschau.de vom 10.09.21, abgerufen am 27.06.2022
39. ↑ [Wie abhängig ist Deutschland von russischem Erdgas?](#) deutschlandfunk.de vom 25.02.22, abgerufen am 27.06.2022
40. ↑ [Genehmigung von Nord Stream 2 gestoppt](#) tagesschau.de vom 22.02.22, abgerufen am 27.06.2022
41. ↑ [Nordstream-Betreiber offenbar insolvent](#) tagesschau.de vom 01.03.22, abgerufen am 27.06.2022
42. ↑ [Es begann mit Schröder](#) tagesschau.de vom 23.02.22, abgerufen am 28.06.2022
43. ↑ [Wenn der Gasmann zweimal klingelt](#) zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 28.06.2022
44. ↑ [Steinmeier verteidigt Nord Stream 2 als „fast letzte Brücke“ zu Russland](#) faz.net vom 06.02.21, abgerufen am 28.06.2022
45. ↑ [Wenn der Gasmann zweimal klingelt](#) zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 28.06.2022
46. ↑ [Die Geschichte des Nord-Stream-Projekts](#) dw.com vom 25.07.21, abgerufen am 28.06.2022
47. ↑ [Wenn der Gasmann zweimal klingelt](#) zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 28.06.2022
48. ↑ [Wann geht Nord Stream 2 ans Netz](#) zdf.de vom 06.09.21, abgerufen am 28.06.2022
49. ↑ [Wie abhängig ist Deutschland von russischem Erdgas?](#) deutschlandfunk.de vom 25.02.22, abgerufen am 28.06.2022
50. ↑ [Die Geschichte des Nord-Stream-Projekts](#) dw.com vom 25.07.21, abgerufen am 28.06.2022
51. ↑ [Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream](#) dserver.bundestag.de vom 15.12.17, abgerufen am 28.06.2022
52. ↑ [Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream](#) dserver.bundestag.de vom 15.12.17, abgerufen am 28.06.2022
53. ↑ [Wenn der Gasmann zweimal klingelt](#) zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 28.06.2022
54. ↑ Ebd.
55. ↑ [US-Regierung droht mit neuen Sanktionen wegen Nord Stream 2](#) zeit.de vom 15.07.22, abgerufen am 29.06.2022
56. ↑ [Nord Stream 2: Russlands Tricks gegen US-Sanktionen](#) vom 22.03.21, abgerufen am 28.06.2022

57. ↑ [Die Sanktionsspirale der USA gegen Nord Stream 2](#) atlantik-bruecke.org vom 02.11.20, abgerufen am 28.06.2022
58. ↑ [Heiko Maas droht erstmals mit Stopp von Nord Stream 2](#) vom 06.09.20, abgerufen am 29.06.2022
59. ↑ [Friedrich Merz fordert zweijährigen Baustopp für Nord Stream 2](#) vom 04.09.20, abgerufen am 29.06.2022
60. ↑ [Deutschland rechnet mit russischen Zahlen](#) vom 29.09.20, abgerufen am 29.06.2022
61. ↑ [Wenn der Gasmann zweimal klingelt](#) zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 28.06.2022
62. ↑ [Alles hängt an Donald Trump](#) zeit.de vom 20.02.18, abgerufen am 29.06.2022
63. ↑ [Nord-Stream 2 lobbyists flee](#) politico.com vom 24.02.22, abgerufen am 29.06.2022
64. ↑ [Millions in lobbying spending pour into fight over sanctions on Russia's Nord Stream 2 oil pipeline](#) opensecrets.org vom 24.02.22, abgerufen am 29.06.2022
65. ↑ [Publikationen EWI](#) ewi.uni-koeln.de, abgerufen am 11.08.2022
66. ↑ [Studie: Nord Stream 2 dämpft Gaspreise in Europa](#) zfk.de vom 21.04.20, abgerufen am 12.08.2022
67. ↑ [Einigung im Streit über Nord Stream 2](#) tagesschau.de vom 21.07.21, abgerufen am 04.07.2022
68. ↑ [Nord Stream 2: Einigung mit den USA](#) dw.com vom 21.07.21, abgerufen am 04.07.2022
69. ↑ Ebd.
70. ↑ Ebd.
71. ↑ [Kanzler Scholz: Nord Stream 2 ist "privatwirtschaftliches Vorhaben"](#) ndr.de vom 16.12.21, abgerufen am 08.07.2022
72. ↑ [Es begann mit Schröder](#) tagesschau.de vom 23.02.22, abgerufen am 08.07.2022
73. ↑ [Der Kanzler ändert seine Tonlage zu Nord Stream 2](#) faz.net vom 18.01.22, abgerufen am 08.07.2022
74. ↑ [Verschleiert Schwesig ihre Kontakte zur russischen Gas-Lobby?](#) ndr.de vom 17.06.22, abgerufen am 27.06.2022
75. ↑ [Fast 200 Millionen Euro – so üppig stattete Gazprom die Klimastiftung aus](#) welt.de vom 14.08.22, abgerufen am 15.08.2022
76. ↑ [Wenn der Gasmann zweimal klingelt](#) zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 28.06.2022
77. ↑ [Wenn der Gasmann zweimal klingelt](#) zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 28.06.2022
78. ↑ [Russland und Mecklenburg-Vorpommern: Chronologie der Landespolitik](#) ndr.de vom 19.05.22, abgerufen am 28.06.2022
79. ↑ [CDU fordert Auflösung von Sellerings Russlandverein](#) nordkurier.de vom 21.04.22, abgerufen am 28.06.2022
80. ↑ [Nord-Stream-2-Stiftung wird aufgelöst](#) background.tagesspiegel.de vom 01.03.22, abgerufen am 28.06.2022
81. ↑ [Umstrittene Klimastiftung kann laut Gutachten aufgelöst werden](#) zeit.de vom 04.05.22, abgerufen am 28.06.2022
82. ↑ [Justizministerium ändert Stiftungssatzung](#) klimastiftung-mv.de, abgerufen am 29.07.2022
83. ↑ [Verschleiert Schwesig ihre Kontakte zur russischen Gas-Lobby?](#) ndr.de vom 17.06.22, abgerufen am 27.06.2022
84. ↑ [Gazprom-Leak: Wie die Unternehmensberater von McKinsey dabei halfen, Deutschland von russischem Gas abhängig zu machen](#) businessinsider.de vom 23.07.2022, abgerufen am 23.08.2022
85. ↑ [Nun als doch: McKinsey zieht sich aus Russland zurück](#) capital.de vom 04.03.2022, abgerufen am 23.08.2022
86. ↑ [Das Trikot bleibt frei, der Druck wächst](#) faz.net vom 24.02.22, abgerufen am 04.08.2022
87. ↑ [Wie Gazprom den Fußball als Plattform benutzt](#) deutschlandfunk.de vom 08.05.21, abgerufen am 24.06.2022
88. ↑ [Das Lobbynetwerk Nord Stream 2 zerfällt](#) zeit.de vom 01.03.22, abgerufen am 24.06.2022
89. ↑ [Wenn der Gasmann zweimal klingelt](#) zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 24.06.2022

90. ↑ [Gazprom wird Big Player](#) deutschlandfunknova.de vom 14.01.22, abgerufen am 11.07.2022
91. ↑ [So befeuerte die BASF unsere Gas-Abhängigkeit](#) zdf.de vom 27.04.22, abgerufen am 11.07.2022
92. ↑ [Wintershall Dea: Geschichte](#) wintershalldea.com abgerufen am 11.07.2022
93. ↑ [Röhren, Speicher und Raffinerien: Russland hat sich wie eine Krake in der deutschen Energiebranche breitgemacht](#) nzz.ch vom 07.04.22, abgerufen am 17.06.2022
94. ↑ [Wenn der Gasmann zweimal klingelt](#) zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 24.06.2022
95. ↑ [BMWK setzt Bundesnetzagentur als Treuhänderin für Gazprom Germania ein - Erwerb der Gazprom Germania GmbH durch JSC Palmary schwebend unwirksam](#) bmwk.de vom 04.04.22, abgerufen am 11.07.2022

Verband der Chemischen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Der **Verband der Chemischen Industrie (VCI)** ist ein Interessenverband von 1.600 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne. Innerhalb des Verbandes vereinigen sich mehr als 90 Prozent der deutschen Chemieunternehmen.^{[1][2]}

**Verband der chemischen Industrie e.V.
(VCI)**



Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der Chemieindustrie
Gründungsdatum	1877
Hauptsitz	Frankfurt a.M.
Lobbybüro	Neustädtische Kirchstraße 8, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	Rue Marie de Bourgogne 58 1000 Bruxelles
Webadresse	www.vci.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	26
1.1 Lobbytätigkeit	26
1.2 Parteispenden	26
1.3 Befürwortung eines Lobbyregisters	27
2 Fallbeispiele und Kritik	27
2.1 2023 - 2025: PFAS - unlautere Argumentation der Chemieverbände	27
2.2 2020 - 2023: Der VCI und die REACH-Novellierung	29
2.3 2022: VCI gegen das Lieferkettengesetz	30
2.4 2012: VCI bei Klimawandel-Leugnern	30

2.5 1999 - 2007: Lobbyarbeit des VCI zur EU-REACH-Verordnung	30
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	31
3.1 Der Vorstand	31
3.2 Verbindungen zur internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP	32
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	33
5 Einzelnachweise	33

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbytätigkeit

Der VCI nutzt das Netz seiner Mitglieder, um über lokale Unternehmen dezentral auf die Bundestagsabgeordneten in den jeweiligen Wahlkreisen Einfluss zu nehmen.

Auf der anderen Seite bedeutet Verbandsarbeit auch, die Interessen der Mitglieder zu bündeln und in Berlin möglichst mit einer Stimme zu sprechen. Diese Koordinierung ist eine Herausforderung für die Verbände generell, auch für den VCI. Denn zumindest die großen Mitgliedsunternehmen, wie [BASF](#) oder [Bayer](#), haben eigene Lobbybüros in Berlin, über die sie ihre speziellen Unternehmensinteressen vertreten.

Der VCI organisiert etwa acht Mal im Jahr Politische Ausschüsse und Chemiekreise mit Lobbyist/innen der Mitgliedsunternehmen, um Informationen auszutauschen und die Arbeit zu koordinieren. Zu den Treffen werden je nach Bedarf auch Vertreter/innen von Bundesregierung und Gewerkschaften, etwa der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), eingeladen. Zusätzlich veranstaltet der VCI einmal im Jahr einen **Parlamentarischen Abend**.

Ein weiteres wichtiges Einflussinstrument des VCI ist die strategische Netzwerkbildung und Personalpolitik, die besonders unter dem langjährigen VCI-Geschäftsführer **Hermann-Wolfgang Lehning** gepflegt wurde. Lehning war Präsident des **Wirtschaftspolitischen Clubs Deutschland** (2003–2007), in dem sich Repräsentant/innen aus Politik und Wirtschaft regelmäßig austauschen, sowie Mitgründer des Lobbyzirkels **Adlerkreis**. Ziel der strategischen Personalpolitik ist es, aufstrebende Leute mit politischen Ambitionen anzuheuern, bevor sie in die Politik wechseln

Parteispenden

Der VCI gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendete der Verband insgesamt 8.001.036,09 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Spenden verteilen sich von 2010 bis 2019 wie folgt:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Summe
2010	26.000	53.000	14.000	20.000	0	113.000
2011	110.000	47.000	60.000	72.000	20.000	309.000
2012	44.000	109.000	34.000	24.500	12.500	224.000
2013	167.000	164.000	85.000	74.500	14.000	504.500
2014	98.000	87.500	55.000	37.000	18.000	295.500
2015	40.000	61.000	35.000	40.000	13.000	189.000
2016	73.000	61.000	49.500	42.000	22.500	248.000
2017	250.000	75.000	141.000 0	139.000 0	29.000	634.000
2018	40.000	90.000	35.000	25.000	16.000	206.000
2019	108.200	75.000	55.000	37.000	20.000	295.200
2020	25.000	62.000	22.500	13.000	13.000	135.500
2021	131.500	83.000	76.000	62.000	42.000	394.500
2022	67.000	52.000	51.000	58.000	28.000	256.000
2023	40.000	62.000	25.000	41.000	30.000	198.000
Summe	1.219.700	1.081.500	738.000	685.000	278.000	4.002.200

Hinzu kamen Spenden des bayerischen Regionalverbands **Verband der Bayerischen Chemischen Industrie** sowie des Chemie-Arbeitgeberverbands **Verein der Bayerischen Chemischen Industrie** an die CSU in Höhe von bisher 2.177.607,4 Euro.

Die Spenden für die folgenden Jahre sind über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Befürwortung eines Lobbyregisters

Im April 2018 erklärten der VCI und Transparency International auf der Bundespressekonferenz, sich gemeinsam für ein Lobbyregister einzusetzen.^[3]

Fallbeispiele und Kritik

2023 - 2025: PFAS - unlautere Argumentation der Chemieverbände

Die umstrittenen PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen), auch Ewigkeitschemikalien genannt, sind wichtig für große Chemiefirmen, aber auch für Hersteller von Pfannen, Outdoor-Kleidung oder Medizingeräten. Die Chemikalien sind während des Gebrauchs nicht besorgniserregend, aber der Produktionsprozess und die Entsorgung sind problematisch. Die Stoffgruppe umfasst 10.000 Stoffe, von denen ca. 1.000 in Deutschland im Einsatz sind.^[4]

Wenn die Chemikalien einmal in der Umwelt sind, bleiben sie dort, weil sie auf natürlichem Weg nicht abgebaut werden können. Über das Trinkwasser und die Nahrung gelangen sie in den menschlichen Körper. Bei einigen PFAS wurde nachgewiesen, dass sie Krebs sowie Leberschäden und Hormonstörungen verursachen und das Immunsystem schädigen können. Im Landkreis Altötting in Bayern beispielsweise durften Blutspenden von Anwohnern nicht mehr für Blutkonserven genutzt werden, da ein Stoff aus der PFAS-Gruppe in hoher Konzentration im Blutplasma nachgewiesen wurde. ^{[5][6]}

Am 7. Februar 2023 legte die Europäische Chemikalien Agentur ECHA nach Vorarbeit von fünf EU-Ländern - Dänemark, Deutschland, Niederlande, Norwegen und Schweden - einen ersten Vorschlag für ein umfassendes PFAS-Verbot vor. ^[7] Daraufhin gingen mehrere tausend Schreiben der Lobbyverbände mit rund 70.000 Seiten bei der ECHA ein. Besonders umkämpft sind die sogenannten Fluorpolymere. Das sind Kunststoffe, die Antihaft-Eigenschaften haben und wenig Reibung erzeugen. Die Vertreter der Industrie bezeichnen diese Stoffgruppe als sogenannte "Polymers of Low Concern", also wenig besorgniserregend, das heißt nicht gesundheitsgefährdend. Dabei bezieht man sich auf ein Protokoll einer Expertengruppe der OECD von 1993. Die OECD erklärt auf Anfrage der Tagesschau, sie habe "keine Bewertung von Fluorpolymeren durchgeführt". Auf der Website der Organisation heißt es zudem: "Es besteht keine Einigkeit darüber, dass Fluorpolymere wenig besorgniserregend sind." ^[8]

Industrievertreter plädieren häufig dafür, PFAS nach einem "risikobasierten" Ansatz zu regulieren. Dabei wird jede Substanz einzeln geprüft und nur dann verboten, wenn bewiesen ist, dass sie schädliche Wirkungen zeigt. Diese Vorgehensweise hat bislang dazu geführt, dass oftmals die regulierten PFAS durch andere, sehr ähnliche, aber noch unregulierte PFAS ersetzt wurden. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen) erklärt im August 2023, man dürfe "die Entwicklung von Technologien nicht durch Überregulierung verhindern, zumal der Einsatz in geschlossenen Systemen in der Produktion erfolgt".

Im Kanzleramt fand im September 2023 ein "Chemie-Spitzengespräch" statt. In der Presseerklärung des Kanzleramtes hieß es: "Pauschale, undifferenzierte Verbote ganzer Stoffklassen sind nach Ansicht der Bundesregierung nicht vom bestehenden europäischen Rechtsrahmen gedeckt und sind nach dem aktuellen Vorschlag der deutschen und weiterer Fachbehörden auch nicht vorgesehen. Ein Totalverbot von PFAS ist insofern nicht geplant und würde von der Bundesregierung auch nicht unterstützt." ^[9] Im Januar 2025 teilte das Wirtschaftsministerium mit, dass es die Fluorpolymere von der Beschränkung ausnehmen will. Auch das Ministerium verweist auf das falsche Argument, dass sie "als polymers of low concern betrachtet werden", also als nicht besorgniserregende Stoffe. ^[8]

Diese Vorgänge kritisierte LobbyControl: Immer wieder hat die Industrie bei geplanten Beschränkungen ihrer Stoffe mit falschen Behauptungen und gekauften Studien gearbeitet. Drohungen ihres Niedergangs haben sich weder nach der EU-Chemikalien-Verordnung, noch der Regulierung von Asbest, BPA und vielen weiteren Chemikalien bewahrheitet. Die Politik muss endlich mit Abstand an die Argumente von Industrielobbys herangehen, die im Sinne ihres kurzfristigen Interesses argumentieren und Schäden für Mensch und Umwelt nicht tragen müssen.

[Solvay](#), Anbieter "Moderner Werkstoffe und Spezialchemikalien", angesiedelt in Wimpfen (Kreis Heilbronn) leitet seit Jahren mit behördlicher Genehmigung Trifluoracetat (TFA) in den Neckar. Darüber berichtete die ARD-Sendung "plusminus" am 09.07.2025 ^[10] Das Portal [gwf Wasser und Abwasser](#) zeichnet den Weg der behördlichen Genehmigungen nach. ^[11] Das Umweltbundesamt weist bereits im November 2021 auf die Belastung der Gewässer durch TFA hin. ^[12]

2020 - 2023: Der VCI und die REACH-Novellierung

Die EU REACH-Verordnung ist der zentrale Regelungsrahmen für die Chemieindustrie in der Europäischen Union. 2020 kündigte die Europäische Kommission im Rahmen des European Green Deal eine grundlegende Überarbeitung der REACH-Verordnung an. Seitdem hat der Verband der Chemischen Industrie (VCI) auf mehreren politischen Ebenen Einfluss genommen. Ziel war es, geplante Verschärfungen im Chemikalienrecht zu verzögern oder abzumildern.

Die Lobbyarbeit des Verbandes umfasste Stellungnahmen, Studien, direkte Treffen mit Entscheidungsträger:innen, Medienarbeit und die Koordination mit anderen Interessengruppen. Im Oktober 2022 verschob die EU-Kommission den Vorschlag für die REACH-Novelle auf Ende 2023. Vertreter des VCI zeigten sich zufrieden mit dieser Entscheidung.

Bereits im Jahr 2021 beteiligte sich der VCI an den Vorbereitungen zur REACH-Novelle. Im Mai 2021 reichte der Verband eine Stellungnahme zum Fahrplan der EU-Kommission ein. Konkret ging es dabei um die Frage, ob gefährliche Stoffe pauschal verboten werden sollten. Der VCI wandte sich gegen diesen gefahrenbasierten Regulierungsansatz, und forderte stattdessen, das Prinzip der stoffbezogenen Risikobewertung beizubehalten.^{[13][14]} Diese berücksichtigt neben der Gefährlichkeit eines Stoffes auch die tatsächliche Exposition – also ob und in welchem Maß Mensch oder Umwelt dem Stoff ausgesetzt sind. Die erforderliche Einzelfallbetrachtung erhöht den Verwaltungsaufwand und erschwert die Kontrolle. Im Frühjahr 2022 nahm der VCI an der öffentlichen Konsultation zur REACH-Reform teil und bekräftigte seine Haltung.^[15] Dort ging der Vizepräsident des VCI Brudermüller (zu selben Zeit BASF-Chef) in die Offensive und nannte es „fahrlässig“, der Chemieindustrie angesichts der gestiegenen Rohstoffpreise neue Belastungen zuzumuten.^[16]

Neben öffentlichen Stellungnahmen suchte der Verband auch persönlichen Kontakt zu Mitgliedern der EU-Kommission. So organisierte der VCI im Februar 2022 eine Konferenz zum Green Deal in der Chemieindustrie und bemühte sich vergeblich um die Teilnahme von Generaldirektorin Fink-Hooijers.^[17] Fink-Hooijer ist die Leiterin der Umweltabteilung in der Europäischen Kommission. Außerdem traf sich der Politikausschuss des VCI im Juni desselben Jahres mit Vertreter:innen der Generaldirektion Binnenmarkt (DG GROW), um über REACH und andere Regulierungsvorhaben zu sprechen.^[18]

Auf EU-Parlamentsebene griff die EVP-Fraktion die VCI-Kritik zur REACH-Novelle auf und forderte eine Regulierungspause.^{[19][20]} Im selben Jahr flossen mehr als 150.000 Euro an Spenden an CDU und CSU. Die beiden Parteien stellten mit 29 Abgeordneten:innen die größte Landesgruppe der EVP-Fraktion im Europaparlament.

Der VCI versuchte auch die Bundesregierung zu beeinflussen, weil diese im Rat der EU über die REACH-Novelle mitentscheidet. So warnte der Verband zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V (BDI) öffentlich davor, REACH während der Energiekrise zu überarbeiten, und forderten eine Verschiebung der geplanten Vorschläge.^[21] Auch im Austausch mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesumweltministerium vertrat der VCI diese Position. Beide Ministerien erhielten im November 2024 Stellungnahmen zur REACH-Novelle vom VCI, in denen dieser unter anderem vor einer Abkehr vom risikobasierten Bewertungsansatz warnte.^[22] Die Argumentation wurde in Teilen von Bundeskanzler Olaf Scholz aufgegriffen, der bei einem Werksbesuch vor Produktionsverlagerungen durch überzogene Chemikalienregulierung warnte.^[23]

Der VCI arbeitete dabei mit anderen Akteur:innen zusammen. Bei einem Chemiegipfel im Kanzleramt im September 2023 traten VCI, IG BCE und der Arbeitgeberverband BAVC gemeinsam für eine risikobasierte Regulierung ein.^[24] Unternehmen wie BASF und Bayer äußerten sich ebenfalls öffentlich kritisch zu den geplanten Verschärfungen. BASF etwa sprach sich gegen pauschale Verbote von Evergreen-Chemikalien aus und forderte ausgewogene Maßnahmen.^[25]

2022: VCI gegen das Lieferkettengesetz

Der VCI hatte sich gegen ein weitreichendes europäische Lieferkettengesetz eingesetzt. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Der VCI hatte den Kommissionsentwurf als "weltfremd" bezeichnet und gefordert die Reichweite des geplanten Gesetzesentwurfs zu begrenzen und insbesondere die zivilrechtliche Haftung aus dem Gesetz zu streichen.^[26] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“. ^[27] Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“. ^[28] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“

2012: VCI bei Klimawandel-Leugnern

Der Geschäftsführer des VCI, Utz Tillmann nahm an der sog. "Fünften Internationalen Klima- und Energiekonferenz" (30.11-1.12.2012 in München) der Organisation [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (Eike) teil.^{[29][30]} Tillmann hielt eine Rede über „die Auswirkungen des deutschen Energiekonzeptes auf die Chemieindustrie“. ^[31] Eike ist eine deutsche Lobbygruppe gegen Klimapolitik.^[32]

1999 - 2007: Lobbyarbeit des VCI zur EU-REACH-Verordnung

Ende der 1990er Jahre legte die EU-Kommission den Grundstein für eine umfassende Reform des Chemikalienrechts. Ziel war es, mit der sogenannten REACH-Verordnung (Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals) Risiken durch Chemikalien systematisch zu erfassen und den Schutz von Umwelt und Gesundheit zu verbessern. Das Vorhaben sah unter anderem vor, Hersteller:innen und Importeur:innen zur Registrierung und Bewertung von mehreren zehntausend Altstoffen zu verpflichten. Auch der verpflichtende Ersatz besonders gefährlicher Stoffe durch ungefährlichere Alternativen war Bestandteil der frühen Entwürfe.^[33]

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) gehörte zu den vehementesten Gegnern der ursprünglichen Vorschläge. Er warnte vor hohen Kosten und Arbeitsplatzverlusten. Eine vom VCI mitgetragene Studie der Beratungsfirma Arthur D. Little prognostizierte bis zu 2,3 Millionen gefährdete Arbeitsplätze allein in Deutschland.^[34] Der damalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement übernahm diese Argumentation und sprach öffentlich von einer drohenden „Deindustrialisierung Europas“. ^[35] Später betonte er, dass die Bundesregierung zusammen mit dem VCI und der Chemiegewerkschaft IG BCE „durch beharrliche Interventionen“ erreicht habe, dass der Entwurf „ganz wesentlich verbessert“ wurde.^[36]

Der VCI nutzte verschiedene Wege, um Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren zu nehmen. In Brüssel organisierte der Verband Gespräche, Veranstaltungen und Hintergrundgespräche mit Abgeordneten. Gleichzeitig intensivierte der VCI die fachliche Begleitung einzelner Parlamentarier:innen. Eine Schlüsselrolle spielte der CDU-Europaabgeordnete Hartmut Nassauer. Er war im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlament. Dabei soll er wesentliche Argumente des VCI fast wörtlich in seine Änderungsanträge übernommen haben. Bei Treffen mit anderen Parlamentarier:innen erschien Nassauer regelmäßig in Begleitung von Lobbyist:innen des VCI sowie von Bayer und Dow Chemical. Auch der Verband selbst vermerkte im Jahresbericht 2005 erfreut, Nassauer habe die eigenen Vorschläge „weitgehend übernommen“.^[37]

Auf internationaler Ebene konnte der VCI auf die Unterstützung der US-Regierung zählen. In enger Abstimmung mit der amerikanischen Chemie-Lobby übte die Bush-Regierung Druck auf die EU aus und warnte vor Nachteilen für transatlantische Wirtschaftsbeziehungen. Ein Bericht der American Chemical Society beschreibt, wie US-Diplomaten in Brüssel gegen REACH intervenierten. Diese Aktivitäten basierten maßgeblich auf Argumenten der Industrie.^[38]

Auch auf höchster politischer Ebene veränderte sich im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens die Position zur REACH-Verordnung. Im Jahr 2001 forderten die Regierungschefs Gerhard Schröder (Deutschland), Tony Blair (Großbritannien) und Jacques Chirac (Frankreich) noch ausdrücklich höhere Umwelt- und Gesundheitsstandards als von der EU-Kommission vorgesehen. Zwei Jahre später folgte die Kehrtwende: In einem gemeinsamen Brief an Kommissionspräsident Romano Prodi warnten dieselben Staatschefs vor negativen Auswirkungen der Verordnung auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Beobachter:innen werteten diese Kursänderung als Reaktion auf den zunehmenden Druck seitens der Chemiebranche.^[39]

Im Laufe des Verfahrens setzten sich viele der von der Industrie geforderten Änderungen durch. So entfiel die Pflicht, besonders gefährliche Stoffe durch sichere Alternativen zu ersetzen, weitgehend. Stattdessen reichte ein Nachweis, dass ein Unternehmen mit dem Stoff „ausreichend sicher“ umging.^[40] Auch die Zahl der zu registrierenden Stoffe wurde reduziert. Unternehmen mussten zudem weniger Sicherheitsdaten liefern und erhielten für viele Altstoffe Übergangsfristen von bis zu elf Jahren.^[41]

Am 13. Dezember 2006 verabschiedete das Europäische Parlament die REACH-Verordnung in abgeschwächter Form. Sie trat am 1. Juni 2007 in Kraft. Damit endete die bisher größte „Lobby-Schlacht“ – vorerst.^[42] Aus Sicht vieler Beobachter:innen markiert das Verfahren ein Beispiel für den erfolgreichen Einfluss industrieller Interessen auf europäische Gesetzgebung. Der VCI selbst sah sich durch das Ergebnis bestätigt und bezeichnete REACH später als grundsätzlich gelungen – allerdings mit weiterhin hohem bürokratischem Aufwand für die Unternehmen.^[43]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Der Vorstand

- Präsident: Markus Steilemann, Covestro AG
- Vizepräsidenten: Christian Hartel, Wacker Chemie AG und Markus Kamieth, BASF SE
- Karsten Knobel, Henkel, AG & Co., KGaA

(Stand Februar 2025)

Quelle:^[44]

Verbindungen zur internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP

Mayer Brown LLP (ehemals Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP) ist eine internationale Wirtschaftskanzlei, die weltweit umsatzstarke Unternehmen und Finanzinstitutionen vertritt und die über enge Kontakte in Wirtschaft und Politik verfügt. In Deutschland hat die Kanzlei Büros in Düsseldorf und Frankfurt. Gegenüber Correctiv sagte ein ehemaliger Mitarbeiter über die Arbeit der Kanzlei: „Wir schlagen Brücken zwischen Unternehmen und Genehmigungsbehörden.“^[45]

Die Kanzlei fällt besonders durch ihre Verbindung zur chemischen Industrie und großen Unternehmen wie der BASF auf, die sie laut eigenen Angaben „seit 1983 in einer Vielzahl von Angelegenheiten an verschiedensten Standorten weltweit unterstützt“ hat.^[45] Kenneth Haar von der Organisation Corporate European Observatory sagte gegenüber Correctiv, Mayer Brown „werbe gezielt große Chemiekonzerne an, um strengere Gesetze in der EU zu verhindern.“^[45]

Im Februar 2015 hat sich Mayer Brown ins Lobbyregister der EU eingetragen. Von 2015 bis 2020 gab die Kanzlei an, 150.000 Euro im Jahr für Lobbyismus auszugeben, im Jahr 2021 und 2022 nur noch 60.000 Euro und im Jahr 2023 zwischen 50.000 und 100.000 Euro.^[46]

Ab 2005 war CDU-Kanzlerkandidat [Friedrich Merz](#) als Partner und von 2017 bis 2021 als Senior Counsel für die Anwaltskanzlei tätig.^[47] Dabei soll Merz den Chemiekonzern BASF mehrmals als Anwalt vertreten haben (die entsprechenden Aufträge sollen aus den Jahren 2010 und 2011 stammen).^[45]

- **Wirken PFAS Regulierungsvorschläge der Europäischen Union 2023 - 2025**

Nachdem die Europäische Chemikalien Agentur ECHA im Februar 2023 einen Vorschlag für ein umfassendes PFAS-Verbot (umweltschädliche per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen, die von vielen Chemiekonzernen hergestellt oder benutzt werden) veröffentlichte, zeigte sich die Kanzlei Mayer Brown in einer Pressemitteilung sehr kritisch. Das Verbot fuße auf weitgehend unbegründeten Annahmen, Vereinfachungen und Extrapolationen der Persistenz von PFAS und deren Zersetzung.^[48]

Mayer Brown rief Unternehmen in dem Statement dazu auf, zu prüfen, ob sie von einem Verbot der Stoffe betroffen sein könnten und gegebenenfalls dagegen zu klagen. Das Team von Mayer Brown sei bereit, bei der praktischen Umsetzung und den möglichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Beschränkung von PFAS zu beraten, heißt es in der Mitteilung.^[48]

- **Klagen gegen EU-Verbote von Chemikalien**

BASF gewinnt gegen EU bei Fipronil Verbot (2018)

Im Mai 2018 vertrat Mayer Brown BASF bei einer erfolgreichen Klage gegen das Verbot des Pflanzen-Pestizids Fipronil, das die EU-Kommission 2013 zum Schutz von Bienen eingeführt hatte. Das Verbot wurde vom EU-Gerichtshof aufgehoben, da vorher keine ausreichende Risikoanalyse der Maßnahme stattgefunden habe.^[49]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [VCI-Website: Mitglieder](#), vci.de, abgerufen am 02.03.2018
2. ↑ [neuer Quelle auf test.de von heute](#)
3. ↑ [Bahnbrechender Durchbruch? Die CDU spricht sich für ein Lobbyregister aus](#), lobbycontrol.de vom 23.11.2018, abgerufen am 21.06.2019
4. ↑ [Pfas können im Körper Schaden anrichten](#), srf.ch, 13.11.2024, abgerufen am 16.01.2025
5. ↑ [Kein Blutplasma von Spendern aus Altoetting](#), br.de, 05.01.2018, abgerufen am 16.01.2025
6. ↑ [Altötting Pfoa Deponie](#), sueddeutsche.de, 09.11.2022, abgerufen am 16.01.2025
7. ↑ [Five European states call for evidence on broad Pfas restriction](#) secha.europa.eu, abgerufen am 17.01.2025
8. ↑ ^{8,08,1} [PFAS Chemikalien Lobby](#), tagesschau.de, 14.01.2025, abgerufen am 16.01.2025
9. ↑ [Chemie Spitzengespräch Pressemitteilung 189](#), bundeskanzler.de, 27.09.2023, abgerufen am 15.02.2025
10. ↑ [Gesundheitsgefährdende Ewigkeitschemikalie - TFA-Konzentration in Trinkwasser und Lebensmittel steigt](#) www.ardmediathek.de, abrufbar bis 09.07.2027, abgerufen am 10.07.2025
11. ↑ [tfa-einleitungen-in-den-neckargwf-wasser.de](#) vom 08.07.2025, abgerufen am 10.07.2025
12. ↑ [chemikalieneintrag-in-gewässer-vermindern-TFA](#) Umweltbundesamt.de, Publikation 11/2021, abgerufen am 04.08.2025
13. ↑ [Chemicals Strategy for Sustainability – Towards a toxic-free environment](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
14. ↑ [Konsultation zum Fahrplan der Folgenabschätzung: VCI-Position zur REACH-Revision](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
15. ↑ [Consultation on targeted revision of REACH: VCI Position on the REACH Revision](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025
16. ↑ [Schutz vor schädlichen Chemikalien: Die EU-Kommission bricht ihr Versprechen](#) LobbyControl, 25.08.2023, abgerufen am 03.06.2025
17. ↑ [RE: Speaking request Chemical industry and Green Deal 8 Feb](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
18. ↑ [Meeting minutes: VCI and DG GROW 29 June 2022](#), Europäische Kommission, abgerufen am 01.06.2025
19. ↑ [EU to drop ban of hazardous chemicals after industry pressure](#), The Guardian, 11.07.2023, abgerufen am 01.06.2025
20. ↑ [EPP Group Position Paper on fighting inflation and tackling the rise of energy and living costs](#), EVP-Fraktion, abgerufen am 01.06.2025
21. ↑ [Waiting for REACH – How the chemical industry’s lobbying delayed action on hazardous chemicals](#), EEB/CHEM Trust, abgerufen am 01.06.2025
22. ↑ [Stellungnahme des VCI zur REACH-Revision an BMWK/BMUV](#), Verband der Chemischen Industrie, abgerufen am 01.06.2025

23. ↑ [Scholz will PFAS-Ewigkeitschemikalien nicht verbieten](#), Deutschlandfunk, 23.03.2023, abgerufen am 01.06.2025
24. ↑ [September-Chemiegipfel im Kanzleramt – Statement zum ECHA-Beschränkungsverfahren zu PFAS: risikobasiert statt pauschal, pro-K](#), abgerufen am 01.06.2025
25. ↑ [BASF Position on PFAS](#), BASF, abgerufen am 01.06.2025
26. ↑ [VCI & BAVC | Europäisches Lieferkettengesetz: Kommission schießt übers Ziel hinaus](#) etzwerk-ebd.de vom 23.03.2022, abgerufen am 08.12.2022
27. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
28. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
29. ↑ [5. Internationale Klima & Energiekonferenz \(IKEK\) München - Programm](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.02.2016
30. ↑ [5. IKEK München - Kurzbericht](#), eike-klima-energie.eu vom 06.12.2012, abgerufen am 29.02.2016
31. ↑ [Präsentation der Rede](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 29.02.2016
32. ↑ [Chemieindustrie hofiert Klimaleugner](#) taz vom 30.11.2012, abgerufen am 01.12.2012
33. ↑ [Umweltbundesamt Österreich: Die REACH-Verordnung](#) abgerufen am 1.6.2025
34. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
35. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
36. ↑ [Bundeskanzleramt: Rede von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement zur REACH-Verordnung \(2004\)](#) abgerufen am 1.6.2025
37. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
38. ↑ [Chemical & Engineering News: US Lobbying REACH Assailed \(2004\)](#) abgerufen am 1.6.2025
39. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
40. ↑ [Der Spiegel: Kapitulation im Kampf gegen die Krebserreger](#) abgerufen am 1.6.2025
41. ↑ [taz: Chemiereformchen verabschiedet](#) abgerufen am 1.6.2025
42. ↑ [Irish Times: Watering down of EU chemicals law proves power of lobbyists](#) abgerufen am 1.6.2025
43. ↑ [VCI: Position zum REACH-Review \(2013\)](#) abgerufen am 1.6.2025
44. ↑ [Vorstand und Präsidium vci.de](#), abgerufen am 02.03.2018
45. ↑ ^{45,045,145,245,3} [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org, 28.01.2025, abgerufen am 10.04.2025
46. ↑ [EU-Lobbyregistereintrag Mayer Brown Europe-Brussels LLP](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 10.04.2025
47. ↑ [CV Friedrich Merz](#), merz.cdu.de, abgerufen am 10.04.2025
48. ↑ ^{48,048,1} [EU Proposed Restriction on PFAS](#), mayerbrown.com, 28.02.2023, abgerufen am 10.04.2025
49. ↑ [General Court of the European Union Press Release No. 68/18](#), curia.europa.eu, 17.05.2018, abgerufen am 10.04.2025

European Chemical Industry Council

Der **European Chemical Industry Council** (Cefic) ist der einflussreichste Verband der europäischen Chemieindustrie. Unter seinen 670 Mitgliedern finden

European Chemical Industry Council (Cefic)

sich große Konzerne wie [Bayer](#) und [BP](#) sowie nationale Wirtschaftsverbände wie der deutsche [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI). 2017 gab CEFIC laut EU-Transparenzregister 12,3 Mio. € für Lobbyarbeit in Brüssel aus.^[1] Damit ist er finanzstärkster Lobbyverband in Brüssel.^[2]

European Chemical Industry Council (Cefic)**Rechtsform**

Tätigkeitsbereich Lobbytätigkeit für die europäische Chemieindustrie

Gründungsdatum 1972

Hauptsitz Avenue E. van Nieuwenhuysse, 4 box 1, B-1160 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse www.cefic.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	36
1.1 Ausgaben für Lobbyarbeit	36
2 Fallbeispiele	37
2.1 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC	37
2.2 Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission	38
2.3 Better Regulation 2015	39
2.4 Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren	39
2.5 Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)	41
2.6 Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen	41
2.7 EU-Chemikalienverordnung REACH	42
2.8 Lobbyarbeit für Glyphosat	42
3 Organisationsstruktur und Führungspersonal	43
3.1 Mitglieder	43
3.2 Führungspersonal	43
4 Verbindungen	43
4.1 Knowledge4Innovation	43
4.2 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	44
4.3 Alliance for a Competitive European Industry	44
5 Geschichte	44
6 Zitate	44
7 Einzelnachweise	44

Lobbystrategien und Einfluss

CEFIC betreibt Lobbyarbeit auf europäischer Ebene gegenüber **EU-Kommission**, **EU-Parlament**; er ist in über 90 Arbeitszusammenhängen der EU-Kommission und anderen EU-Institutionen eingebunden, etwa in **Expertengruppen** (35) und anderen beratenden Gremien.^[3] Es liegt nahe, dass CEFIC auch versucht, Einfluss auf den Europäischen Rat und die Ständigen Vertretungen der Mitgliedsstaaten zu nehmen - darüber liegen aber leider aufgrund der mangelnden Transparenzregulierungen keine Daten vor. CEFIC vertritt nicht nur die unmittelbaren Interessen der Branche, sondern beschäftigt sich auch mit Fragen der Gesundheits-, Energie-, Wettbewerbs-, Klima- und Umweltpolitik sowie der Lebensmittelsicherheit, die die Chemiebranche indirekt auch betreffen.

CEFIC betreibt seine Lobbyarbeit in enger Abstimmung mit dem **American Chemistry Council**; viele seiner Mitglieder sind in beiden Organisationen, so etwa die deutschen Chemieriesen **Bayer** und **BASF**.^[4] Bayer und BASF wiederum haben nochmal ihre eigenen Dependancen vor Ort.

Außerdem ist CEFIC Mitglied des **International Council of Chemical Associations** (ICCA), des Weltverbands der Chemieindustrie. Er hat mit weiteren Chemieverbänden (**American Chemistry Council** (ACC), Japan's Chemical Industry Association) die **CEFIC Long-range Research Initiative** (LRI) gegründet, um die Auswirkungen von Chemikalien auf die Gesundheit und die Umwelt zu untersuchen und den zuständigen EU-Instanzen zur Verfügung zu stellen.^[5] KritikerInnen, wie etwa Corporate Europe Observatory, geben zu Bedenken, dass diese Institution versucht, der Arbeit von unabhängigen Behörden mit eigenen - auf die Bedürfnisse der Industrie zugeschnittenen - Testmethoden zuvorzukommen. Bruno Hubesch, der Leiter des LRI-Programmes, formulierte es einmal so: „LRI is not science for science - it's science for policy impact.“
[deutsch: Das LRI ist nicht Wissenschaft für die Wissenschaft - es ist Wissenschaft für politischen Einfluss.“^[6]

Ausgaben für Lobbyarbeit

Laut dem EU-Transparenzregister (Stand: August 2018) sind bei CEFIC mehr als 150 Personen beschäftigt.^[7] . Davon sind 72 in Lobbyaktivitäten eingebunden, 7 davon haben eine Akkreditierung für das **EU-Parlament**.^[8]

CEFIC verfügte 2017 über ein Budget von 41 Mio. €, von dem er 12,3 Mio. € für Lobbyarbeit ausgab. Die Entwicklung der Ausgaben kann der Tabelle entnommen werden:

Zeitraum	Ausgaben
Januar - Dezember 2017	12.300.000 €
Januar - Dezember 2016	12.100.000 €
Januar - Dezember 2015	10.220.000 €
Januar - Dezember 2014	10.100.000 €
Oktober 2012 - September 2013	6.000.000 €

Zeitraum	Ausgaben
Oktober 2011 - September 2012	6.000.000 €
Oktober 2010 - September 2011	6.000.000 €
2009	4.000.000 €

Quelle: lobbyfacts.eu

CEFIC wurde 2009 aus dem freiwilligen Lobbyregister der EU geworfen, da der Verband anfangs unrealistisch niedrige Lobbyausgaben in Höhe von 50.000 € deklariert hatte, obwohl sein Gesamtbudget bei 37,9 Mio. Euro lag.^[9] Erst nachdem CEFIC diese Angabe auf 4 Mio. Euro korrigiert hatte, wurde er wieder in das Register aufgenommen.^[10]

Fallbeispiele

Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC

Im Februar 2024 wurde ein „Industriegipfel“ auf dem Gelände der BASF in Antwerpen abgehalten, getragen vom ERT, vom Dachverband Europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände [Business Europe](#) und CEFIC. Zeitlich passend zur Neubestimmung der Kommissionsaktivitäten für 2024-2029 wurde der anwesenden Kommissionspräsidentin von der Leyen und Belgiens Ministerpräsident, De Croo, ein Katalog von Forderungen an die EC vorgestellt. Kernthese dieser sog. „Antwerp Declaration“ (Declaration) war, daß der Green Deal nur realisiert werden könne, wenn ihm ein „Industrial Deal“ „zur Seite gestellt“ werde.^[27] Die Wettbewerbsfähigkeit Europas solle deshalb strategische Priorität haben, und ein First Vice President EU Kommissar solle für die Realisierung des „Industrial Deal“ installiert werden. Die inhaltlichen Forderungen beinhalteten u.a.^[28]

- Sämtliche EU Gesetzgebungen sollen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und harmonisiert, „overreporting“ abgeschafft werden.
- Etablierung eines Mechanismus, der jegliche neue EU Gesetzgebung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüft und sie ggfs. begrenzt.
- Schaffung günstigerer Energiepreise; Förderung von Atomkraft, und von CO2 Speicherung
- Öffentliche Förderung und Öffentliche Garantien für private „Clean Tech“ Investments, marktnähere Förderung für Innovationen (i.e.: verstärkt an Unternehmen)
- Abbau von Barrieren des „Single Markets“, Vereinbarung von Freihandelsabkommen
- Dauerhaft geringere Steuersätze^[29]

Neu an der Deklaration ist, dass sie in großer Einigkeit von drei großen Arbeitgeber- und Industrielobbyverbänden getragen wurde, die sonst eher separat agieren.^[30] Zu den Unterzeichnern gehörten zahlreiche Verbandsorganisationen und deren Unternehmen wie zum Beispiel der VCI, Heidelberg Materials und die Bayer AG, TotalEnergies, nucleareurope, und die Association of Big Industrial Energy Consumers sowie die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)^[31].

Viele der Forderungen fanden ihren Niederschlag in den „Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029“. [9] Im Kontext der Bestätigung von Frau von der Leyen und ihres Kollegiums durch das Europäische Parlament am 18.07.2024 stellen sie die Kernziele und Vorhaben für die Europäische Kommission für die Periode 2024-2029 dar. In den Guidelines findet sich der „New Spirit of Lawmaking“ - die Absicht, bereits in der Phase von Gesetzentwürfen deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Industrie regelhaft zu berücksichtigen, also im Gesetzentstehungsprozess ggfs. weit vor Verhandlung im demokratisch gewählten Europäischen Parlament. [32][30] In der Kommunikation zur Vorstellung der neuen Kommissar:innen hieß es, dass das gesamte Kollegium der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Auch eine „Executive Vice Presidency“ for a „Clean, Just *and Competitive* Transition“ wurde Realität, zuständig für Wettbewerbspolitik und Green Deal gleichermaßen. [33]

Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission

2017 stieß die Europäische Kommission die Plastik-Strategie an, mit dem Ziel, dass bis 2030 alle Plastikverpackungen in der EU wiederverwendbar oder recyclebar sein sollen. Nachdem die Europäische Kommission im Januar 2017 die Roadmap „Strategy on Plastics in a Circular Economy“ (zu deutsch: Strategie zu Plastik in einer Kreislaufwirtschaft“) veröffentlicht hatte, setzten sich die Interessengruppen der Plastikindustrie, darunter auch CEFIC, bis zur Veröffentlichung der finalen Strategie 12 Monate später intensiv für eine Gestaltung der Plastik-Vorgaben in ihrem Sinne ein. Im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 1. Januar 2018, trafen sich Vertreter der beiden involvierten Generaldirektionen Umwelt und Wachstum 44 Mal mit Interessensgruppen zur Plastik-Strategie. 89% davon (39 Treffen) fanden mit Industrievertretern statt. CEFIC hatte als eine der finanzstärksten Lobbygruppen im Jahr 2017 alleine 5 Treffen mit der Kommission – nur zur Plastikstrategie. [11] CEFIC arbeitet dabei auch eng mit PlasticsEurope zusammen, sie haben ihre Büros im gleichen Gebäude [12]. PlasticsEurope traf sich insgesamt 13 Mal mit der Kommission. Die Kommission ging mit der Strategie proaktiv auf Lobbygruppen der Plastik-Industrie zu – mit dem Ziel, freiwillige Selbstverpflichtungen der Konzerne einholen zu können, eines der Kernelemente der Strategie. [13], [14] Sie konnte aber bisher keine ausreichenden Ergebnisse erzielen. Die Industrie blieb mit ihren Zugeständnissen häufig weit hinter den Vorstellungen der Kommission zurück [15]. In der freiwilligen Verpflichtung, die PlasticsEurope veröffentlichte, ist nur noch von 60% recyclebarem oder verwertbarem Plastik bis 2030 die Rede, die vollständige Umstellung siedelt PlasticsEurope dabei im Jahre 2040 an. Mit „Verwertung“ ist hier allerdings Energieverwertung, also Verbrennung, gemeint. KritikerInnen bewerten dieses Verfahren als Gefahr für Umwelt und Gesundheit. [16] Sie bedauern auch, dass in der freiwilligen Verpflichtung keinerlei verbindliche Handlungspläne und Zusagen zu finden sind. Das zweite Ziel der Kommission war es, dass bis 2025 10 Millionen Tonnen an recyceltem Plastik in neuen Produkten wiederverwendet werden. Auch dazu forderte sie die Industrie zu Vorschlägen auf, die bislang nur unzureichend Anwendung finden.

Im Mai 2018 verabschiedete die EU ein Verbot von Einweg-Plastik, was allerdings noch auf nationaler Ebene legislativ umgesetzt werden muss. Zuvor geleakte Dokumente zu dem Gesetzesvorhaben kommentierte **Business Europe**, eine Lobbyorganisation, die wie CEFIC sehr einflussreich ist, wie folgt: “We are concerned about some very far-reaching proposals ... Rather than a ban, it is better to focus on the current voluntary pledging campaign to make plastics more circular” [deutsche Übersetzung: Wir sind besorgt über einige sehr weitreichende Vorschläge. Besser als ein Verbot ist es, sich auf die aktuell laufende Kampagne zur freiwilligen Selbstverpflichtung zu konzentrieren, um Plastik wiederverwertbar zu machen].

Better Regulation 2015

Ebenso wie [BusinessEurope](#) unterstützt CEFIC die Better Regulation-Agenda.^[17] Derzeit tritt CEFIC für eine Erweiterung der – zu deutsch – besseren Rechtsetzung ein.

Was aber verbirgt sich hinter der „besseren Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue **ExpertInnengremien** geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. Schon die Grundannahme ist fragwürdig: Demnach werden staatliche Regulierungen – das umfasst beispielsweise auch Gesetzgebung zum Umwelt- und Verbraucherschutz – als „Last“ verstanden. Dabei werden oft sie im Interesse des Allgemeinwohls erlassen. In der Theorie können über diese sogenannte REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten – zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen – zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen.^[18] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten,^[19] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie beispielsweise auch CEFIC zu Gute.

Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren

Hormonaktive Substanzen (oder endokrine Disruptoren) stecken in tausenden Alltagsprodukten – von Plastik bis zu Kosmetika. Sie haben die Eigenschaft, das hormonelle System von Organismen zu beeinflussen, weshalb sie höchstwahrscheinlich ernstzunehmende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. Die EU-Gesetzgebung hat auf diese Stoffe reagiert.

Mit der Überarbeitung des europäischen Pestizid- und Biozidrechts von 2009-2012 wurde gesetzlich verankert, dass Wirkstoffe mit endokrin wirksamen Eigenschaften, die schädliche Auswirkungen auf den Menschen bzw. schwerwiegende Auswirkungen auf die Umwelt haben können, von der zukünftigen Verwendung auszuschließen bzw. nur noch bei spezifischen Ausnahmefällen einzusetzen sind. Allerdings fehlte bis dato ein von allen Seiten anerkanntes Verfahren zur Bestimmung von endokrin wirksamen Substanzen.^[20]

Die konkrete Regulierung dazu musste noch durch die Kommission ausformuliert werden. Die Kommission war zwar bis zum 14. Dezember 2013 dazu verpflichtet, diese zu erlassen – aber massive Lobbykampagnen zogen diesen Prozess in die Länge. Außerordentlich viel Einsatz gegen diese Regulierungen zeigten vor allem die Lobbyverbände CEFIC und [ECPA](#) sowie die Unternehmen [Bayer](#) und [BASF](#). 2015 urteilte der Europäische Gerichtshof, dass die Kommission zu lange untätig war und dadurch EU-Gesetz missachtet hatte. Daraufhin kündigte die Kommission endlich an, die Kriterien, nach denen endokrine Substanzen festzulegen sind, zu veröffentlichen.

Am 4. Juli 2017 einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten dann auf eine Liste an Kriterien, die auf einem Vorschlag der Generaldirektion für Gesundheit und Ernährungssicherheit (DG SANTE) basierte. Drei Forschungsgesellschaften zur Endokrinologie hatten den Vorschlag zuvor scharf kritisiert und bemängelt, dass er die öffentliche Gesundheit nicht wirksam schützen könne. KritikerInnen schätzten die neuen Kriterien zur Bestimmung von endokrinen Substanzen als zu weich ein und beanstandeten, dass Substanzen, die eigens endokrin entwickelt worden sind – wie zum Beispiel einige Pestizide – nicht darunter fallen. Warum hat der Prozess aber so lange gedauert und wie konnte es zu diesem umstrittenen Vorschlag kommen?

Eigentlich hatte zu Beginn die Generaldirektion Umwelt den Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten. Sie hatte bereits anerkannte ExpertInnen des Gebiets zu Rate gezogen, unter anderem Professor Andreas Kortenkamp ^[21]. Bevor dieser Vorschlag allerdings veröffentlicht werden konnte, erreichten LobbyistInnen, dass er (vor Veröffentlichung!) einer Folgenabschätzung unterzogen werden musste – was den Prozess sehr in die Länge zog. Daraufhin schaltete sich die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit ein und fragte ein Gutachten der European Food Safety Authority, kurz EFSA, an. 8 der 18 Mitglieder der Arbeitsgruppe der EFSA hatten, wie sich später herausstellte, einen Interessenskonflikt, einer hatte Verbindungen zu CEFIC. ^[22] Zeitgleich veröffentlichte die WHO einen Bericht, indem sie eindringlich vor endokrinen Disruptoren warnte. Die Juncker-Kommission übertrug die Entwicklung der Kriterien offiziell auf die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit. Später kamen E-Mails ans Licht, aus denen hervorging, dass auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe schon von vornherein festgestanden hatten. Die Industrielobby startete eine Kampagne, indem sie eine wissenschaftliche Kontroverse konstruierte. WissenschaftlerInnen, die Verbindungen in die Industrielobby hatten, stellten die Erkenntnisse unabhängiger WissenschaftlerInnen in Frage. ^[23] Eine Gruppe der vernetzten ForscherInnen traf sich sogar mit einem EU-Kommissar – wie sich später herausstellte, wurde der Besuch von dem European Risk Forum, einer Denkfabrik, die von der Tabaklobby initiiert wurde und unter anderem auch von CEFIC mitfinanziert wird, bezahlt. Unter den WissenschaftlerInnen, die als Gegenöffentlichkeit zu den unabhängigen WissenschaftlerInnen in Sachen endokrine Disruptoren auftraten, befanden sich drei, die bereits zu Glyphosat ein von Monsanto bezahltes, positives Gutachten erstellt hatten: Helmut Greim, Colin Berry und Alan Boobis. ^[24]

Während der TTIP-Verhandlungen erhöhte sich der Druck gegen die Regulierung endokriner Disruptoren erneut. Die [AmCham EU](#) forderte explizit von der Kommission, keine Kriterien zur Regulierung zu beschließen. ^[25] Bei den Gesprächen stilisierte die Industrielobby die Regulierungen zu den endokrinen Diskruptionen sogar zu „potenziellen Handelshemnissen“ - was besonders vor dem Hintergrund von Investitions-Schiedsgerichten, wie sie in TTIP angedacht waren, folgenreich ist.

Der Vorschlag, den die Kommission 2016 präsentierte, wurde von unabhängiger, wissenschaftlicher Seite scharf kritisiert. ^[26] Einen Monat nach Veröffentlichung des Vorschlags erhielt der damalige Kommissar für Gesundheit Andriukaitis einen Besuch von den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Kanadas, Brasiliens, Urugays und Argentinien – spezifisch zum Thema endokrine Disruptoren. Kurze Zeit später, im Dezember 2016 strebte die Kommission eine Veränderung der Ausnahmeregelung in der Pestizidverordnung an. Die

Kriterien für die Ausnahmeregelungen wurden weiter gesteckt. Dies führte zu heftigen Diskussionen und auch zu Konflikten zwischen Parlament und Kommission. Denn die Veränderungen der Ausnahmeregelungen gingen so weit, dass das Parlament der Kommission vorwarf, das Gesetz im Wesensgehalt verändern zu wollen, statt es nur durchzusetzen. Das darf die Kommission als Exekutivorgan allerdings nicht. Daraufhin entfernte die Kommission dieses Schlupfloch aus ihrem Vorschlag – führte aber ein anderes ein, nämlich die Ausnahmeregelung für extra endokrin designte Substanzen – wie zum Beispiel Pestizide, die Ungeziefer durch hormonelle Veränderungen bekämpfen. Umweltschutz Organisationen wie CIEL oder ClientEarth kritisierten diese Regelung heftig.

Das europäische Parlament blockierte den Vorschlag der Europäischen Kommission zu den Kriterien für endokrine Disruptoren am 04.10.2017 mit 389 zu 235 Stimmen, mit 70 Enthaltungen ^[27]. Die Kommission ist nun dazu aufgefordert, zeitnah einen neuen Vorschlag vorzulegen.

Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

CEFIC konnte die Verhandlungen über das **Freihandelsabkommen TTIP** nachhaltig beeinflussen und stimmte sich dazu eng mit seinem US-amerikanischen Gegenstück, dem **American Chemistry Council** (ACC) ab. Das langfristige Ziel ist eine Angleichung von Regulierungen und Standards in den USA und Europa. ^{[28][29]} Eine Senkung der in der EU durch die Chemie-Richtlinie REACH eingeführten Standards scheint möglich, sollte nach Inkrafttreten des TTIP-Vertrags die **regulatorische Kooperation** nach den Vorstellungen von CEFIC eingeführt werden. Diese Sichtweise wird gestützt durch ein durchgesickertes Dokument (engl. Leak) der TTIP-Verhandlungsrunde vom Dezember 2013, das von ClientEarth und CIEL ausgewertet wurde. Danach würden die Vorschläge des European Chemical Industry Council und des **American Chemistry Council** den Schutz der Verbraucher und der Umwelt vor giftigen Chemikalien verschlechtern. Der Fortschritt bei der Regulierung von solchen Chemikalien käme zum Stillstand, wirtschaftlichen Interessen würde Vorrang vor gesundheitlichen und Umweltaspekten eingeräumt. Die Regulierung würde weniger transparent und weniger demokratisch ausgestaltet. So soll die Koordinierung und Harmonisierung von Regulierungen einem parlamentsfernen "Cooperation Committee" übertragen werden, das aus Vertretern von EU- und US-Regulierungsbehörden für die Chemische Industrie bestehen soll. ^[30]

Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen

Gleich zu Beginn der Verhandlungen ermöglichte die EU-Kommission dem CEFIC, eigene Vorschläge einzureichen und räumte ihm einen besonderen Zugang zu den Verhandlungen ein, konkret in Form eines engen Kontakts zur Generaldirektion Handel (im Folgenden GD Handel abgekürzt). ^[31] Während der ersten zwei Jahre der TTIP-Verhandlungen hatte der CEFIC 16 zum Teil intensive Lobby-Kontakte mit Vertretern der EU-Kommission; der ACC bekam auf weitere drei Treffen. ^[32] Dabei halfen Vertreter der GD Handel sogar, die richtigen Ansprechpartner in der EU-Diplomatie für einzelne Lobby-Ziele zu finden (etwa in der *High Level Working Group on Jobs and Growth*). ^[33] Auch in einer zweiten Phase 2013/4 stimmten sich Verantwortliche der GD Handel eng mit dem CEFIC ab, um die Texte für die Verhandlungsrunden auszuwählen. ^[34]

Im November 2014 begann die Amtszeit der neuen, von **Jean-Claude Juncker** geführten EU-Kommission. Es gab weiterhin regelmäßige Treffen mit CEFIC. Von fünf dieser Treffen gibt es nicht einmal Protokolle, so dass die Gesprächsinhalte verborgen bleiben.^[35] In dieser Phase verfolgte der CEFIC das Ziel, die REACH-Verordnung weiter abzuschwächen^[36] und die regulatorische Kooperation einzuführen^[37]. Geschäftsführer Mandery stellte im Mai 2015 öffentlich fest, dass die Vorschläge von CEFIC weitgehend übernommen worden sind.^[38] Diese Einschätzung wird intern von Vertretern der EU-Kommission geteilt.^[39]

EU-Chemikalienverordnung REACH

Von 1999 bis Juni 2007 wurde über die Richtlinie REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) verhandelt und beraten. Die Verhandlungen über die Schaffung von gesamteuropäischen Regeln in Bezug auf Chemikalien waren die "möglicherweise größte Lobby-Schlacht der EU-Geschichte".^[40] Die ursprünglich ambitionierten Ziele der EU-Kommission wurden aufgrund der Lobbyarbeit der europäischen Chemieindustrie stark eingeschränkt und die Pflicht zum Ersatz gefährlicher Stoffe aufgehoben.^[41] Ein Hebel in der Argumentation seitens der chemischen Industrie war die sogenannte Folgenabschätzung, die oft auf Vorhersagen beruht - und eben nicht auf einer breiten Datenbasis. Hierbei werden Gesetzesinitiativen, bevor sie in den gewählten Parlamenten besprochen werden, nach den Auswirkungen auf den Handel beurteilt. Wer den möglichen Nutzen eines Gesetzes für den Schutz der Umwelt und der Gesundheit relativieren will, kann die finanziellen Belastungen übertrieben darstellen. Diese Strategie wurde im Fall der EU-Chemikalienverordnung angewendet. Ursprünglich zielte REACH darauf ab, die rund 100.000 in Europa hergestellten und verwendeten Chemikalien auf ihre Gesundheits- und Umweltverträglichkeit hin zu testen und gefährliche Substanzen durch weniger gefährliche zu ersetzen. Die Gesetzesinitiative stieß bei der europäischen Chemieindustrie auf vehementen Widerstand. Als wirksamste Waffe im Kampf gegen die geplante Regulierung erwiesen sich mehrere Szenarien, die eine „Deindustrialisierung Europas“ an die Wand malten. Dazu wurde unter anderem in großflächigen Zeitungsanzeigen die Angst vor Arbeitsplatzverlusten geschürt.^[42] Die verantwortlichen EU-Politiker ließen sich von der Vorhersage millionenfacher Arbeitsplatzverluste so sehr verunsichern, dass sie den Geltungsbereich der Chemikalienverordnung stark einschränkten und die Pflicht zur Substitution gefährlicher Stoffe aufhoben.^{[43][44][45]}

CEFIC spielte in dieser jahrelangen Lobbykampagne eine zentrale Rolle. Es lassen sich mehrere Phasen ihrer Tätigkeit unterscheiden: zunächst versuchte der Verband, die chemische Industrie als Partner bei Problemlösungen erscheinen zu lassen; dann wurde der Ton in der Auseinandersetzung verschärft und der Verband trat als strikter Gegner von REACH auf. In dieser Zeit wurden einige Studien lanciert, die der oben skizzierten Strategie entsprachen.^[46]

Lobbyarbeit für Glyphosat

Überraschenderweise vertritt CEFIC sein Mitglied **Bayer** nicht direkt im Falle Glyphosat. Bayer ist Mitglied in mehreren Lobbyverbänden, auch in CEFIC. Für die Problematik rund um die umstrittene Chemikalie wurde eigens eine Glyphosat-Task Force ins Leben gerufen – unter Leitung der Anwaltskanzlei **Hume Brophy**. Diese Gruppe organisiert Kampagnen für die Neuzulassung von Glyphosat in Herbiziden, obwohl die Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation diese Substanz als möglicherweise krebserregend für Menschen eingestuft hat.^[47] Monsanto's hauseigene Lobbyisten wurden als erste Lobbyisten für den Zugang zum EU-Parlament gesperrt.^[48]

Organisationsstruktur und Führungspersonal

Mitglieder

Der Verband hat 492 Mitglieder (Stand August 2018) und 113 Partner. Diese werden in die folgenden Gruppen unterteilt:

- Corporate Members (ACOM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa und einem weltweiten Chemieumsatz von über 1 Mrd. Euro. Zu den Corporate Members gehören 71 Unternehmen, u. a. die deutschen Unternehmen [BASF](#), [Bayer](#), [Lanxess](#) und [Merck](#).
- Federation Members (AFEM) sind europäische Verbände der Chemieindustrie (19). Zu ihnen gehört u. a. der [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI)
- Business Members (ABM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa, die nicht nur chemische Erzeugnisse herstellen, mit einem weltweiten Chemieumsatz von unter 1 Mrd. Euro. Zu den Business Members gehört insgesamt 402 Unternehmen u. a. Stockmeier Chemie
- Associated Companies sind außereuropäische Chemieunternehmen (39). Zu ihnen gehören z. B. Halliburton
- Partner Associations sind europäische Verbände (21), die nur einen Sektor der chemischen Industrie vertreten. Zu ihnen zählt z. B. die [European Crop Protection Association](#) (ECPA)
- Partner Companies sind europäische Unternehmen, die eng mit der europäischen chemischen Industrie zusammenarbeiten (53). Zu ihnen gehört z. B. [Südzucker](#)^[49]

Führungspersonal

Die Mitglieder des **Cefic Board and Executive Committee** sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehört unter anderem Saori Dubourg - Vorstandsmitglied von [BASF](#). Ihr Präsident ist Daniele Ferrari, gleichzeitig geschäftsführendes Vorstandsmitglied von Versalis, Vorstandsmitglied von Matrica, Präsident von PlasticsEurope und Vizepräsident von Federchimica.

Generaldirektor

- [Marco Mensink](#) (ab Mai 2016, Nachfolger von [Hubert Mandery](#))

Dauerhaft mit **EU-Beziehungen** beauftragte Person:

- [Vincent Navez](#), Executive Director Legal Affairs

(Stand: August 2018)

Verbindungen

Knowledge4Innovation

CEIFIC ist Mitglied von [Knowledge4Innovation](#), einer branchenübergreifenden europäischen Lobbyorganisation.

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

CEFIC gehörte zu den Mitgliedern der EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM 2009 - 2012^[50], einer Konsultationsplattform für Interessengruppen der EFSA, und der EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access.^[51]

Alliance for a Competitive European Industry

CEFIC gehört zu den führenden europäischen Wirtschaftsverbänden, die sich mit [BusinessEurope](#) zur [Alliance for a Competitive European Industry](#) zusammengeschlossen haben.

Geschichte

Die Abkürzung CEFIC ist auf die ursprünglich französische Bezeichnung *Conseil Européen des Fédérations de l'Industrie Chimique* zurückzuführen.

Zitate

"Unsere Vorschläge, die von der EU-Kommission übernommen worden sind, können die regulatorische Kooperation deutlich beschleunigen, hohe Standards beibehalten und dabei effiziente Regeln erreichen. (im Original: Our proposals which have largely been taken over by the European Commission can boost regulatory cooperation, maintaining high standards while achieving regulatory efficiencies.)"^[52]

Der ehemalige CEFIC-Geschäftsführer Hubert Mandery im Mai 2015 über den Einfluss seines Verbandes auf die TTIP-Verhandlungen.

Einzelnachweise

- ↑ [Profil CEFIC](#), lobbyfacts.eu, zuletzt aufgerufen am 06.08.2018
- ↑ [tagesaktuelle Auswertung](#), lobbyfacts.eu, aufgerufen am 30.11.2018
- ↑ [Profil European Chemical Industry Council](#), EU-Transparenzregister, zuletzt aufgerufen am 10.08.2018
- ↑ [Member Companies](#), Webseite des American Chemistry Councils, aufgerufen am 10.08.2018
- ↑ [LRI The Long-range Research Initiative](#), Webseite cefic-lri, abgerufen am 22.11.2018
- ↑ [\http://cefic-lri.org/wp-content/uploads/2014/03/CW54-LRI-copy.pdf Chemical Watch 2013, cefic-lri.org, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [EU-Transparenzregister](#) ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 04.12.18
- ↑ [\[1\]](#) lobbyfacts.eu, abgerufen am 21.11.18
- ↑ [Chemieverband fliegt aus dem Lobby-Register](#). Die Presse, 21. Juli 2009, zuletzt aufgerufen am 04.12.2018
- ↑ [Chemieverband CEFIC wieder im EU-Lobbyregister](#), Webseite von LobbyControl, 6. Oktober 2009, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
- ↑ [Plastic Promises](#) Coporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [The Industry Sectors](#) cefic.org, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [\[2\]](#) asktheeu.org, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [\[3\]](#) European Commission am 16.01.2018, abgerufen am 22.11.18

15. ↑ [Voluntary Commitment](#) Plastics Europe, abgerufen am, 30.11.18
16. ↑ [Plastic Promises](#) Coporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
17. ↑ [\[4\]](#), cefic.org, abgerufen am 21.11.18
18. ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
19. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
20. ↑ [Hintergrundinformation EDCs](#), PAN Germany Januar 2016, abgerufen am 23.11.18
21. ↑ [State of art assessment of endocrine disrupters](#) European Commission, Januar 2012, abgerufen am 23.11.18
22. ↑ [Conflict of interests at EFSA – season 10](#) stephanehorel.fr, abgerufen am 23.11.18
23. ↑ [Studie: A Toxic Affair – How the chemical lobby blocked action on hormone disrupting chemicals](#) Corporate Europe Observatory, abgerufen am 23.11.18
24. ↑ [\[5\]](#) corporateeurope.org am 27.09.17, abgerufen am 23.11.18
25. ↑ [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie!](#) lobbycontrol.de am 1.Juni 2015, abgerufen am 23.11.18
26. ↑ [Proporsal](#) European Commission, abgerufen am 23.11.18
27. ↑ [Identifying endocrine disruptors - meps block plans exempting some pesticides](#) European Parliament am 04.10.2017, abgerufen am 23.11.18
28. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): hier Protokoll eines Treffen zwischen Maria Asenius (DG Handel) und der CEFIC Geschäftsführung am 4. Dezember 2014
29. ↑ siehe in dem Zusammenhang auch: Bode, Thilo: TTIP. Die Freihandelslüge. München 2015, S. 143 -153.
30. ↑ [, ACC-CEFIC joint proposal enhancing US-EU chemical regulatory cooperation under TTIP](#) ciel.org, Webseite abgerufen am 04.12.2018
31. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier insbesondere Brief an Giorgio Squinzi (Präsident CEFIC) vom 25. Juli 2012, gesendet von Tajani and De Gucht.
32. ↑ [Datensätze als Grundlage einer Auswertung](#), (XLS), Corporate Europe Observatory, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
33. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier Email-Verkehr zwischen Mitarbeitern der GD Handel
34. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2014-1259, hier: Batch2 Doc 27, Betreff: Report: Meeting with CEFIC – discussion of draft CEFIC/ACC proposals for TTIP. Importance: High, 11 December 2013
35. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#), hier: Korrespondenz/Treffen mit Cefic oder ACC zu TTIP seit Sept 2014, insbesondere Liste von Treffen
36. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): Treffen von "Head of Trade Cabinet" Maria Asenius mit dem Cefic Executive Committee - 4. Dezember 2014, 12.15-13.00
37. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13 "Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09 /09/2015"
38. ↑ [Rede von Hubert Mandery vom 12 Mai 2015](#), Cefic Webseite, archiviert am 29.12.2015, zuletzt aufgerufen am 6.9.2015

39. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13. Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09 /09/2015
40. ↑ [LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel](#). LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 28
41. ↑ Siehe auch: Riss, Jorgo: Chemical Warfare - the lobbying battle on REACH. In: [Bursting the Brussels Bubble](#). The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Alter-EU (Hg). Brüssel 2010. Seiten 33 - 47
42. ↑ [Chemielobby macht Druck auf Bundesregierung](#), lobbycontrol.de am 30.11.2006, abgerufen am 21.11.18
43. ↑ [Lobbyismus in der EU Immer erst die Industrie fragen, Bericht von Lobbycontrol vom über die Studie eines Forscherteams der britischen Universität Bath](#), Webseite Lobbycontrol, 23. März 2010, zuletzt abgerufen am 31. August 2016
44. ↑ [Research Article: "Working the System"—British American Tobacco's Influence on the European Union Treaty and Its Implications for Policy: An Analysis of Internal Tobacco Industry Documents](#), Webseite "journals.plos.org", hier besonders "Box 2", 12. Januar 2012, zuletzt aufgerufen am 05.12.18
45. ↑ [Studie TOXIC LOBBY - How the chemicals industry is trying to kill REACH](#) (pdf), Greenpeace International, Mai 2006, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
46. ↑ [Bulldozing REACH - the industry offensive to crush EU chemicals regulation](#) Corporate Europe Observatory, März 2005, archiviert am 8.1.2009, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
47. ↑ [A match made in hell](#) Corporate Europe Observatory am 27.04.17, abgerufen am 23.11.18
48. ↑ [Monsanto banned from European Parliament](#) the Guardian am 28.09.17, abgerufen am 23.11.18
49. ↑ [Cefic Members](#), Webseite Cefic, abgerufen am 05.12.2018
50. ↑ [http:// EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM](#)
51. ↑ [Members of EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access](#)
52. ↑ [Rede von Hubert Mandery vom 12 May 2015](#), Cefic-Internetseite, zuletzt aufgerufen am 4.12.2018

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründungsdatum	1963
Hauptsitz	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Lobbybüro	Lobby

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses) ^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war. ^[5]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.**büro****EU****Weba** www.wirtschaftsrat.de**дресse**

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags. ^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus. ^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand. ^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht. ^[12]

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	47
2 Aktivitäten	48
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	49
4 Geschichte	49
5 Fallstudien und Kritik	50
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	50
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	50
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	52
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	52
6 Finanzen	53
7 Zitate	53
8 Organisationsstruktur und Personal	53
9 Mitglieder	60
10 Die Landesverbände	60
11 Netzwerke	61
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	61
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	61
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	62
13 Einzelnachweise	62

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderen Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband

bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteioorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrats war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen
- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt.

Quellen: [\[26\]](#)[\[27\]](#)

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch, mindestens aber Etikettenschwindel.“[\[28\]](#) Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“[\[29\]](#)

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.[\[30\]](#) Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.[\[6\]](#)

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner [Fritz Vahrenholt](#)[\[31\]](#)[\[32\]](#) als Referenten statt.[\[33\]](#) Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll

sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[44] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats **Lars P. Feld** ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so **Feld**.^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“.^[51] Ein **LobbyControl** Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat](#), [75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen."^[30]

[Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt."^[53]
(finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none">• Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates• beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none">• CECONOMY AG, CEO
Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats Familienunternehmen	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none">• Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats• Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none">• Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)

Position	Name	Tätigkeit
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> Deutsche Bank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender Handwerks- und Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[5] ^[4]	<ul style="list-style-type: none"> ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Thomas Saueressig, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Kai Hankeln, Matthäus Niewodniczanski, Selina Stihl, Dr. Michael Strugl	

(Stand: November 2023) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 53 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Microsoft Deutschland GmbH, Vorsitzende der Geschäftsführung
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	RWE , Leiterin der EU-Repräsentanz
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: November 2023) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundeschachkommission	Vorsitz Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender Reinke
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von LEG Immobilien SE, Vorstandsvorsitzender Lackum
Beirat Familienunternehmen	Bettina Würth Adolf Würth GmbH & Co. KG, Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe
Beirat Zukunft Europa	Axel Weber Präsident der Deutschen Bundesbank a.D., Verwaltungspräsident der UBS AG
Digital Health	Frank Wartenberg Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Marc Andree Vaillant GmbH, Geschäftsführer Groos
Energiepolitik	Nikolaus RWE Generation SE, COO Valerius
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Gesundheitswirtschaft	Kai Hankel Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Michael Frick Mahle GmbH, Geschäftsführer
Innovationsforum	Petra Justenhoven PwC, Sprecherin der Geschäftsführung

Bundesfachkommission

	Vorsitz	Unternehmen
Internationaler Kreis	Jürgen Geißing	MTU Aero Engines AG, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christina Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Steuern	Matthias Oberndorfer	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Woeste	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Leiter des Walter Eucken Instituts , Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D. (Wirtschaftswissenschaftler)

(Stand: November 2023) ^[57]^[58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Energie für Mobilität	Frank Hiller	DEUTZ AG, Vorstandsvorsitzender
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, Vorstandsvorsitzender/CEO
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Gigabit-Gesellschaft	Michael Jungwirth	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
	Michael Dieckman	

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Krankenhausreform	n	AMEOS Gruppe, CDO und Mitglied des Vorstandes
Mehr Privat für einen starken Staat	Erhard Weimann	Staatssekretär a.D., EGW Strategie-Beratung
Pflege	Thomas Flotow	PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Patricia Lips	MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Stephanie Renda	Bundesverband Deutsche Startups, Vorstand und stellv. Vorsitzende vom Beirat Junge Digitale Wirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

(Stand: November 2023) ^[59]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Marc Oliver Bettzüge	<ul style="list-style-type: none"> • Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor • Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung, Mitglied • Rhenag, Mitglied des Verwaltungsbeirats
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • Munich Center for the Economics of Aging, Direktor emeritus • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Alexander Eisenkopf	Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Leiter des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik
Joachim Englisch	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Leiter des Institut für Steuerrecht
Gabriel Felbermayr	<ul style="list-style-type: none"> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Direktor Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor ECONWATCH, Präsident Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " Prometheus, Mitglied des Kuratoriums Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
	<ul style="list-style-type: none"> Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor und Mitglied des Präsidiums

Mitglieder	Akademische Position
Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Jürgen Kühling	<ul style="list-style-type: none"> Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht Monopolkommission, Mitglied
Reimund Neugebauer	Fraunhofer-Gesellschaft, Präsident
Christoph M. Schmidt	<ul style="list-style-type: none"> Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident European Sounding Board on Innovation (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums BMW, Mitglied des Aufsichtsrats
Christoph Spengel	Universität Mannheim, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Jens Strüker	<ul style="list-style-type: none"> Fraunhofer Blockchain-Labor, Leiter Forschungsinstitut für Informationsmanagement, Direktor
Volker Ulrich	<ul style="list-style-type: none"> Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre III, insb. Finanzwissenschaft Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), Vorsitzender des Beirats
Ludger Wössmann	<ul style="list-style-type: none"> ifo Zentrum für Bildungsökonomik, Leiter Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Professor für Volkswirtschaftslehre

(Stand: Dezember 2023) ^[60]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[61] Bundesvorsitzende ist seit 2021 Caroline Bosbach, Tochter des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach.^[62] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten

^[63] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung AG](#)). ^[64] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979 ^[65] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft". ^[66]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Hauwei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[67]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[68] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
- ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinetttisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
- ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#),faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
- ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#),wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
- ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
- ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
- ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz der Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
- ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
- ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
- ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
- ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
- ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022

22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressemitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter. com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
41. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.

50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) [lieferkettengesetz.de](#) vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) [tageschau.de](#) vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), [finanznachrichten.de](#) vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) [wirtschaftsrat.de](#) vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 22.11.2023
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 22.11.2023
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ [Themen des Wirtschaftsrates](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
59. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 18-20](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
60. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 20.12.2023
61. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
62. ↑ [WR-Info: Junger Wirtschaftsrat wählt Caroline Bosbach an die Bundesspitze](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 25.10.2021, abgerufen am 05.12.2023
63. ↑ [Landesverbände](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
64. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
65. ↑ [Unsere Geschichte](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
66. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
67. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
68. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), [wirtschaftsrat.nsf](#) vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** ("Strukturgesellschaft") ist ein [Netzwerkverein](#), der regelmäßig Sitzungen und sogenannte "Expertengespräche" in Räumen des Bundestags zu Themen der laufenden Gesetzgebung und Sachverhalten, bei denen politische Entscheidungen absehbar sind, veranstaltet. Dabei bringt die Organisation große Wirtschaftsverbände, Unternehmen und Einzelpersonen mit Abgeordneten und Vertreter:innen der Bundesregierung – insbesondere Parlamentarischen Staatssekretär:innen – zusammen und ermöglicht so eine informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.^[1]

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Rech eingetragener Verein
tsfor
m
Tätig Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu
keits Parlamentariern und Parlamentarischen
berei Staatssekretären zur Einflussnahme auf
ch Gesetzesvorhaben
Grün 1959
dung
sdatt
um
Haupt Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin
tsitz

Eine zentrale Rolle spielen dabei die 16 Beiräte, die den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet sind. Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Dabei handelt es sich überwiegend um CDU/CSU Politiker:innen.

Zu den prominentesten CDU-Mitgliedern der Organisation zählen Bundeskanzler [Friedrich Merz](#), Staatsminister [Michael Meister](#) sowie [Thomas Bareiß](#), Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehem.

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Einflussreiche Mitglieder aus der FDP sind unter anderem Hartfrid Wolf, ehem. Abteilungsleiter für Pressearbeit im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, und Michael Theurer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank mit Zuständigkeit für die Bankenaufsicht und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Lobb
ybür
o

Lobb
ybür
o EU

Web www.strukturgesellschaft.de

adre
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Die Beiräte	65
2 Mangelnde Transparenz	66
3 Organisationsstruktur und Personal	67
3.1 Vorstand	67
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	68
3.3 Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft	68
3.4 Mitglieder	69
4 Weiterführende Informationen	70
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	70
6 Einzelnachweise	70

Die Beiräte

Bei der Beeinflussung von Parlamentarier:innen und hochrangigen Mitarbeiter:innen von Ministerien im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte eine entscheidende Rolle. Die Beiräte der Lobbyorganisation sind den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet. Diese machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Ihre Mitglieder verfügen somit über großen politischen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess.

Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Die Beiräte bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politiker:innen (Parlamentarier:innen und Parlamentarische Staatssekretär:innen), Vertreter:innen von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professor:innen stattfindet. Der privilegierte Zugang zu einflussreichen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit.

Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Auf der Tagesordnung stehen sowohl Themen der laufenden Gesetzgebung als auch Trends, bei denen aus Sicht der Strukturgesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist. Leiter der Tagungen sind die Beiratsvorsitzenden, die den Sitzungstermin, das Thema sowie die Statementgeber:innen gegenüber der Strukturgesellschaft festlegen und die Räume im Bundestag buchen.^[2]

Die Strukturgesellschaft fragt im Namen des Beiratsvorsitzenden die Statementgeber:innen an und lädt weitere Teilnehmer:innen sowie die Mitglieder der Strukturgesellschaft zu den Sitzungen bzw. "Expertengesprächen" ein. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Horst-Dieter Westerhoff schrieb an abgeordnetenwatch.de, dass die Gesellschaft die jeweiligen Fraktionssprecher:innen für den Vorsitz eines Beirats gewinnen wollen: „Auf diese Weise kann es gelingen, aus der Fülle der im Bundestag behandelten Themen die wichtigsten herauszufinden.“^[3]

Protokolle der Sitzungen des zweiten Halbjahrs 2021 und 1./2. Halbjahr 2022, in denen nur das Datum, der Sitzungsort, das Thema und das zuständige Beiratsmitglied genannt werden, sind [hier](#) abrufbar. Welche Lobbyist:innen auf Einladung von Abgeordneten einen Vortrag halten dürfen, wollen die Verantwortlichen nicht sagen. Dies sei angeblich zu aufwendig.^[4]

Die Strukturgesellschaft verfügt über 16 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitales	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien, Internet und Telekommunikation	Sicherheit und Verteidigung	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Verkehr
Welthandel	Wirtschaft und Wirtschaftsrecht	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	Ordnungspolitik (neu seit 09/2023)

Mangelnde Transparenz

Auf der [Webseite der Strukturgesellschaft](#) gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Michael Meister, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • seit 05/2025 Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit^[5] • Mitglied des Bundestags • 2018-2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums • Institut Finanzen und Steuern, ehem. Mitglied des Kuratoriums^[6]
Stellvertreter	Ludolf von Wartenberg, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer • Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	Siegmar Mosdorf, SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter • Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	Marie-Luise Dött, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Mitglied des Bundestags • ehem. Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Schatzmeister	Jochen Homann	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesnetzagentur, ehem. Präsident • Bundesministerium für Wirtschaft, ehem. Beamteter Staatssekretär
Vorstandsmitglied	Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Generalsekretär • ehem. Landesminister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
Vorstandsmitglied	Hartfrid Wolff, FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesministerium für Digitales und Verkehr, ehem. Abteilungsleiter (Pressearbeit und strategische Planung) • KPMG, bis 01/2022 Senior Manager, Öffentlicher Sektor^[7] • FDP, Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg • ehem. Mitglied des Bundestags
Vorstandsmitglied	Rainer Holznagel	<ul style="list-style-type: none"> • Bund der Steuerzahler, Präsident • Europäischer Wirtschaftssenat, Mitglied des Kuratoriums

Geschäftsführen

des [Horst-Dieter](#)
Vorstandsmitgli [Westerhoff](#)
ed

- Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter
- CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Mitarbeiter

(Stand: Juni 2025) Quelle: ^[8]

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- [Friedrich Merz](#), CDU
- [Christine Scheel](#), Grüne

Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft

Die Bezeichnung der Beiräte orientiert sich an den Bezeichnungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags (Kurzbezeichnung: Ausschuss).

- Axel Knoerig, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit und Soziales (**Beirat für Arbeit und Soziales**)
- Katrin Staffler, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (**Beirat für Bildung und Forschung**)
- N.N. (**Beirat für Digitales**)
- Reinhard Houben, MdB, FDP (**Beirat für Energie**)
 - Mitglied im Wirtschaftsausschuss
 - Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (**Beirat für Europa**)
- Matthias Hauer, MdB, CDU, Partner in der Sozietät Esch & Kramer Rechtsanwälte, Obmann und Mitglied im Finanzausschuss (**Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit**)
- Georg Kippels, MdB, CDU, Obmann im Unterausschuss Globale Gesundheit und Gesundheitsausschuss, Rechtsanwalt bei Dr. Georg Kippels und Hans-Peter Dresen GbR (**Beirat für Gesundheit**)
- Jan Metzler, MdB, CDU, Mitglied im Wirtschaftsausschuss (**Beirat für Handel und Verbraucherschutz**)
- Marco Wanderwitz, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien (**Beirat für Medien, Internet und Telekommunikation**)
- Michael Meister, MdB, CDU, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Finanzen und beim Bildungsministerium, (**Beirat für Ordnungspolitik**)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (**Beirat für Sicherheit und Verteidigung**)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen der Bundeswehr"
 - Präsidiumsmitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#)
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)
- Björn Simon, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (**Beirat für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit**)
- [Thomas Bareiß](#), MdB, CDU (**Beirat für Verkehr**)
 - Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand
 - ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
- Stefan Rouenhoff, MdB, CDU (**Beirat für Welthandel**)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

- Vorstandsmitglied der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT) der Sächsischen Union
- Klaus Wiener, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, ehem. Geschäftsführer des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (**Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht**)
- Friedhelm Boginski, FDP (**Beirat für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**)

(Stand: April 2025)

Mitglieder

Zu den 205 [hier](#) abrufbaren Mitgliedern (Stand: 01.01.2024) ^[9] gehören:

- **Verbände**, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
 - [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse](#) (BVTE)
 - [Bundesverband Deutscher Banken](#)
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#)
 - [Verband der Automobilindustrie](#)
 - [Verband der privaten Krankenversicherungen](#)
 - [Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft](#) (ehemals Zukunft Gas)
- Unternehmen, z. B.
 - [Amazon](#)
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - Deutsche Post
 - Deutsche Telekom
 - [Google](#)
 - Shein
- **Politiker:innen**, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - Daniel Föst, FDP
 - Anja Karliczek, CDU, MdB, ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Friedrich Merz](#), CDU, MdB, Bundesvorsitzender und Kanzlerkandidat der CDU
 - [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- **Einzelmitglieder**, z. B.
 - [Marie-Luise Dött](#)
 - [Georg Fahrenschon](#), ehemaliger Staatsminister
 - Melanie Fügner, Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Justus Haucap](#)
 - Anja Käfer-Rohrbach, [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV)

- [Siegmar Mosdorf](#), Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#)
- Kai Warnecke, Haus & Grund
- Martin G. Eckert, thyssenkrupp Industrial Solutions AG
- Stefan Hefter, [KPMG AG](#)

(Stand: Mai 2025)

Weiterführende Informationen

- [Tanja Röttger](#): Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, [abgeordnetenwatch.de](#), 08.09.2023
- Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019
- Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen (Strukturgesellschaft), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019](#), [Bundestag.de](#), abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 21.04.2024
3. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
4. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
5. ↑ [Dr. Michael Meister](#), [bundesregierung.de](#), abgerufen am 03.06.2025
6. ↑ [Profil](#), [abgeordnetenwatch.de](#), abgerufen am 04.02.2023
7. ↑ [Profil](#), [kpmg-law.de](#), abgerufen am 02.07.2022
8. ↑ [Der Vorstand](#), [strukturgesellschaft-de](#), abgerufen am 06.06.2025
9. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 06.06.2025

BusinessEurope

BusinessEurope ist der Dachverband europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände mit Sitz in Brüssel. 2021 hatte er 40 Mitgliedsverbände aus 35 europäischen Ländern. Deutsche Mitglieder sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). In der EU zählt der Verband zu

BusinessEurope

Rechtsf internationaler gemeinnütziger Verein
orm nach belgischem Recht (a.i.s.b.l.)
Tätigke Interessenvertretung der europäischen
itsberei Wirtschaft

den größten und einflussreichsten Lobbyorganisationen mit besten Kontakten zur EU-Kommission, dem EU-Parlament, dem Europäischen Rat und den Mitgliedstaaten. Für das Geschäftsjahr 2021 gab BusinessEurope an, sich 402 mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen zu haben ^[1], womit der Verband nach Angaben von [lobbyfacts.eu](#) den ersten Platz unter den gelisteten Organisationen belegte. Der große Einfluss, den BusinessEurope in den [Arbeitsgruppen des Europäischen Rats](#), hat, ist von Corporate Europe eingehend untersucht worden. ^[2] Von besonderer Bedeutung ist danach die Mitwirkung in der [Working Party on Competitiveness and Growth](#).

BusinessEurope betreibt intensive Lobbyarbeit, unter anderem bei der Aufweichung konkreter EU Klimaziele. Die Denkfabrik Influence Map kommt in einer Bewertung der Lobbyaktivitäten zur EU-Klimapolitik zu folgendem Ergebnis: BusinessEurope hat die Klimapolitik-Bestrebungen der EU seit 2015 überwiegend abgelehnt und scheint - trotz einer zunehmend positiven Kommunikation des „energy mix“ 2020-21 - weiterhin gegen verschiedene Aspekte der anspruchsvolleren Klimapolitik zu lobbyieren, die als „EU Green Deal“ und „Fit for 55 package“ vorgeschlagen wird. ^[3] Ein weiterer Schwerpunkt der Lobbyaktivitäten besteht in der Durchsetzung regulatorischer Kooperation in der Handelspolitik.

BusinessEurope**ch****Gründu** März 1958, 2007 umbenannt in
ngsdat BusinessEurope, the confederation of
um European business**Hauptsit** Av. de Cortenbergh 168, 1000 Brüssel
tz**Lobbyb**
üro**Lobbyb**
üro EU**Webad** [businesseurope.eu](#)
resse**Inhaltsverzeichnis**

1 Aktivitäten	72
2 Lobbystrategien und Einfluss	72
2.1 Lobbyisten	72
2.2 EU-Expertengruppen	73
2.3 Seitenwechsel	73
2.4 European Business Summit	73
2.5 BusinessEurope Day	74
3 Fallstudien und Kritik	74
3.1 2023/2024 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC	74
3.2 2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz	75
3.3 2013-2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA	76
3.4 2012-2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP	77
3.5 2010-2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik	78
3.6 2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister	79
3.7 2009-2018: Better Regulation	79
4 Organisationsstruktur und Personal	80
4.1 Verbindungen	80
5 Finanzen	81
6 Geschichte	81
7 Weiterführende Informationen	81
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	81
9 Einzelnachweise	81

Aktivitäten

Laut Selbstdarstellung repräsentiert BusinessEurope in Brüssel die politischen Interessen von 20 Millionen Mitgliedsunternehmen aus 35 Staaten. Als Hauptaufgabe versteht BusinessEurope die Verteidigung dieser Interessen gegenüber den europäischen Institutionen, und als Hauptziel die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen im internationalen Vergleich.^[4] Dies soll vor allem durch eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung in den Bereichen Arbeit und Soziales sowie Umwelt und Klima erfolgen. Auch die Außen- und Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer sind von zentraler Bedeutung. Übergeordnetes Ziel der Arbeit von BusinessEurope ist ein beständiges ökonomisches Wachstum innerhalb der EU.

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

BusinessEurope pflegt auf höchster Ebene Kontakte zu Institutionen, die in der EU an der Ausarbeitung, Verabschiedung und Umsetzung von Gesetzen, Richtlinien, und anderen Regularien beteiligt sind, insbesondere zur EU-Kommission.^[5] Während des Gesetzgebungsprozesses nehmen LobbyistInnen von BusinessEurope sowohl auf die strategische Ausrichtung als auch auf die konkrete Ausgestaltung durch persönliche Treffen und Policy Papers Einfluss. Weil letztere in regelmäßigen Abständen in sehr ähnlich klingende, offizielle EU-Positionen münden, gilt Business Europe als eine der einflussreichsten Lobbyorganisationen in Brüssel^[6]

Ein 2018 geleaktes internes Dokument von BusinessEurope zeigt, mit welchen fragwürdigen Methoden der Verband gegen eine Verschärfung der Klimaziele der EU vorgehen wollte.^[7] Option 1: Positives Verhalten, so lange das Vorhaben keinerlei Auswirkungen auf die Industrie hat. Option 2: Man könne sich gegen den Vorschlag stellen, „unter Gebrauch der üblichen Argumente eines globalen Spielfelds, wir können nicht für andere kompensieren etc.“ Option 3: „challenge the process“: Die Industrie könnte den Prozess infrage stellen, etwa indem sie anzweifelt, dass die Klimaziele fair und transparent berechnet wurden. Oder sie könnte fragen, ob die Folgen ausreichend abgeschätzt wurden oder neue Risiken drohen.

Lobbyisten

Im [Transparenzregister EU](#) hat BusinessEurope 30 Vollzeit-Lobbyisten registriert, von denen 25 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des [EU-Parlaments](#) akkreditiert sind.^[8] (Stand: Juli 2023)

EU-Expertengruppen

BusinessEurope gehört 39 [Expertengruppen der EU-Kommission](#) an. Unter anderem ist der Dachverband in der "Commission's Expert Group on Sustainable Consumption and Production" und der "Consumer Policy Advisory Group" vertreten. ^[8]

Seitenwechsel

- [Marten Westrup](#) arbeitete bis September 2010 für die *Generaldirektion Unternehmen und Industrie* in der [EU-Kommission](#) und nahm anschließend einen Beraterjob bei BusinessEurope an, um den Arbeitgeberverband in Klimafragen zu beraten. 2011 wechselte er zurück in die EU-Kommission zur *Generaldirektion Energie*. Die Kommission erteilte für diesen Wechsel eine Ausnahmegenehmigung.
- [Eoin O'Malley](#) arbeitete vier Jahre lang als "Senior Advisor on International Relations" für BusinessEurope. Im Juni 2010 wechselte er zur EU-Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und später zur EU-Generaldirektion Handel, wo er Teil des Strategie-Teams ist. Die Kommission weigerte sich erarbeitete Dokumente oder Reden von O'Malley zu veröffentlichen. Nach einer Konferenz im März 2015 zu den Auswirkungen von TTIP auf Malta wurde er auf Twitter zitiert: "Die EU-Kommission braucht Input und Teilnahme der Unternehmen in der Debatte. Die Menschen müssen wissen, was die ökonomischen Vorteile sind." (Übersetzung des Verfassers) ^[9]

European Business Summit

[European Business Summit](#) (EBS) ist eine Organisation, die Konferenzen ausrichtet, bei denen UnternehmensvertreterInnen auf hochrangige EU-Politiker treffen. Hauptveranstaltung ist das gleichnamige, jährlich stattfindende Gipfeltreffen. BusinessEurope und die [Federation of Enterprises in Belgium](#) (FEB) sind die Initiatoren. Die Veranstaltung steht außerdem unter der Schirmherrschaft des belgischen Königs. ^[10] Zu den SprecherInnen im Jahre 2018 gehörten beispielsweise Frans Timmermans (Kommissionsvizepräsident) und Cecilia Malmström (EU-Handelskommissarin) sowie zahlreiche VertreterInnen von Unternehmen (u.a. Coca-Cola, Statoil, BASF) und Verbänden (u.a. BusinessEurope selbst, FuelsEurope, [European Chemical Industry Council](#)). Der European Business Summit vermittelt zwar das Bild eines Kongresses, in dem sich zwei Welten begegnen – Politik und Wirtschaft. In der Realität sind die Beziehungen zwischen den Akteuren allerdings weitaus verschwommener. Häufig sind die UnternehmensvertreterInnen schon zuvor als politische Einflussnehmer in Erscheinung getreten ^[11]. Neben dem Jahrestreffen organisiert EBS noch weitere spezifische Netzwerkveranstaltungen, bei denen EU- und RegierungsvertreterInnen auf IndustrievertreterInnen treffen – so zum Beispiel der European Defence Industry Summit, eine Konferenz zur Rüstungsindustrie oder Think Digital, eine Plattform zum digitalen Binnenmarkt. Dazu kommt die ebenfalls jährliche, exklusive Nachfolgeveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum Back From Davos ^[12].

BusinessEurope Day

Der **BusinessEurope Day** findet seit 2014 jährlich statt. Das selbsterklärte Ziel besteht darin, eine ausgesuchte Gruppe an Führungspersonen aus Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern zusammenzubringen, um über bestimmte, die Wirtschaft betreffende Politikfelder zu diskutieren. 2014 stand die Frage nach der Bedeutung der Industrie in Fokus, 2015 der neue Investitionsplan der EU, 2016 die Leistungsfähigkeit Europas, 2018 die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft. Am 5. März 2020 fand der BusinessEurope Day zum fünften Mal statt mit dem Themenschwerpunkt "Prosperity, People, Planet". Zu den Sprechern aus der Politik gehörten unter anderem:

- Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission
- Valdis Dombrovskis, Geschäftsführender Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für Handel
- Maros Sefcovic, Vizepräsident der EU-Kommission EU-Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau
- Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt
- Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft
- Kadrid Simson, EU-Kommissarin für Energie
- Dita Charanzova, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments^[13]

Fallstudien und Kritik

2023/2024 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC

Im Februar 2024 wurde ein „Industriegipfel“ auf dem Gelände der BASF in Antwerpen abgehalten, getragen vom [ERT](#), von Business Europe und [CEFIC, dem Verband der europäischen Chemieindustrie](#). Zeitlich passend zur Neubestimmung der Kommissionsaktivitäten für 2024-2029 wurde der anwesenden Kommissionspräsidentin von der Leyen und Belgiens Ministerpräsident, De Croo, ein Katalog von Forderungen an die EC vorgestellt. Kernthese dieser sog. „Antwerp Declaration“ (Declaration) war, daß der Green Deal nur realisiert werden könne, wenn ihm ein „Industrial Deal“ „zur Seite gestellt“ werde.^[27] Die Wettbewerbsfähigkeit Europas solle deshalb strategische Priorität haben, und ein First Vice President EU Kommissar solle für die Realisierung des „Industrial Deal“ installiert werden. Die inhaltlichen Forderungen beinhalteten u.a.^[28]

- Sämtliche EU Gesetzgebungen sollen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und harmonisiert, „overreporting“ abgeschafft werden.
- Etablierung eines Mechanismus, der jegliche neue EU Gesetzgebung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüft und sie ggfs. begrenzt.
- Schaffung günstigerer Energiepreise; Förderung von Atomkraft, und von CO2 Speicherung
- Öffentliche Förderung und Öffentliche Garantien für private „Clean Tech“ Investments, marktnähere Förderung für Innovationen (i.e.: verstärkt an Unternehmen)
- Abbau von Barrieren des „Single Markets“, Vereinbarung von Freihandelsabkommen
- Dauerhaft geringere Steuersätze^[29]

Neu an der Deklaration ist, dass sie in großer Einigkeit von drei großen Arbeitgeber- und Industrielobbyverbänden getragen wurde, die sonst eher separat agieren.^[30] Zu den Unterzeichnern gehörten zahlreiche Verbandsorganisationen und deren Unternehmen wie zum Beispiel der VCI, Heidelberg Materials und die Bayer AG, TotalEnergies, nucleareurope, und die Association of Big Industrial Energy Consumers sowie die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)^[31].

Viele der Forderungen fanden ihren Niederschlag in den „Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029“. ^[9] Im Kontext der Bestätigung von Frau von der Leyen und ihres Kollegiums durch das Europäische Parlament am 18.07.2024 stellen sie die Kernziele und Vorhaben für die Europäische Kommission für die Periode 2024-2029 dar. In den Guidelines findet sich der „New Spirit of Lawmaking“ - die Absicht, bereits in der Phase von Gesetzentwürfen deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Industrie regelhaft zu berücksichtigen, also im Gesetzentstehungsprozess ggfs. weit vor Verhandlung im demokratisch gewählten Europäischen Parlament.^{[32][30]} In der Kommunikation zur Vorstellung der neuen Kommissar:innen hieß es, dass das gesamte Kollegium der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Auch eine „Executive Vice Presidency“ for a „Clean, Just *and Competitive* Transition“ wurde Realität, zuständig für Wettbewerbspolitik und Green Deal gleichermaßen.^[33]

2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz

Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte BusinessEurope vielschichtige Lobbyarbeit gegen weitreichende gesetzliche Maßnahmen betrieben. Wie der Bericht „Fein Raus“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe und der European Coalition for Corporate Justice zeigt, war BusinessEurope von Beginn an ein prominenter Gegner des Lieferkettengesetzes.^[14]

Ihre ablehnende Haltung machten sie in Schreiben an für das Gesetz zentrale europäische Institutionen und Personen, aber auch in direkten Treffen mit Politiker:innen deutlich. In einem Treffen mit der zuständigen Generaldirektion für Justiz forderte der Verband z.B. dass die Anforderungen an eine Erfüllung der Sorgfaltspflicht *„auf die Mittel beschränkt sein und sich nicht auf die Resultate erstrecken sollten“*^[14] Das bedeutete, die Unternehmen sollten lediglich auf einen Prozess der Sorgfaltsprüfung verpflichtet werden, unabhängig davon ob dadurch schädliche Folgen verhindert würden. Dieses Vorhaben wurde von Menschenrechtsorganisationen klar zurückgewiesen.^[14] Knapp vor der Abstimmung des Berichtsentwurfs im Europäischen Parlament schrieb der Verband an den zuständigen Rechtsausschuss, dass die geplanten Maßnahmen *„haltlosen Vorwürfen und missbräuchlichen Klagen Tür und Tor öffnen“* würden.^[15]

Anlässlich der französischen Ratspräsidentschaft 2021 schrieb der BusinessEurope wiederum an den französischen Präsidenten **Macron**. Der Verband forderte Macron auf, die Führungsrolle Frankreichs im Rat der europäischen Union zu nutzen, um unternehmerfreundliche Politik zu machen. Im Kontext des geplanten Lieferkettengesetzes, bedeutete dies weniger strenge Regularien festzulegen.^[16]

Ein Jahr später, kurz vor der Veröffentlichung des Gesetzesaufschlags der Europäischen Kommission zu einem Lieferkettengesetz (Ende Februar 2022) hatte sich der Verband in einem direkten Brief an Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** gewandt. In diesem Schreiben forderte er einen Ansatz, der weniger weitreichend als die zuvor vom Europäischen Parlament geforderten Maßnahmen ginge. So warnte der Verband, dass zu strenge Regularien überbordende Aufgaben an Unternehmen stellen würden und somit den Wirtschaftsstandort Europa gefährden würden.^[17]

Laut dem Bericht „Fein Raus“ habe es weitere Schreiben dieser Art, oft kurz vor kritischen Entscheidungen gegeben, z.B. an den zuständigen Kommissar Reynders oder die Vizepräsidentin der EU-Kommission Jourová. Der Verband setzte also an zentralen Schlüsselstellen des Gesetzes an, um gezielte Botschaften zu senden. Die dabei verwendeten Narrative stellten das Gesetz stets in ein wirtschaftsfeindliches und nicht zielführendes Licht.^[14]

Wie ein weiterer Bericht von Corporate Europe Observatory (CEO), Friends of the Earth Europe (FoEE) und dem BUND mit dem Titel „Inside Job“^[18] zeigt, hatte auch der Dänische Industrieverband auf BusinessEurope gesetzt um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Insbesondere als Bestrebungen die damals noch zuständige Generaldirektion Justiz zu beeinflussen, zu scheitern drohten, bemühte man sich *„Leute in der Kommission zu aktivieren, die auf dem Gebiet der ‚Besseren Rechtssetzung‘ arbeiten, ‘ vorzugsweise über BusinessEurope, da dies ‚ein stärkeres Signal aussenden würde‘“*.³ Das Gremium zu „besseren Rechtssetzung“, meint dabei das [Regulatory Scrutiny Board \(RSB\)](#), welches daraufhin zwei Gesetzesvorschläge der Kommission blockiert hatte und somit für eine Verzögerung und *„Verwässerung“*^[18] des Gesetzes gesorgt hätte. Das RSB gilt als industrienah und steht den inhaltlichen Forderungen von Business Europe nahe: Seit Gründung des Ausschusses 2015 hatte sich der Vorstand des RSB 23 mal mit Interessensvertretern zur Beratung getroffen, *„90 Prozent der Treffen entfielen [...] auf Wirtschaftsinteressen und diese unterstützende Denkfabriken, darunter drei Treffen mit BusinessEurope“*.^[18]

2013–2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA

Das bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan – Japan-EU Free Trade Agreement ([JEFTA](#)) – wurde am 06.07.2018 vom Rat der EU ratifiziert, nachdem die Verhandlungspartner im Vorjahr eine Grundeinigung erzielt hatten. Aus einer Recherche der lobbykritischen Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) geht hervor, dass BusinessEurope diejenige Konzernlobbygruppe ist, die zwischen 2014 und 2017 am häufigsten Kontakt mit der Generaldirektion Handel bezüglich JEFTA hatte.^[19]

Bereits 2013 hatte BusinessEurope in einem offenen Brief an den damaligen Präsidenten der EU Kommission [José Manuel Barroso](#) große Bereitschaft signalisiert, der EU-Kommission während allen Verhandlungsphasen „detaillierten Input“ zu bieten, um jegliche Barrieren in den Handelsbeziehungen mit Japan beseitigen zu können.^[20] BusinessEurope setzte sich vor allem für eine Abschaffung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse im Rahmen von JEFTA ein. In einem Statement, das sie gemeinsam mit dem Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen Keidanren 2016 veröffentlichten forderten beide Verbände, dass nicht-tarifäre Handelshemmnisse und deren Abschaffung durch [regulatorische Kooperation](#) ein zentrales Thema bleiben müssen.^[21]

In der Praxis brachte BusinessEurope bereits Unternehmensverbände beider Seiten zusammen: Seit 2012 organisiert BusinessEurope gemeinsam mit Keidanren sogenannte Sector-to-Sector Meetings entlang der JEFTA-Verhandlungen. Teilnehmer sind europäische und japanische Industrieverbände, zu den regelmäßigen Teilnehmern gehören die Automobilverbände JAMA und [ACEA](#)^[22]. Beim sechsten Treffen am 13. Juni 2017 waren Vertreter aus dem Automobil-, Chemie-, Eisenbahn- und Digitalsektor vor Ort, außerdem der EU-Kommissar Antti Peltomäki (Generaldirektor des Fachbereichs Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) sowie Kazuo Kodama, der Botschafter der japanischen Vertretung bei der EU^[23]. Ziel der Veranstaltungen ist vor allem der Austausch über nichttarifäre Maßnahmen und regulatorische Kooperation im Kontext der JEFTA-Verhandlungen^[24]. In einer gemeinsamen Veröffentlichung bekräftigten die Teilnehmer die Forderung nach regulatorischer Kooperation erneut.

Während BusinessEurope die regulatorische Kooperation, also die gegenseitige Anpassung von Gesetzen und Standards, als einen Mechanismus zur Harmonisierung der Handelsbeziehungen beschreibt, bringt jene jedoch auch erhebliche Nachteile mit sich. Wie schon bei TTIP ist bedenklich, dass die [regulatorische Kooperation](#) es ermöglicht, voneinander abweichende Standards auf das Niveau des jeweils niedrigeren anzugleichen. Standards zu Verbraucher- und Umweltschutz können somit gesenkt werden, indem sie als „Handelshemmnisse“ dargestellt werden. Ferner ist regulatorische Kooperation problematisch, da sie Unternehmen über internationale Beratergremien einen erheblichen Einfluss auf Formulierung und Änderung von Gesetzen einräumt.^[25]

2012–2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Einer Auswertung der vonCEO zufolge hatte BusinessEurope (gemeinsam mit dem [European Services Forum](#)) von allen Lobbyorganisationen den meisten Kontakt mit der EU-Generaldirektion Handel zum Thema [TTIP](#). In den ersten 2 Jahren der Vorbereitungen und Verhandlungen zum Abkommen nahm BusinessEurope an 15 Treffen teil.^[26]

Ende 2013 wurde ein Papier der [EU-Kommission](#) zu regulatorischer Kooperation geleakt. Durch das Prinzip der regulatorischen Kooperation sollen Handelshemmnisse zwischen den Vertragspartnern nach Abschluss des Abkommens abgebaut und somit eine Angleichung der Standards ermöglicht werden. Kritisch ist dies, da die amerikanischen bzw. kanadischen Standards in vielen Punkten stark von den europäischen abweichen. Besonders im Bereich des Umweltschutzes, der Chemikalienzulassung oder der Fahrzeugsicherheit sind sie sogar deutlich niedriger und deshalb kostengünstiger für Konzerne. Zentral bei der regulatorischen Kooperation ist hierbei die Einführung von Prozessen, die Unternehmen und US-Regierung früh und vor den Parlamenten in die Gesetzgebung einbinden soll. Sie erhalten dadurch eine enorme Gestaltungsmacht. Aus diesem Grund bezeichnet die [US-Handelskammer](#), die amerikanische Arbeitgeber-Lobby, die regulatorische Kooperation als "Geschenk, das immer weiter schenkt"(Übersetzung des Verfassers).^[27]

BusinessEurope forderte bereits im Herbst 2012 eine „formale und vorrangige Beraterrolle“ für Unternehmen ein. Vertraglich muss die EU-Kommission einen ausgewogenen Dialog mit verschiedenen Interessenvertretern führen. Dennoch stellte sie klar, dass eine Beraterrolle und somit eine Institutionalisierung des privilegierten Zugangs zu Gesetzgebungsprozessen in einer branchenspezifischen regulatorischen Kooperation möglich sei. Die branchenspezifische regulatorische Kooperation bezieht sich auf 9 Industriesektoren; unter anderem geht es hierbei um die Regulierung von Arzneimitteln, Chemikalien und Pestiziden. Dazu wurden bisher keine Vertragsentwürfe veröffentlicht, sodass der Einfluss von Unternehmen auf diese stark zu vermuten, jedoch nicht überprüfbar ist.^[28]

Vergleicht man die Vorschläge der beiden Arbeitgeberverbände BusinessEurope und der [US-Handelskammer](#) aus den Jahren 2012^[29] und 2014^[30] mit den Verhandlungspositionen der EU-Kommission im Jahr 2016^[31] erkennt man eine erstaunliche Ähnlichkeit. Obgleich sie nicht explizit zeigen, dass die Arbeitgeber-Lobbys TTIP mitschrieben, beinhalten die vorgeschlagenen Alternativen der EU-Kommission Formulierungen, die eben jene Ziele der Verbände letztendlich doch ermöglichen könnten.

Im November 2015 wurde bekannt, dass die EU-Kommission der Erdöllobby besonders guten Zugang zu den Verhandlungen zu TTIP verschaffte. Vertreter von BusinessEurope trafen mit US-Verhandlern aus dem Außen- und Energieministerium zusammen, um über das Energiekapitel des Abkommens zu beraten.^[32]

Am 11. Juli 2016 veröffentlichte BusinessEurope unter anderen gemeinsam mit [AmCham EU](#), [European Services Forum](#) und [Trans-Atlantic Business Council](#), der sogenannten "Business Alliance for TTIP", ein Statement, in welchem die hohen Erwartungen an die 14. Verhandlungsrunde zu TTIP betont werden. Die Allianz übte Druck aus, um vor dem Ende der Obama-Administration einem Abschluss des TTIP-Abkommens näherzukommen. Es brauche "konstruktive und kreative Ansätze" und einen "substanziellen Fortschritt" in den Verhandlungen.^[33]

Nachdem die TTIP-Verhandlungen ab Januar 2017 auf Eis lagen, gab die Europäische Kommission am 11. September 2018 eine Wiederaufnahme der Handelsgespräche mit den USA bekannt.^[34] Da große Differenzen in Bereichen wie der Automobil- und der Agrarindustrie zunehmend deutlich wurden, gaben die Handlungspartner bei diesem Anlauf zunächst an, sich auf die Einigungen in weniger bedeutsamen Bereichen zu fokussieren. Luisa Santos, Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen bei BusinessEurope, hieß diese Verhandlungsstrategie grundsätzlich gut, da sie ein „positives Ergebnis in einer relativ kurzen Zeitspanne“ ermögliche. Sie betonte allerdings auch, dass Unternehmen ein ambitionierteres Abkommen begrüßen würden.^[35] Regulierungsbehörden beider Seiten sollen folglich dazu bewegt werden, ins Gespräch zu kommen, „um zu sehen, ob es Bereiche gibt, in denen wir die Regulierungen verbessern können“.^[36] Im November 2018 wurde allerdings durch den Leak eines Dokuments öffentlich, dass die Automobil- und Agrarindustrie sehr wohl Teil dieser Gespräche waren^[37]

2010–2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik

Für die aktive und aggressive Rolle, die Mitarbeiter von BusinessEurope bei der Verwässerung der EU-Klimaziele spielten, wurde der mächtige Arbeitgeberverband im Jahr 2010 in der Kategorie Worst Climate Lobbying für die [Worst EU Lobbying Awards](#) nominiert. Offiziell unterstützte BusinessEurope damals die Notwendigkeit, den vom Menschen verursachten Klimawandel zu stoppen. Tatsächlich jedoch wurden bestehende EU-Pläne zur Verminderung von CO₂-Emissionen aktiv untergraben. Während die Industrielobbyisten vorgaben, im Interesse aller europäischen Unternehmen zu handeln, haben sie tatsächlich in erster Linie für die energieintensivsten Unternehmen der Öl-, Stahl- und Chemieindustrie Lobbyarbeit betrieben – und letztendlich eine effektive Klimapolitik auf EU-Level verhindert.^[38] Im Laufe der Jahre geriet BusinessEurope immer wieder für seine klimapolitische Position in die Kritik. Als der Konsumgüterkonzern Unilever 2014 seine Mitgliedschaft bei BusinessEurope beendete, nachdem der Verband im Vorjahr die EU-Kommission dazu aufgerufen hatte, sich in den Jahren nach 2020 auf lediglich ein umweltpolitisches Ziel im Energiebereich zu beschränken.^[39], wurde die Annahme laut, dass BusinessEurope mit seiner umweltpolitischen Ausrichtung auch verbandsintern auf Ablehnung gestoßen war^[40] 2015 forderten Investoren Firmen sogar dazu auf, aus „klimaunfreundlichen EU-Lobbygruppen“ auszutreten, BusinessEurope wurde als Beispiel für eine solche Lobbygruppe angeführt.^[41] Anhand eines internen Dokuments von BusinessEurope, das im September 2018 geleakt wurde, zeigt sich deutlich, dass der Verband noch immer aktive Lobbyarbeit gegen die EU-Klimaziele betreibt. In diesem Papier vom 13. September 2018 schlägt BusinessEurope seinen Mitgliedern verschiedene Strategien vor, um eine von der EU-Kommission angedachte Verschärfung der Klimaziele zu verhindern.^[42] Das Dokument wurde von verschiedenen Medien und Nichtregierungsorganisationen scharf kritisiert, so sagte zum Beispiel Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace: „Business Europe sabotiert selbst den zaghaftesten Versuch der EU, ihren Rückstand beim Klimaschutz aufzuholen.“^[43]

2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister

Nach der Einführung des gemeinsamen **Europäischen Transparenzregisters** von Parlament und Kommission 2011, trat im Januar 2015 eine überarbeitete Fassung inkraft. In der ersten Jahreshälfte 2016 wurde zur Verbesserung des bestehenden Lobbyregisters ein Konsultationsprozess eingeleitet, in dem Organisationen und selbstständige Einzelpersonen Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen könnten. Am 28.09.2016 stellte Frans Timmermans, damals Vizepräsident der Kommission, einen Vorschlag für ein neues Transparenzregister vor ^[44]. In der Folge konnte ein erster Teilerfolg schon im Dezember desselben Jahres errungen werden: Das EU-Parlament stimmte für die no registration, no meeting – Regel, die besagt, dass nur registrierte Lobbyisten sich mit Kommissaren und Kommissarinnen treffen können.

BusinessEurope vertrat gegenüber dem neuen Transparenzregister von 2016 eine skeptische Haltung. In einem Brief an Frans Timmermans vom 06.12.2016, der durch eine Anfrage unter dem Informationsfreiheitsgesetz ans Licht kam, stellt BusinessEurope's Generaldirektor Beyrer insgesamt zehn Forderungen ^[45]. Beyrer positioniert sich klar gegen die no registration, no meeting Regel und gegen ein rechtlich bindendes Lobbyregister. Darüber hinaus kritisiert er den Vorschlag, dass Non-Profit-Organisationen (wie BusinessEurope selbst) ihre Hauptgeldgeber offen legen sollen. ^[46].

2009–2018: Better Regulation

Im Rahmen der „Better Regulation“ - zu Deutsch: bessere Rechtssetzung - strebt die EU-Kommission nach eigener Aussage eine gezielte Regulierung aller Policy-Bereiche an, „die nicht weiter geht, als nötig, um Ziele zu erreichen und Vorteile bei minimalen Kosten zu erzielen“. ^[47] So initiiert die aktuelle EU-Kommission nur noch 25 neue Gesetze jährlich, bei der Vorgängerkommission waren es noch 150. ^[48]

Anhand offizieller Stellungnahmen, Pressestatements und offener Briefe lässt sich nachvollziehen, dass BusinessEurope sich seit 2009 aktiv für die „Better Regulation“ einsetzt, welche sie als unabdingbar für eine international wettbewerbsfähige EU bezeichnet. Die Argumentation: Durch eine „clevere“ Gesetzgebung würden Investoren angelockt und das Wachstum somit gefördert. ^[49] KritikerInnen hingegen betonen, dass die Mehrheit der EU-Gesetze Bürgerrechte und Umwelt schütze. Sie äußerten vermehrt die Befürchtung, dass die Europäische Kommission im Rahmen der „Better Regulation“-Agenda das Allgemeinwohl hinter die Interessen von Unternehmen zurückstellen könnte. ^{[50][51]}

Wie also funktioniert die „bessere Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue ExpertInnengremien geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. In der Theorie können über die REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Auch ein Vertreter von BusinessEurope sitzt im REFIT-Gremium ^[52]. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere

Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen.^[53] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten,^[54] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie BusinessEurope zu Gute.

Organisationsstruktur und Personal

BusinessEurope gehören 40 Mitgliedsverbände aus 35 Ländern an. Mitgliedsverbände aus Deutschland sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#). Präsident von BusinessEurope ist [Fredrik Persson](#), welcher zuvor Präsident des [Confederation of Swedish Enterprise](#) war, das ebenfalls Mitglied von BusinessEurope ist. Generaldirektor ist [Markus J. Beyrer](#), ehemaliger Generalsekretär der Vereinigung der Österreichischen Industrie (IV).^[8] (Stand: Juli 2023). Die Gesamtzahl der Beschäftigten liegt bei knapp 50.^[55]

BusinessEurope hat 7 politische Ausschüsse mit insgesamt 60 Arbeitsgruppen gebildet, deren Aufgabe es ist, die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben der EU auf die Wirtschaft zu untersuchen und zu bewerten. Die Stellungnahmen der Arbeitsgruppen werden als „position papers“ veröffentlicht. Die Mitarbeiter von BusinessEurope sollen dafür sorgen, dass die Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Auf der Webseite des Verbands sind die folgenden Publikationen abrufbar: Reports and studies, Position papers, Public letters, Facts and figures, Speeches, Press releases.

Neben den nationalen Verbänden, die BusinessEurope mit Ressourcen und Infrastruktur unterstützen, besteht noch eine sogenannte 'Corporate Advisory and Support Group'. Deren 69 Mitglieder, allesamt multinationale Konzerne von beachtlicher Größe, genießen innerhalb der Organisation einen besonderen Stellenwert. Ihre Mitglieder pflegen nicht nur intensive politische Kontakte auf höchster Ebene, sondern sind auch an allen 60 Arbeitsgruppen beteiligt, welche gemeinsame Positionen erarbeiten und erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung der gesamten EU ausüben.

Verbindungen

BusinessEurope ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [European Policy Centre](#) (EPC)
- [Centre for European Policy Studies](#) (CEPS)
- [Alliance for a Competitive European Industry](#), die 2004 von 11 einflussreichen europäischen Industrieverbänden gegründet wurde und sich für arbeitgeberfreundliche Sozialgesetzgebung einsetzt^[56]
- [Alliance for CSR](#), einer im Jahr 2006 von der EU Kommission ins Leben gerufenen informellen Arbeitsgruppe, die sich mit der Weiterentwicklung von Themen im Bereich [Corporate Social Responsibility](#) beschäftigt^[57]
- [European Services Forum](#) (ESF), einer Lobbyorganisation großer europäischer Dienstleister und ihrer Verbände
- [Kangaroo Group](#)

Finanzen

BusinessEurope legt seine Finanzierung nicht offen. Laut [EU-Transparenzregister](#) liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2021 zwischen 4 und rund 4,49 Millionen Euro.^[8]

Geschichte

Eine Reihe nationaler Arbeitgeberverbände gründete 1949 den europäischen Dachverband Conseil des Fédérations Industrielles d'Europe (CIFE). Innerhalb dieses Rahmenvertrags schlossen sich im selben Jahr die nationalen Industrieverbände aus den 6 Mitgliedsstaaten der späteren Montanunion (EGKS) zusammen. Aus dieser ging im März 1958 die "Union des industries de la communauté européenne" (UNICE) hervor, die am 23. Januar 2007 in BusinessEurope umbenannt wurde.^[58]

Weiterführende Informationen

- [BusinessEurope](#) Eintrag auf [lobbyfacts.eu](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [BusinessEurope auf lobbyfacts.eu](#) lobbyfacts.eu, abgerufen am 11.07.2023
2. ↑ [Business lobbies dominate secret channel to influence Council](#), corporateeurooe.org vom 13.07.2021, abgerufen am 16.11.2021
3. ↑ [BusinessEurope](#), influence.map, ,abgerufen am 15.11.2021
4. ↑ [Mission and Priorities](#), business europe.com, abgerufen am 02.09.2016
5. ↑ [Commission Meetings](#), integritywatch.eu, abgerufen am 15.11.2021
6. ↑ [Brussels' most powerful lobbyist? Step forward BusinessEurope](#) corporateeurope.org am 21.11.17, abgerufen am 20.11.18
7. ↑ [So wollen Lobbyisten strengere Klimaziele verhindern](#), sueddeutsche.de vom 19.09.2018, abgerufen am 15.11.2021
8. ↑ ^{8,08,18,28,3} [BUSINESSEUROPE](#), ec.europa.eu, abgerufen am 14.11.2021
9. ↑ [The revolving door: greasing the wheels of the TTIP lobby](#), abgerufen am 19.09.2016
10. ↑ [European Business Summit](#) abgerufen am 13.11.18
11. ↑ [European Business Summit: Consolidating Corporate Power](#), Corporate Europe Observer im Oktober 2017, abgerufen am 20.11.18
12. ↑ [European Business Summit Events](#) abgerufen am 14.11.18
13. ↑ [Speakers](#), businesseuropeday.eu, abgerufen am 17.11.2021
14. ↑ ^{14,014,114,214,3} [Fein Raus](#) corporatejustice.org vom Juni 2022, abgerufen am 06.12.2022
15. ↑ Schreiben von BusinessEurope an das Legal Affairs Committee vom 21.01.2021, abrufbar [hier](#)

16. ↑ Brief von BusinessEurope an Macron vom 24.01.2021 abrufbar [hier](#)
17. ↑ Schreiben von BusinessEurope an von der Leyen vom 01.02.2022, abrufbar [hier](#)
18. ↑ ^{18,018,118,2} [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 03.11.2022
19. ↑ [JEFTA: Ein exklusiver Handel zwischen EU-Unterhändlern und Großkonzernen](#), Corporate Europe Observatory am 29.05.2018, abgerufen a, 08.10.2018
20. ↑ [EU-Japan summit on 25 March 2013 – Letter from Markus J. Beyrer to José Manuel Barroso](#), BusinessEurope, abgerufen am 08.10.2018
21. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 09.10.2018
22. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
23. ↑ [BusinessEurope and Keidanren hold the 6th sector-to-sector meeting](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
24. ↑ [Joint Release – EU-Japan: Sixth sector-to-sector meeting held in Brussels](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
25. ↑ [JEFTA-Analyse: Konzernlobbyisten bekommen Einfluss auf Gesetze](#), LobbyControl, abgerufen am 10.10.2018
26. ↑ [Who lobbies most on TTIP?](#), Artikel vom 8. Juli 2014, Webseite coporateeurope, abgerufen am 12.08.2014
27. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
28. ↑ [European Commission, BE-Chamber paper on a Regulatory cooperation component to an EU-US economic agreement \(TRADE internal assessment of relevance for EU-US Trade negotiations\)](#), 12 November 2012, abgerufen am 20.09.2016
29. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Letterto Daniel Mullaney, Re: Docket USTR-2012-0001, US Chamber of - BusinessEurope submission to the Federal Register Notice on the US-EU High-Level Working Group on Jobs and Growth, 2 February 2012](#), abgerufen am 20.09.2016
30. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Transatlantic Trade and Investment Partnership \(TTIP\), 2014](#), abgerufen am 20.09.2016
31. ↑ [European Commission, TTIP – EU proposal](#), abgerufen am 20.09.2016
32. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
33. ↑ [Joint Statment: High expectations for 14th round – EU and US must deliver now on TTIP](#), abgerufen am 08.08.2016
34. ↑ [Handelsgespräche aufgenommen](#), Bundesregierung am 11. September, abgerufen am 26.09.2018
35. ↑ [<https://www.politico.eu/article/donald-trump-eu-eye-trade-low-hanging-fruit/> A new approach to EU-US trade: Less is more], Politico am 19.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
36. ↑ [<https://www.politico.com/newsletters/morning-trade/2018/09/11/us-eu-playing-the-short-medium-and-long-game-on-trade-335952> U.S., EU playing the short, medium and long game on trade], Politico am 11.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
37. ↑ [Proposals for EU-US-regulatory cooperation](#), foeeurope.org, abgerufen am 20.11.18
38. ↑ [BusinessEurope: Worst Climate Lobbying](#), worstlobby.eu, abgerufen am 31.05.2012
39. ↑ [Es geht nicht nur um Klimaschutz! Der Vorschlag von BusinessEurope für die europäische Energie- und Umweltpolitik im Jahr 2030 greift zu kurz](#), Umweltforsch vom 1.Juli 2013, abgerufen am 25.9.2018
40. ↑ [Unilever quits BusinessEurope following tensions over lobby group's stance on environment & climate change](#), Business Humanrights am 26.08.2014, abgerufen am 25.09.2018
41. ↑ [Investors urge businesses to quit climate-unfriendly EU lobby groups](#), Climate Home News vom 02.09.2015, abgerufen am 25.09.2018

42. ↑ [BusinessEurope memo on EU climate ambition](#), BusinessEurope am 13.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
43. ↑ [Greenpeace: Industrie-Lobby will strengere EU-Klimaziele torpedieren](#), Greenpeace vom 19.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
44. ↑ [\[1\]](#), Europäische Kommission, abgerufen am 12.11.18
45. ↑ [Briefwechsel Timmermanns Beyrer](#), asktheeu.org, abgerufen am 12.11.18
46. ↑ [Secrecy and privileged access on the menu for annual gathering of commissioners and Big Business](#), Alter-EU, abgerufen am 12.11.18
47. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 28.09.2018
48. ↑ [Die selbstverordnete Bürokratie-Entschlackungskur](#), deutschlandfunk am 12.06.2018, abgerufen am 28.09.2018
49. ↑ [Better Regulation](#), BusinessEurope, abgerufen am 28.09.2018
50. ↑ [Better Regulation Watchdog](#) Better Regulation Watchdog, abgerufen am 01.10.2018
51. ↑ [How the European Union is doing the job of big businesses](#), Corporate Europe im Februar 2016, abgerufen am 01.10.2018
52. ↑ [Mitglieder der REFIT-Plattform – Gruppe der Interessenträger](#), Europäische Kommission, abgerufen am 09.11.18
53. ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
54. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
55. ↑ [History](#), businesseurope.eu, abgerufen am 11.07.2023
56. ↑ [Alliance for a Competitive European Industry](#), businesseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
57. ↑ [Alliance for CSR](#), businesseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
58. ↑ [BusinessEurope](#), PowerBase, abgerufen am 31.05.2012

Einfluss auf die Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung

Weiterleitung nach:

- [Einfluss auf die Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung](#)

Sigmar Gabriel

Sigmar Hartmut Gabriel (* 12. September 1959 in Goslar) ist ein ehemaliger deutscher Politiker, Vizekanzler, Bundesumwelt-, Wirtschafts-, sowie Außenminister (**SPD**). Nach seiner politischen Laufbahn wurde Gabriel als Berater und Lobbyist tätig. Dort stellt er sein politisches Know-How und seine Netzwerke in den Dienst diverser Akteure aus Industrie und Bankwesen, sowie politischer Strategiebüros und Denkfabriken.

Bereits in seiner Funktion als Bundeswirtschaftsminister haben seine Entscheidungen für Kontroversen gesorgt, darunter die Ministererlaubnis für die vom Kartellamt untersagte Edeka-Tengelmann Fusion. In

seiner Zeit als Bundesumweltminister galt er als wirtschaftsnah, so dass Umweltexperten wie Wolfhart Dürschmidt und Abgeordnete, wie Marco Bülow „den Anfang vom Ende einer erfolgreichen Klimaschutzpolitik in Deutschland mit dem Amtseintritt von Sigmar Gabriel als Bundesumweltminister 2005“ datieren.^[1]

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Durch seine lange Tätigkeit in politischen Funktionen hat der Minister a. D. ein breites Netzwerk an Kontakten. Dieses ist für Akteure aus der Privatwirtschaft attraktiv um ihren Belangen Gehör in Regierungskreisen verschaffen. Für sein Auftreten nach Amtsausstieg

geriet Gabriel wiederholt in die Kritik: Für Beratertätigkeiten, wie etwa für die Tönnies Holding^[2]; wegen seines nach Karriereende kurzfristigen [Seitenwechsels](#) zur [Deutschen Bank](#)^[3]; oder aufgrund seiner Auftritte bei intransparenten Abendessen gemeinsam mit Mandats- träger:innen und Vertreter:innen der Rüstungs- und Automobilindustrie.^[4] Im Mai 2025 soll Gabriel in den Aufsichtsrat des Rüstungskonzerns Rheinmetall gewählt werden.^[5]



Sigmar Gabriel (2018)

Gabriels zahlreiche [Seitenwechsel](#) zeigen die Notwendigkeit einer starken [Karenzzeitregelung](#).^[6]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	85
1.1 Tätigkeiten für die Wirtschaft	85
1.2 Politische Laufbahn	85
1.3 Akademischer Werdegang	86
2 Lobbytätigkeiten nach Politikausstieg	86
2.1 2024/2025: Rheinmetall	86
2.2 2022: thyssenkrupp	86
2.3 2020: Deutsche Bank	86
2.4 2020: Tönnies Holding	87
2.5 2020: Siemens	87
3 Kontroversen während der politischer Laufbahn	88
3.1 2015-2017: Treffen mit Gazprom und der Nord Stream AG	88
3.2 2015: Abmilderung der Klimaabgabe	89
3.3 2015: Edeka-Tengelmann Fusion	89

3.4 2014: CETA-Kontroverse um private Schiedsgerichte	90
3.5 2003: VW - Affäre	90
4 Zitate	90
5 Weiterführende Informationen	90
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	91
7 Einzelnachweise	91

Karriere

Tätigkeiten für die Wirtschaft

- Im Mai 2025 soll Gabriel in den Aufsichtsrat von Rheinmetall gewählt werden.^[7]
- seit 02/2022 Geopolitischer Berater bei der [Brunswick Group](#)^[8]
- seit 2020 Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy^[9]
- seit 05/2020 Mitglied des Aufsichtsrats und des Integritätsausschusses im Aufsichtsrat der [Deutschen Bank](#)^[10]
- seit 2019 „Senior Advisor“ beim Politikberatungsunternehmen [Eurasia Group](#)^[11]
- 04/2022-08/2024 Aufsichtsratsvorsitzender von [Thyssenkrupp Steel Europe](#)^[12]
- 02/2020-05/2020 Berater für die [Tönnies Holding](#)^[13]
- seit 05/2019 Schirmherr des Arbeitgebersiegels "TOP JOB" vom Zentrum für Arbeitgeberattraktivität (Zeag GmbH) ^[14]
- seit 03/2019 Mitglied im Beirat vom Wirtschaftsprüfungsunternehmen [Deloitte](#)^[15]
- 06/2018-03/2020 Publizistische Tätigkeit für die [Holtzbrinck-Verlagsgruppe](#)^[16]
- seit 2018 Gesellschafter des Berliner Beratungsunternehmens [VIB – International Strategy Group](#)^[17]
- seit Mai 2018 Mitglied des Kuratoriums der [International Crisis Group](#)^[18]
- 2003-2004 Geschäftsführer und Gesellschafter der Communication, Network, Service GbR CoNeS), welche die Volkswagen AG zur europäischen Industriepolitik beriet. Zu dieser Zeit war Gabriel Fraktionsvorsitzender der SPD im Niedersächsischen Landtag^[19]

Politische Laufbahn

- seit 2019 Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)^[20] und Mitglied der [Trilateralen Kommission](#)^[21] sowie des [European Council on Foreign Relations](#)^[22]
- 2017-2018 Bundesminister des Auswärtigen
- 2013-2017 Bundesminister für Wirtschaft und Energie
- 2009-2017 SPD Bundesvorsitzender
- 2005-2009 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- 2003-2005 Stellvertretender Vorsitzender der SPD Niedersachsen, sowie Amt des *Beauftragten für Popkultur und Popdiskurs der SPD*
- 1999-2003 Ministerpräsident Niedersachsen
- 1977-1999 Kommunal- und Landespolitik Niedersachsen
- 1976-1987 Jugendfunktionär bei den Falken

Akademischer Werdegang

- 1989 Abschluss des Referendariats mit dem zweiten Staatsexamen
- 1987 Abschluss mit dem ersten Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien
- 1982-1987 Studium der Fächer Germanistik, Politik und Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen
- 1979-1981 Soldat auf Zeit (letzter Dienstgrad Obergefreiter) in einer Radareinheit der Luftwaffe
- 1979 Abitur
- 1976 Mittlere Reife

Lobbytätigkeiten nach Politikausstieg

2024/2025: Rheinmetall

Gabriel wurde für den Aufsichtsrat nominiert. Im Mai 2025 soll die Hauptversammlung dies bestätigen. ^[23]

2022: thyssenkrupp

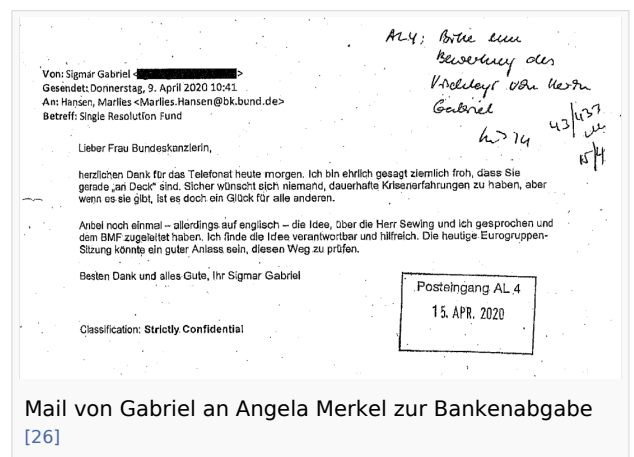
Am 7. April 2022 wurde Gabriel zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates beim Stahlkonzern [thyssenkrupp Steel Europe AG](#) gewählt. ^[24]

Am selben Tag telefonierte er mit Jörg Kukies, dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Thema: „ThyssenKrupp/Herrenknecht“. Bei weiteren sechs Telefonaten und einem Treffen ging es um die Stahlindustrie, Grünen Stahl, den EU-Emissionshandel, Stahlindustrie-Wiederaufbau in der Ukraine und Energiekosten in Deutschland. Bei zwei Treffen mit Bundeskanzler Scholz im Juli und Dezember 2022 wurde „allgemeiner Austausch“ vermerkt, genauso beim Treffen mit Bundesminister Habeck im Dezember 2022. Ein Telefonat mit Staatssekretär Udo Philipp (BMWK) im April 2023 hatte „Beihilfen des Bundes für Thyssenkrupp Steel Europe AG“ zum Thema. ^[25]

Am 29.08.2024 hat Sigmar Gabriel mitgeteilt, dass er sein Mandat als Vorsitzender des Aufsichtsrats der thyssenkrupp Steel Europe AG fristgerecht niedergelegt hat und aus dem Aufsichtsrat ausscheiden wird.

2020: Deutsche Bank

2020 wurde Gabriel Mitglied des Aufsichtsrats sowie des Integritätsausschusses des Aufsichtsrats der [Deutschen Bank](#). Diese steht seit Jahren in der Kritik für ihre z.T. riskanten und unsauberen Geschäftspraktiken und hat in diesem Kontext seit 2012 in Europa und in den USA weit mehr als zehn Milliarden Euro an Schadenersatz und Strafen zahlen müssen. Gabriels eigentliche Rolle im Aufsichtsrat ist es zu überwachen, ob der Vorstand sich an alle geltenden Gesetze sowie bankinterne Regeln hält. ^[27] Entgegen dieser eigentlich klar definierten Rolle, habe der Minister a.D. laut der Süddeutschen Zeitung jedoch ein „falsches Amtsverständnis“ zu Tage gelegt. Denn Gabriel habe laut Recherchen des Medienhauses im Kanzleramt dafür geworben, die sogenannte europaweite Bankenabgabe befristet auszusetzen, um die



deutsche Wirtschaft weiter mit Krediten versorgen zu können. Dem Schreiben lag eine Argumentationshilfe der Deutschen Bank bei, zu der Gabriel schrieb: „*Ich finde die Idee verantwortbar und hilfreich*“.^[28] Nach Auffassung von SZ-Autorin Meike Schreiber belege dieses Vorgehen die Lobbytätigkeit des Ex-Ministers für den Konzern, ein Agieren, für das er nicht offiziell angestellt wurde.^[29] Gabriel erhält jährlich 166.000 Euro als Aufsichtsrat bei der Deutschen Bank.^[26]

2020: Tönnies Holding

Für die **Tönnies Holding**, Deutschlands größtem Schlachtbetrieb für Schweine, war Gabriel von März bis Ende Mai 2020 als Berater tätig. Der Außenminister a.D. Gabriel wurde vom Unternehmen angestellt um seine Kontakte, insbesondere die aus dem chinesischem Raum zur Verfügung zu stellen. Dabei ging es auch um wertvolle Exportlizenzen.^[30] Für seine Beratertätigkeit erhielt Gabriel 10.000 Euro monatlich, zuzüglich eines vierstelligen Honorars je Reisetag.^[31]

Kritisch ist Gabriels Tätigkeit unter dem Aspekt, dass er schon zuvor in seiner Funktion als Wirtschaftsminister mit **Tönnies** zu tun hatte. Im Jahr 2015 hatte Gabriel die Arbeitsbedingungen in der Fleischverarbeitungsindustrie noch als „*Schande für Deutschland*“ bezeichnet. Infolgedessen wurde Gabriel persönlich von **Clemens Tönnies** durch den Firmenstandort in Rheda-Wiedenbrück geführt. Anschließend wurde von einer gesetzlichen Regulierung abgesehen. Lediglich eine freiwillige Selbstverpflichtung von **Tönnies** und einigen weiteren Unternehmen der Fleischindustrie kam zustande. Diese wurde parteiübergreifend als wirkungslos bezeichnet. Die F.A.Z berichtete in diesem Kontext über ein Schreiben des Firmenmitedigentümers **Robert Tönnies**, in dem er vor einem „*Imageschaden*“ für das Unternehmen warnt, da Gabriels Beratervertrag als „*nachträgliche Belohnung*“ für den Minister aufgefasst werden könnte.^[32] Gabriel beendete seinen Vertrag mit **Tönnies** Ende Mai 2020 mit der Begründung, er müsse sich einer komplizierten Operation unterziehen und könne deshalb die Tätigkeit nicht fortführen. Zu diesem Zeitpunkt stand die Fleischindustrie auch bereits wegen Corona-Ausbrüchen in der Kritik. Andere Beraterverträge kündigte Gabriel nicht.^[33]

2020: Siemens

Während seiner politischen Laufbahn hatten Gabriel und **Siemens** viele Berührungspunkte, seit 2020 sitzt er im Aufsichtsrat von Siemens Energy.^[34] Bereits im Jahr 2014 hatte sich Gabriel in seiner Rolle als Wirtschaftsminister für einen Teilverkauf von **Alstom** an **Siemens** stark gemacht.^[35] Obwohl dieser Deal damals nicht zustande kam, ist Gabriels Engagement in der Sache aus späterer Sicht interessant. Dieser wurde nach seinem Ausscheiden aus der Politik nämlich für den Verwaltungsrat des (erneut) geplanten Fusionsunternehmens Siemens-Alstom nominiert. Kritiker bemängelten dabei, dass Gabriels Unterstützung für den Siemens-Konzern bei der Vergabe des Postens eine Rolle gespielt haben könnte: Ob bei dem beschriebenen Fusionsdeal, oder etwa als der Konzern den größten Auftrag in seiner Geschichte mit der Lieferung von Kraftwerkstechnik nach Ägypten ergatterte und sich anschließend ausdrücklich bei Gabriel dafür bedankte - Gabriel und **Siemens** Chef **Joe Kaiser** standen damals in engem Kontakt.^[36] LobbyControl konstatierte damals, es gelte den Anschein zu vermeiden, dass sich **Siemens** bei Gabriel dankbar zeige: „*Der Ex-Minister sollte zumindest eine 18-monatige Karenzzeit einhalten*“.^[36] Nachdem die EU Kommission die Fusion der beiden Unternehmen untersagt hatte, war konsequenterweise auch Gabriels Aufsichtsratsposten vom Tisch.^[37] 2020 wurde er dann jedoch in den Aufsichtsrat der **Siemens** Tochter, Siemens-Energy, berufen.^[38]

Kontroversen während der politischer Laufbahn

2015-2017: Treffen mit Gazprom und der Nord Stream AG

Recherchen von Correctiv zufolge hat Gabriel eine zentrale Rolle dabei gespielt, die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas zu zementieren. So war dieser ein prominenter Gast beim **Deutsch-Russischen Rohstoff-Forum** und pflegte Beziehungen zum **Seitenwechsler Heino Wiese**, dessen Karriere von der Landespolitik für die SPD zum russischen Honorarkonsul reichte. Dieser sollte einmal über Gabriel gesagt haben: „*Den habe ich beim Thema Russland bearbeitet.*“^[39] Eine Anfrage der Linken im Bundestag im Dezember 2017 hatte zudem ergeben, dass Wirtschaftsminister Gabriel sich im Zeitraum 2015-2017 insgesamt 16 mal mit Vertretern von **Gazprom** und der **Nord Stream AG** getroffen hatte.^[40] Konkret traf Gabriel als Bundeswirtschaftsminister sechs Mal auf den Gazprom-Chef **Alexej Miller**, sieben Mal auf **Matthias Warnig**, den Geschäftsführer der **Nord Stream 2 AG**, und einmal auf **Gerhard Schröder**.^[41] Bei einem Gespräch Gabriels mit Miller am 29. Oktober 2015 in Moskau war auch Putin anwesend, der sich für dieses Treffen außergewöhnlich viel Zeit genommen habe. Zwischen Warnig und Gabriel sind drei weitere Treffen für dessen Zeit als Außenminister dokumentiert.^[42] Zumeist soll es bei diesen Treffen um Nord Stream 2 und die Erweiterung der Pipeline gegangen sein. Das Projekt, welches 2022 aufgrund des russischen Angriffes auf die Ukraine gestoppt wurde, stand bereits 2014 aufgrund der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland unter heftiger Kritik. 2022 räumte Gabriel ein, dass man strategische Fehler gemacht habe und früher Energiezulieferverträge diversifizieren hätte müssen, um eine Abhängigkeit von russischem Gas zu vermeiden.^[43]

Diese Abhängigkeit hatte Gabriel - unter anderem mit der Absegnung eines folgenschweren Deals - besiegelt. Wie das Politmagazin "Monitor" berichtete, erhielt bei diesem Deal **BASF** Anteile an sibirischen Gasfeldern, während der russische Staatskonzern **Gazprom** die Kontrolle über das deutsche Gasunternehmen Wingas übernahm. Dieser Asset-Tausch wurde zwar aufgrund der Krim-Krise vorerst auf Eis gelegt. Doch bereits ein Jahr nach der Krim-Annexion auf Drohungen des russischen Energieministers wieder aufgetaut. Auch eine persönliche Mail an Minister Gabriel des **BASF** Vorstandschefs **Kurt Bock** räumte Zweifel aus. Gabriel leistete Bocks Bitte Folge und vermerkte handschriftlich: "*Ich unterstütze den Antrag*". Die Genehmigung wurde auf dem kurzen Dienstweg beschlossen und an den **BASF**-Chef per persönlichem Brief übermittelt. Darüber hinaus erteilte Gabriel für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe.^[44]

Das Recherchenetzwerk Correctiv zeigte sich gegenüber Gabriels Position irritiert: Entgegen der Forderungen aus Wirtschaft und Industrie hätten dem Ministerium zu diesem Zeitpunkt bereits Gutachten vorgelegen, deren Prognosen zeigten, dass die Übergabe der Kontrolle dieser Versorgungsstrukturen an Gazprom diesen „*Tür und Tor öffnet, das Land lahm zu legen*“. Die Folgen dieser selbst geschaffenen Abhängigkeit zeigten sich angesichts wachsender Spannungen mit dem autoritären Regime unter dem russischen Präsidenten Putin: Schon im Winter 2021/22 füllte der staatliche Gaskonzern Gazprom seine Speicher in Deutschland nicht ausreichend.^[45] Laut Correctiv war auch 2022 noch nicht transparent welche Konzernteile damals Teil des Tauschgeschäfts waren. Im Juli 2022 hielt das Wirtschaftsministerium noch wichtige Dokumente unter Verschluss, teils mit dem Verweis, dass vorerst Gazproms Interessen abgefragt werden müssten.^[46]

2015: Abmilderung der Klimaabgabe

2015 geriet der Wirtschaftsminister Gabriel in die Kritik für seine Entscheidung, die Klimaabgabe für alte Kohlekraftwerke abzumildern. Laut dieser Entscheidung sollten Kohlekraftwerke nur 16 Millionen Tonnen CO₂ bis zum Jahr 2020 einsparen, deutlich weniger als die zuvor geforderten 22 Millionen.^[47] Nachdem ein ambitionierter Aufschlag des Wirtschaftsministeriums von Vertretern der Kohleindustrie, sowie führenden CDU Politikern heftig kritisiert wurde, erklärte Gabriel das Instrument anzupassen. Greenpeace Experte Karsten Smidt kritisierte damals, dass die Kohle-Abgabe ohnehin nicht besonders ehrgeizig sei, sondern das absolute Minimum, um das 40-Prozent-Ziel zu schaffen: *"Wer diese Vorschläge verwässert, rüttelt am deutschen Klimaschutzziel"*^[48]. Obwohl auch Wissenschaftler:innen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gemahnt hatten an der Klimaabgabe festzuhalten, rückte Gabriel nach *"Widerstand von Energieversorgern, Gewerkschaften und Ländern mit Kohlekraftwerken"* letztlich von der Klimaabgabe ab.^[49]

2015: Edeka-Tengelmann Fusion

Im Fall Edeka-Tengelmann hatte Gabriel einen zuvor vom Kartellamt untersagten Verkauf von 450 **Tengelmann** Filialen an die **Edeka** per Ministererlaubnis genehmigt und wurde dafür scharf kritisiert. Insbesondere die **REWE Group** kritisierte damals das Vorgehen, da auch sie ein Angebot vorgelegt hatte, jedoch nicht berücksichtigt wurden und vom Minister keinen Gesprächstermin erhielt.^[50] Der Eigner von **Tengelmann Karl-Erivan Haub** hingegen hatte sich bereits frühzeitig und vehement für einen Termin bei Gabriel eingesetzt. Darüber hinaus war die Lobbyagentur **EUTOP** von **Edeka** beauftragt worden, sich in der Politik für eine Unterstützung der Fusion einzusetzen. Bei Kontakten zum **Bundeswirtschaftsministerium** kann sich **EUTOP** auf die Beziehungen ihres Geschäftsführers **Detlef Dauke** stützen, der bis Frühjahr 2015 Abteilungsleiter für Innovations-, IT- und Kommunikationspolitik im **BMW** war.^[24] Am 1. Dezember 2015 traf sich Gabriel nacheinander mit den Chefs von **Edeka** und **Tengelmann** – jedoch ohne Protokoll. Die Tagesschau bewertete diese Vorgänge als „merkwürdig“, da in der sonstigen Arbeit des Ministeriums das dokumentarische Protokollieren gang und gäbe gewesen sei.^[51]

Die Monopolkommission war nach genauer Prüfung des Sachverhalts schließlich zu dem Ergebnis gekommen, dass *"die mit dem Zusammenschlussvorhaben einhergehenden nachteiligen Wettbewerbsbeschränkungen nicht mit hinreichender Sicherheit durch Gemeinwohlvorteile ausgeglichen"* würden. Dies sei aber für die Erteilung der Ministererlaubnis notwendige Bedingung.^[52] Nach Klagen der Wettbewerber **Norma**, **Markant** und **Rewe** hob das Oberlandesgericht Düsseldorf 2016 die Ministererlaubnis auf – ihre Unrechtmäßigkeit wurde damit begründet, dass Gabriel „geheime Gespräche“ geführt habe und somit eine *"gleichmäßige Einbeziehung und Information aller Verfahrensbeteiligten"* unterlassen habe.^[53] Erst durch das Einschreiten des Alt-Kanzlers **Gerhard Schröder** konnte ein Interessenausgleich geschaffen und somit die Klage gegen Gabriel fallen gelassen werden. Die umstrittene, zunächst als unrechtmäßige erklärte Ministererlaubnis wurde somit zuletzt doch bestandskräftig.^[54] Der damalige Vorsitzende der Monopolkommission bezeichnete die Übernahme von **Tengelmann** durch **Edeka** als die *"schlechteste aller denkbaren Varianten"*^[55] und trat aus Protest gegen Gabriels Vorgehen 2016 von seinem Posten zurück.^[52]

2014: CETA-Kontroverse um private Schiedsgerichte

Im November 2014, geriet Gabriel im Rahmen der Verhandlungen um das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Canada (CETA) in die Kritik, da er das Abkommen inklusive des sogenannten [Investorenschutzes durch private Schiedsgerichte](#) verabschieden wollte. Dieser Mechanismus wurde wenige Wochen zuvor in einem Positionspapier der SPD noch kritisiert.^[56] Auch Gabriel selbst hatte zuvor proklamiert, dass man Sondergerichte zwischen *"entwickelten Rechtsstaaten"* nicht brauche.^[57] Ein im Mai 2016 öffentlich gewordenes, inoffizielles Arbeitsdokument zeigt, dass das Wirtschaftsministerium durchweg an privaten Schiedsgerichten festgehalten hatte und sogar deren Ausbau anstrebte. Dies wurde von der Journalistin Petra Pinzler in der Zeit als *"Trickserei"* kritisiert, da die öffentlichen Aussagen des Ministeriums nicht mit der internen Strategie übereinstimmten. Die Autorin setzte die Entscheidungen zur Förderung privater Schiedsgerichte mit der Lobbyarbeit großer Industrieverbände, wie z.B. [Business Europe](#) in Verbindung.^[58]

2003: VW - Affäre

2003, als Gabriel Fraktionsvorsitzender der SPD Niedersachsen war, hielt er Beteiligungen an dem Beratungsunternehmen Communication, Network, Service GbR (CoNeS). An der CoNeS war Gabriel zunächst mit 75 Prozent und später mit 25 Prozent beteiligt.^[59] Offiziell beriet Gabriel für CoNeS die [Volkswagen AG](#) zwischen Herbst 2003 und Ende 2004 in Fragen der europäischen Industriepolitik. CoNeS soll dafür zwischen 130 000 - 150 000 Euro erhalten haben.^[60] Laut einem Bericht der Welt wies das Betriebsergebnis 2004 für Gabriel einen Gewinnanteil aus der Beteiligung in Höhe von rund 27 000 Euro aus.^[61] Ende September 2004 beendete er das Engagement bei CoNeS und beteuerte keinen Cent aus dem Unternehmen erhalten zu haben.^[62] Eine Klage mit den Vorwürfen der *"Verschleierung einer illegalen Scheintätigkeit für VW, Meineid und ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung des niedersächsischen Landtages"*^[63], die zwei Jahre später gegen Gabriel aufgrund dieser Tätigkeit erhoben wurde, scheiterte an mangelnder Beweislage.^[64] Obgleich Gabriel rechtlich nicht belangt wurde, gab es an der Tätigkeit Kritik. So stellte der ehemalige niedersächsische Landtagspräsident Gansäuer die Frage zu der Affäre: *"Warum vergibt ein Weltkonzern einen hochdotierten Auftrag mit der Thematik ‚Europäische Industriepolitik an eine 2-Mann-Firma, die Gabriel gehört?'"*^[65]

Zitate

"Meine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat von Rheinmetall soll als Beitrag dazu verstanden werden, offensiv mit der Notwendigkeit einer starken und leistungsfähigen Verteidigungsindustrie in Deutschland und Europa umzugehen" Die Bundeswehr müsse wieder verteidigungs- und damit kriegstauglich gemacht werden.^[66]

Kurz nach seinem Ausscheiden als Außenminister und Vizekanzler im März 2018 hatte er gegenüber "Bild am Sonntag" erklärt^[67]

"Man soll nicht an Türen klopfen, hinter denen man selbst mal gesessen hat."

Weiterführende Informationen

Die Lobbyaktivitäten des Sigmar Gabriel, [abgeordnetenwatch.de](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Götze & Joerres (2020): Die Klimaschutzlobby, EAN 978-3-492-31502-9, S.151
2. ↑ Sozialdemokrat Gabriel beriet Fleischmogul Tönnies, daserste.ndr.de vom 02.07.20, abgerufen am 12.07.2022
3. ↑ Gabriel fehlt das Fingerspitzengefühl, sueddeutsche.de vom 27.01.2020, abgerufen am 12.07.2022
4. ↑ Die Lobbyaktivitäten des Sigmar Gabriel, abgeordnetenwatch.de vom 10.10.2021, abgerufen am 12.07.2022
5. ↑ Gabriel kontrolliert bald Panzer, sueddeutsche.de vom 06.12.2024, abgerufen am 07.12.2024
6. ↑ Lobbyreport 2021, S. 32f
7. ↑ Gabriel kontrolliert bald Panzer, sueddeutsche.de vom 06.12.2024, abgerufen am 07.12.2024
8. ↑ Gabriel berät für Brunswick., politik-kommunikation.de vom 14. Februar 2022, abgerufen am 13.09.2022
9. ↑ Siemens Energy Aufsichtsratsmitglieder, siemens-energy.com, abgerufen am 13.09.2022
10. ↑ Sigmar Gabriel wird Aufsichtsrat der Deutschen Bank sueddeutsche.de vom 24.01.2020, abgerufen am 13.09.2022
11. ↑ Sigmar Gabriel nimmt Job bei US-Beratungsunternehmen an. zeit.de vom 12.11.2019, abgerufen am 13.09.2022
12. ↑ Gabriel wird neuer Aufsichtsratschef von Thyssenkrupp Steel Europe. faz.net vom 7. April 2022, abgerufen am 13.09.2022
13. ↑ Sigmar Gabriels Beratertätigkeit bei Tönnies entsetzt SPD. spiegel.de vom 02.06.2020, abgerufen am 13.09.2022
14. ↑ Sigmar Gabriel wird Schirmherr des Arbeitgebersiegels "Top Job"topjob.de vom 06.05.2019, abgerufen am 13.09.2022
15. ↑ Ex-Minister Gabriel hat neuen Nebenjob. spiegel.de vom 27.03.2019, abgerufen am 13.09.2022
16. ↑ Wechsel zu Holtzbrinck: Sigmar Gabriel wird Journalist faz.net vom 27.06.2018, abgerufen am 13.09.2022
17. ↑ Faymann und Sigmar Gabriel starten gemeinsame Firma. kurier.at vom 07.11.2018, abgerufen am 13.09.2022
18. ↑ Gabriel übernimmt Posten in Denkfabrik für Krisenbewältigung. wiwo.de vom 25.05.2018, abgerufen am 13.09.2022
19. ↑ VW Affäre - Strafanzeige gegen Minister Gabriel welt.de vom 24.11.2005, abgerufen am 13.09.2022
20. ↑ Vorstandsmitglieder atlantik-bruecke.org, abgerufen am 13.09.2022
21. ↑ Trilateral Commission Membership List. http://trilateral.org, abgerufen am 13.09.2022
22. ↑ ECFR Council Membership. ecfr.eu, abgerufen am 13.09.2022
23. ↑ sigmar-gabriel-spd-aufsichtsrat-rheinmetall zeit.de vom 05.12.2024, abgerufen am 11.12.2024
24. ↑ Sigmar Gabriel zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt, thyssenkrupp.com vom 07.04.2022, abgerufen am 15.11.2023

25. ↑ [Wie S. Gabriel einem Milliardenkonzern die Tür zur Bundesregierung öffnete](#), abgeordnetenwatch.de vom 29.09.2023, abgerufen am 15.11.2023
26. ↑ ^{26,026,1} [Sigmar Gabriel lobbyierte bei Merkel für die Deutsche Bank](#) abgeordnetenwatch.de vom 07.09.2021, abgerufen am 14.09.2022
27. ↑ [Gabriel fehlt das Fingerspitzengefühl](#) sueddeutsche.de vom 27.01.2020, abgerufen am 14.09.2022
28. ↑ [Sigmar Gabriel lobbyierte bei Merkel für die Deutsche Bank](#) abgeordnetenwatch.de vom 07.09.2021, abgerufen am 14.09.2022
29. ↑ [Falsches Amtsverständnis](#) sueddeutsche.de vom 09.09.2021, abgerufen am 14.09.2022
30. ↑ [Die Kunst des Ausschachtens](#) faz.net vom 02.07.2020, abgerufen am 14.09.2022
31. ↑ [Sozialdemokrat Gabriel beriet Fleischmogul Tönnies](#) daserste.ndr.de vom 02.07.2020, abgerufen am 14.09.2022
32. ↑ [Die Kunst des Ausschachtens](#) faz.net vom 02.07.2020, abgerufen am 14.09.2022
33. ↑ [Gabriels Geschäfte](#) spiegel.de vom 02.07.2020, abgerufen am 14.09.2022
34. ↑ [Supervisory Board of Siemens Energy AG](#) siemens-energy.com, abgerufen am 06.10.2022
35. ↑ [Viel Kritik an Sigmar Gabriels Wirtschaftsjob](#) rundschau-online.de vom 17.05.2018, abgerufen am 13.09.2022
36. ↑ ^{36,036,1} [Gabriels streitbarer Seitenechsel](#) welt.de, vom 16.05.2018, abgerufen am 06.10.2020
37. ↑ [EU Kommission untersagt Zug-Fusion](#) tageschau.de vom 10.05.2019, abgerufen am 06.10.2020
38. ↑ [Ex-SPD-Chef Gabriel wird Aufsichtsrat von Siemens Energy](#) boersen-zeitung.de, vom 27.05.2020, abgerufen am 06.10.2022
39. ↑ [Die Gazprom Lobby](#) correctiv.org vom 20.09.2022, abgerufen am 07.10.2022
40. ↑ [Die Fehler des Sigmar Gabriel](#) welt.de vom 20.04.2022, abgerufen am 13.09.2022
41. ↑ [Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream](#) dserver.bundestag.de vom 15.12.17, abgerufen am 13.09.2022
42. ↑ [Wenn der Gasmann zweimal klingelt](#) zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 13.09.2022
43. ↑ [Sigmar Gabriel räumt Fehler bei Nord Stream 2 ein](#) br.de vom 19.04.22, abgerufen am 13.09.2022
44. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 13.09.2022
45. ↑ [Gazprom-Gasspeicher leerer als Anfang November](#) t-online.de vom 11.12.2021, abgerufen am 11.10.2022
46. ↑ [Bundesregierung stützte Übergabe der deutschen Gasspeicher an Gazprom mit 1,8 Milliarden Euro](#) correctiv.org vom 30.06.2022, abgerufen am 13.09.2022
47. ↑ [Gabriel kommt Kohle-Lobby entgegen](#). In: www.fr.de vom 18.05.2015, abgerufen am 13.09.2022
48. ↑ [Gabriel bessert bei Kohle-Abgabe nach](#) nordkurier.de, vom 24.04.2015, abgerufen am 06.10.2022
49. ↑ [Gabriels Kohleabgabe ist vom Tisch](#) stuttgarter-zeitung.de, vom 25.06.2015, abgerufen am 06.10.2022
50. ↑ [Kommentar: Minister mussten schon für weniger gehen](#). tagesschau.de. vom 12.07.2016, abgerufen am 13.09.2022
51. ↑ [Gabriel und die Merkwürdigkeiten](#) tagesschau.de vom 15.07.2016, abgerufen am 13.09.2022
52. ↑ ^{52,052,1} [Rücktritt des Vorsitzenden der Monopolkommission wegen Ministererlaubnis für Edeka /Kaiser's Tengelmann](#) spiegel.de vom 17.03.2016, abgerufen am 14.09.2022
53. ↑ [Ministererlaubnis für Kaiser's-Tengelmann-Übernahme gestoppt](#). tagesschau.de vom 12.07.2016, abgerufen am 13.09.2022
54. ↑ [Schröder bekommt Kaiser's-Schlichtung hin](#). n-tv.de vom 31.10.2016, abgerufen am 13.09.2022
55. ↑ [Kartellexperte zerpfückt Gabriels Edeka-Kurs](#) spiegel.de vom 30.07.2016, abgerufen am 13.09.2022
56. ↑ [Ceta-Abkommen: Gabriel kanzelt Freihandelskritiker ab](#). spiegel.de vom 27.11.2014, abgerufen am 13.09.2022

57. ↑ Bundesregierung trickst bei Schiedsgerichten zeit.de vom 18.05.2016, abgerufen am 13.09.2022

58. ↑ Also doch Sonderrechte zeit.de vom 25.05.2016, abgerufen am 13.09.2022

59. ↑ VW Affäre - Strafanzeige gegen Minister Gabriel welt.de vom 24.11.2005, abgerufen am 13.09.2022

60. ↑ Gabriel räumt Fehler ein nwzonline.de vom 09.02.2005, abgerufen am 13.09.2022

61. ↑ VW Affäre - Strafanzeige gegen Minister Gabriel welt.de vom 24.11.2005, abgerufen am 13.09.2022

62. ↑ Auch Sigmar Gabriel stand geschäftlich in Beziehung zu VW spiegel.de vom 03.02.2005, abgerufen am 13.09.2022

63. ↑ Gabriel aus dem Schneider, focus.de vom 12.11.2013, abgerufen am 06.10.2022

64. ↑ VW Affäre - Strafanzeige gegen Minister Gabriel welt.de vom 24.11.2005, abgerufen am 13.09.2022

65. ↑ Gabriel wollte mehr focus.de vom 27.03.2016, abgerufen am 13.09.2022

66. ↑ sigmar-gabriel-spd-aufsichtsrat-rheinmetall zeit.de vom 05.12.2024, abgerufen am 11.12.2024

67. ↑ Gabriel will nicht Lobbyist werden faz.net vom 19.03.2018, abgerufen am 14.09.2022

Bees Biodiversity Network

Das **Bees Biodiversity Network** ist eine Organisation, welche sich nach eigenen Angaben für die Stärkung der Biodiversität zum Schutz der Bienen einsetzt. Es unterhält enge Beziehungen zum deutschen Chemiekonzern **BASF**, zu Saatgut-Unternehmen sowie zu landwirtschaftlichen Industrieverbänden.

Ihre Arbeit zum Bienenschutz fokussiert sich auf Maßnahmen zu Steigerung der Biodiversität, um die Nahrungsressourcen an Pollen und Blüten für Honigbienen und andere bestäubende Insekten zu erhöhen. Die Bedeutung von Pestiziden für das Bienensterben werden dagegen kaum erwähnt und verharmlost.^[1]

Bees Biodiversity Network	
Rechtsform	
Tätigkeitsbereich	Öffentlichkeitsarbeit zum Bienenschutz
Gründungsdatum	2005
Hauptsitz	30 rue St Laurent, 51170 Ville en Tardenois, Frankreich
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	bees-biodiversity-network.org reseau-biodiversite-abeilles.com

Inhaltsverzeichnis	
1 Kurzdarstellung und Geschichte	94
2 Organisationsstruktur und Personal	94
2.1 Verbindungen	94
3 Finanzen	94
4 Lobbystrategien und Einfluss	94
5 Fallstudien und Kritik	95
6 Weiterführende Informationen	95
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	95
8 Einzelnachweise	95

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Bees Biodiversity Network wurde 2005 vom heutigen Vorsitzenden, dem französischen Imker Philippe Lecompte gegründet. Selbsterklärtes Ziel des Bees Biodiversity Network ist es, die Nahrungsressourcen an Pollen und Blüten für Bienenvölker und andere bestäubende Insekten, durch den Erhalt und die Schaffung von Biodiversität fördernder Vegetation, zu stärken. Das Bees Biodiversity Network und seine 250 Partner aus der Bienenzucht, Wirtschaft, Wissenschaft, lokalen Behörden und öffentlichen Einrichtungen, darunter auch [BASF](#), möchten landwirtschaftliche Akteure und alle anderen Akteure der Flächenverwaltung zu einer bestäuberfreundlichen Grünflächenverwaltung animieren.^[2]

Organisationsstruktur und Personal

Verbindungen

Die enge Verbindung zu [BASF](#) ist vordergründig nicht klar erkennbar und intransparent. Auf der französischen Webseite der Organisation werden BASF und andere Verbände und Unternehmen zwar als Partner geführt.^[3] Aber die Rolle von BASF wird nicht genauer erläutert. Auf der englischsprachigen Webseite wird BASF gar nicht genannt. Auffällig ist, dass die Internetadresse (Domain) auf die französische BASF Mitarbeiterin Sandrine Leblond registriert ist.

Auf einer englischen BASF-Webseite steht dagegen, dass BASF mit 15 Partnern das Netzwerk "initiiert" habe.^[4]

Philippe Lecompte, Gründer und Vorsitzender des Bees Biodiversity Network taucht außerdem in der BASF Veröffentlichung „Agrardialog“ (03/2011) auf, in welcher er erneut die Auswirkungen von Pestiziden auf Bienen verharmlost und jegliche auftretenden Auswirkungen auf die falsche Anwendung des Produktes durch den Menschen begründet.^{[5][6]}

Auch MdEP Gaston Franco, Veranstalter der “first ever European Bee and Pollination Week” im Europäischen Parlament im Juni 2012 auf der das Bees Biodiversity Network neben MdEP und der UNEP (the United Nations Environment Programme) auftrat,^[7] bestätigte, dass er über das Wesen des Bees Biodiversity Network als eine von BASF initiierte Organisation informiert war.

Finanzen

Die genaue Finanzierung ist nicht bekannt.

Lobbystrategien und Einfluss

Im Engagement der [BASF](#) im Bees Biodiversity Network kommen zwei problematische Lobby-Strategien zur Anwendung: [Greenwashing](#) und der Einflussnahme durch eine Tarnorganisation. Da der Bienenrückgang für mediale Schlagzeilen sorgt, will BASF einerseits sein Image verbessern und etwas für Bienen tun. Zugleich ist es für das Unternehmen entscheidend, den Fokus von Medien und Entscheidungsträger auf Ursachen zu richten, die das Bienensterben nicht in Zusammenhang mit dem Einsatz von Pestiziden bringen und damit mit den Geschäftsinteressen von BASF nicht im Konflikt stehen.^[8]

Fallstudien und Kritik

BASF selbst bestätigt Vorfälle von Bienenvergiftungen in der Vergangenheit und führt diese immer auf die fehlerhafte Anwendung der Pflanzenschutzmittel zurück.^[9] Und auch das Bees Biodiversity Network stellt die schädliche Rolle von Pestiziden für Bienen als sehr gering dar und betont stattdessen andere Ursachen für das Bienensterben, wie den Nahrungsmangel.

Die Pestizid verharmlosende Position wird auf der französischen Website des Bienen-Netzwerk bestätigt. Dort heißt es: "Das Zusammenleben von Bienen und Pestiziden ist sehr gut möglich. Wenn einige Pestiziden (Insektizide) eine Gefahr für Bienen darstellen, so ist das Risiko einer Vergiftung nahe Null, wenn der angewiesenen Verwendungsanweisung gefolgt wird".^[10]

Die Auswirkungen von Pestiziden auf Bienen sind jedoch umstrittener als vom Bees Diversity Network und BASF dargestellt. In einer Stellungnahme des Pestizid Panels (PPR) der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit aus dem Jahr 2012, attestiert beispielsweise eine Expertengruppe Wissenslücken über die Auswirkung von Pestiziden auf Bienen, wenn diese kleinen Dosen ausgesetzt sind.^[11]

Dem Verbund der Französischen Imker UNAF (Union Nationale de l'Apiculture Française) ist die Verbindung zwischen dem Bees Biodiversity Network und der BASF bewusst. In einem Artikel in Les Echos aus dem Jahr 2009 erklärt UNAF, dass sie Pestizide und deren Produzenten bezüglich des Bienenrückgangs stark kritisieren und dass die Fokussierung des Bees Bio Diversity Network auf pflanzliche Vielfalt mit deren Unterstützung durch BASF und anderen Saatgutfirmen verbunden ist.^[12]

BASF unterstützt darüber hinaus auch das Deutsche Bienen-Monitoring-Projekt, welches wissenschaftliche Langzeituntersuchungen zur Problematik des Bienensterbens durchführen. Bis 2010 wurde das Forschungsprojekt zu 50% vom Industrieverband Agrar e. V. (IVA) finanziert, indem BASF neben Firmen wie Monsanto, Syngenta und Bayer vertreten sind. Ab dem Jahr 2010 übernahm das BMELV (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) den Finanzierungsanteil des IVA.^{[13][14]}

Weiterführende Informationen

- [A Trojan ... Bee? Front group for BASF co-organise event at the Parliament on 'bees and biodiversity'](#), Corporate Europe Observatory vom 11.6.2012

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [A Trojan ... Bee?](#), Corporate European Observatory (11/06/2012) abgerufen am 20. Juni 2012.
2. ↑ [History, A pioneering approach](#), Selbstdarstellung auf eigener Website, abgerufen am 20. Juni 2012

3. ↑ [Nos partenaires](#), Liste der Partner des Bees Biodiversity Network, abgerufen am 21. Juni 2012.
Diese Unterseite mit den Partner scheint inzwischen in der Navigation der Webseite selbst nicht mehr verlinkt zu werden (26.6.12).
4. ↑ [Biodiversity intensively discussed](#), BASF-Webseite, abgerufen am 26.6.2012
5. ↑ [Agricultural Dialogue 12](#), BASF Veröffentlichung (03/2011)], abgerufen am 21. Juni 2012.
6. ↑ [A Trojan ... Bee?](#), Corporate European Observatory (11/06/2012) abgerufen am 20. Juni 2012.
7. ↑ [International Conference on "Biodiversity, a culture to share"](#), Konferenzprogramm, abgerufen am 21. Juni 2012
8. ↑ [A Trojan ... Bee?](#), Corporate European Observatory (11/06/2012) abgerufen am 20. Juni 2012.
9. ↑ [Interview with BASF Biologist Dr. Roland Becker \(07/2011\)](#), abgerufen am 22. Juni 2012.
10. ↑ [Une cohabitation possible entre abeilles et pesticides](#), Bees Biodiversity Network Darstellung zu Pestiziden, abgerufen am 20. Juni 2012.
11. ↑ [Scientific Opinion on the science behind the development of a risk assessment of Plant Protection Products on bees \(Apis mellifera, Bombus spp. and solitary bees\)](#) EFSA Panel on Plant Protection Products and their Residues 05/2012, abgerufen am 22.06.2012
12. ↑ ["Floraison d'initiatives en faveur des abeilles"](#) Les Echos Artikel vom 22.12.2009, abgerufen am 25. Juni 2012
13. ↑ [Deutscher Bundestag, Drucksache 17/4745](#), Anfrage der Partei DIE LINKE zum Deutschen Bienenmonitoring im Bundestag, abgerufen am 22.06.2012
14. ↑ [Deutscher Bundestag, Drucksache 17/5131](#), Antwort der Bundesregierung auf Anfrage der Partei DIE LINKE zum Deutschen Bienenmonitoring im Bundestag, abgerufen am 22.06.2012